

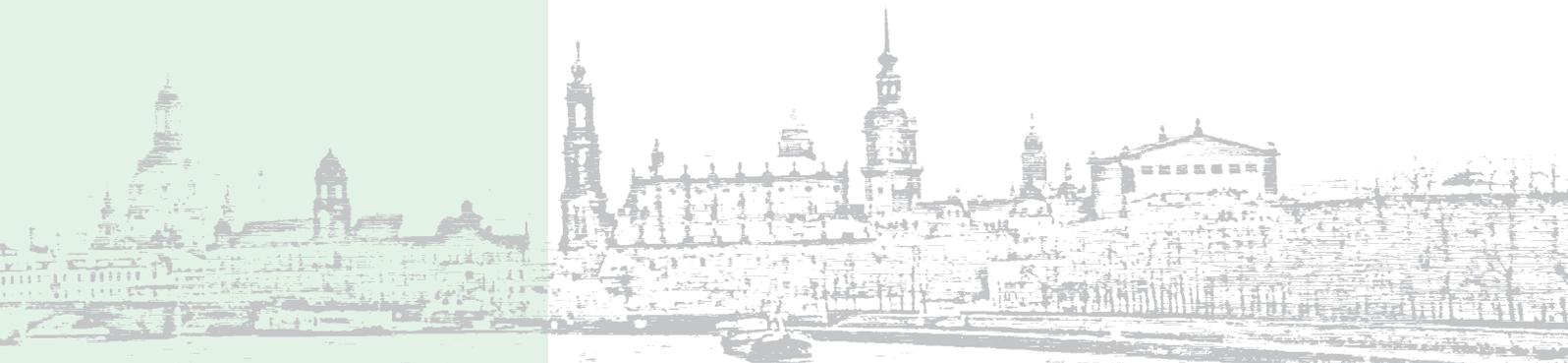
# ifo Dresden berichtet

## Aktuelle Forschungsergebnisse

- *Joachim Ragnitz, Beate Schirwitz und Gerit Vogt*  
Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen 2008/2009
- *Wolfgang Nierhaus*  
Deutschlandprognose 2009
- *Helmut Seitz*  
Demographie und soziale Infrastruktur am Beispiel des Freistaates Thüringen
- *Madlen Arnhold*  
Mentalitätsunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland und ihre Herkunft

## Im Blickpunkt

- *Sebastian Döll*  
Pendelmuster in Sachsen



16. Jahrgang (2009)  
Herausgeber: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e. V.,  
Niederlassung Dresden, Einsteinstraße 3, 01069 Dresden,  
Telefon: 0351 264760, Telefax: 0351 26476-20  
E-Mail: dresden@ifo.de  
Internet: <http://www.ifo-dresden.de>  
Redaktion: Joachim Ragnitz  
Technische Leitung: Katrin Behm  
Vertrieb: ifo Institut, Niederlassung Dresden  
Erscheinungsweise: zweimonatlich  
Bezugspreis jährlich: 25,00 €  
Preis des Einzelheftes: 5,00 €  
Preise einschl. Mehrwertsteuer, zzgl. Versandkosten  
Teilnehmer an regelmäßigen ifo Umfragen erhalten einen Rabatt.  
Grafik Design: © ifo Institut München  
Satz und Druck: c-macs publishingservice Dresden  
Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):  
Nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung  
eines Belegexemplares.

# ifo Dresden berichtet 1/2009

## Aktuelle Forschungsergebnisse

### Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen 2008/2009: Abschwung und Rezession

3

*Joachim Ragnitz, Beate Schirwitz und Gerit Vogt*

Der globale Abschwung hat in den letzten Monaten auch die Wirtschaft der ostdeutschen Bundesländer massiv erfasst. Während das Bruttoinlandsprodukt Ostdeutschlands im ersten Halbjahr 2008 noch um gut zwei Prozent gestiegen ist, dürfte das Wirtschaftswachstum in der zweiten Jahreshälfte nahezu zum Erliegen gekommen sein. In diesem Jahr ist mit einer drastischen Verschlechterung der Wirtschaftslage zu rechnen. Das Bruttoinlandsprodukt Ostdeutschlands (mit Berlin) wird 2009 voraussichtlich um 1,9 % zurückgehen. Für das Bruttoinlandsprodukt Sachsens wird eine Schrumpfung um 2,1 % prognostiziert. Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte im Jahresdurchschnitt in beiden Regionen um rund 1 % abnehmen.

### Deutschlandprognose 2009: In schwerer Rezession

12

*Wolfgang Nierhaus*

In Deutschland stehen die Konjunkturampeln im Jahr 2009 auf rot. Die deutsche Wirtschaft, die zuvor aufgrund ihrer außenwirtschaftlichen Ausrichtung in besonderem Maße von dem kräftigen weltwirtschaftlichen Aufschwung profitiert hat, gerät nun umgekehrt in besonderem Maße in den Abwärtssog, den die Finanzkrise weltweit ausgelöst hat. Im Jahresdurchschnitt 2009 wird das reale Bruttoinlandsprodukt, dem Ursprungswert nach wie auch kalenderbereinigt, um 2,2 % abnehmen. In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt ist der Finanzierungssaldo des Staates auf -1,4 % zu veranschlagen. Erst im Jahr 2010 ist mit dem allmählichen Abebben der Finanzkrise und der leichten Besserung des internationalen Umfelds eine konjunkturelle Stabilisierung zu erwarten.

### Demographie und soziale Infrastruktur am Beispiel des Freistaates Thüringen

18

*Helmut Seitz*

In diesem Beitrag wird der Frage nachgegangen, in welchem Umfang die demographischen Entwicklungen die Nachfrage bzw. den Bedarf nach Leistungen der sozialen Infrastruktur determinieren. Hierbei wird ausschließlich auf die Bereiche Pflegeeinrichtungen, Krankenhäuser und Einrichtungen zur Pflege von Behinderten fokussiert. Die Projektionsrechnung zeigt, dass der Platzbedarf in Pflegeheimen in Thüringen bis 2030 um ca. 60 % steigen wird. Damit verbunden sind ein erheblicher zusätzlicher Personalbedarf sowie ein großer Investitionsaufwand. Die Länder- und Gemeindehaushalte werden hiervon durch steigende Sozialhilfeausgaben tangiert. Ähnlich ist die Entwicklung im Bereich der Behinderteneinrichtungen. Für den Krankenhausbereich gibt es nach vorliegenden Berechnungen in Thüringen keinen Kapazitätszuwachsbedarf. Hier ist eher nahe liegend, dass es zu einer weiteren leichten Kapazitätsbereinigung kommen könnte.

### Mentalitätsunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland und ihre Herkunft

28

*Madlen Arnhold*

Auch fast 20 Jahre nach der deutschen Vereinigung gibt es in weiten Teilen der ostdeutschen Bevölkerung noch immer Vorbehalte gegenüber der marktwirtschaftlichen Ordnung. Was auf den ersten Blick verwundern mag, ist bei näherem Hinsehen durchaus erklärlich. Ein großer Teil der Menschen in den neuen Ländern ist in der DDR aufgewachsen und hat dort die individuellen Einstellungen prägenden Erfahrungen gesammelt. In dem vorliegenden Beitrag werden Ergebnisse einer am IFO INSTITUT durchgeführten Untersuchung zu Denkmustern in Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland präsentiert. Die Analyse beschränkt sich dabei nicht allein darauf, Unterschiede darzustellen, sondern versucht darüber hinaus auch, die Kausalitäten und sozialpsychologischen Mechanismen für ostdeutschlandsspezifische Sichtweisen zu identifizieren.

**Im Blickpunkt****Pendelmuster in Sachsen****41***Sebastian Döll*

Arbeiten und Wohnen fallen zunehmend räumlich auseinander. Der vorliegende Beitrag untersucht diesbezüglich das Pendlerverhalten in Sachsen im Zeitraum 1997–2007. Dabei wird gezeigt, dass sowohl ein größerer Anteil der Beschäftigten den Wohnort zum Arbeiten verlässt als auch die Entfernungen zunehmen. Ebenso wird die Bedeutung von Arbeitsmarktzentren wie Dresden und Leipzig für das Umland deutlich.

**Daten und Prognosen****Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich****46****Ausgewählte Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest****48****Aus der ifo Werkstatt****ifo Veranstaltungen****51****ifo Vorträge****52****ifo Veröffentlichungen****52****ifo intern****52**

# Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen 2008/2009: Abschwung und Rezession

Joachim Ragnitz, Beate Schirwitz und Gerit Vogt\*

Der globale Abschwung hat in den letzten Monaten auch die Wirtschaft der ostdeutschen Bundesländer massiv erfasst. Während das Bruttoinlandsprodukt Ostdeutschlands im ersten Halbjahr 2008 noch um gut zwei Prozent gestiegen ist, dürfte das Wirtschaftswachstum in der zweiten Jahreshälfte nahezu zum Erliegen gekommen sein. In diesem Jahr ist mit einer drastischen Verschlechterung der Wirtschaftslage zu rechnen. Das Bruttoinlandsprodukt Ostdeutschlands (mit Berlin) wird 2009 voraussichtlich um 1,9 % zurückgehen. Für das Bruttoinlandsprodukt Sachsens wird eine Schrumpfung um 2,1 % prognostiziert. Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte im Jahresdurchschnitt in beiden Regionen um rund 1 % abnehmen.

Dies sind die zentralen Ergebnisse der ifo Konjunkturprognose für Ostdeutschland und Sachsen, die am 15. Dezember 2008 im Rahmen eines Pressegesprächs und des „ifo Arbeitskreis Konjunkturbeobachtung Sachsen“ vorgestellt wurden. In diesem Beitrag werden die Ergebnisse etwas ausführlicher dargestellt. Zunächst wird die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands betrachtet. Danach wird auf die konjunkturellen Besonderheiten in Sachsen eingegangen. Anschließend folgen einige Ausführungen zum sächsischen und ostdeutschen Arbeitsmarkt. Für eine Darstellung der globalen und nationalen Konjunkturrends sei auf den aktuellen Beitrag von Nierhaus auf den Seiten 12 bis 28 in diesem Heft verwiesen.

## Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland

### 2008: Der Konjunkturmotor gerät ins Stocken

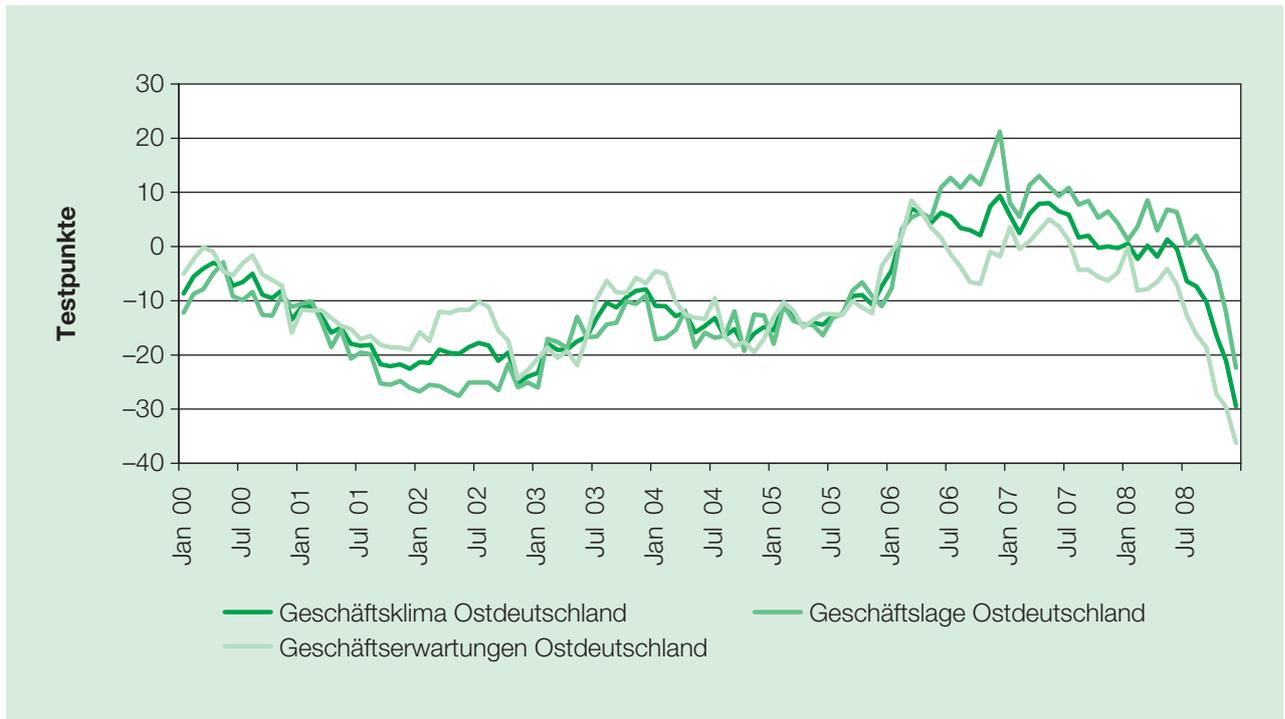
Die Zeitreihen des ifo Konjunkturtests für die gewerbliche Wirtschaft Ostdeutschlands vermitteln einen guten Eindruck von der ökonomischen Entwicklung in den neuen Bundesländern und Berlin (vgl. Abb. 1): Nach den schwachen Jahren 2004 und 2005 begann 2006 ein kräftiger Aufschwung. Bis ins Jahr 2008 hinein blieb die wirtschaftliche Dynamik hoch, auch wenn das Niveau seit dem zweiten Halbjahr 2007 etwas zurückgegangen war. Die (vorläufigen) Zahlen der amtlichen Statistik bestätigen diese Entwicklung. In den ersten sechs Monaten 2008 hatte sich das **Bruttoinlandsprodukt** (BIP) in Ostdeutschland im Vergleich zum Vorjahreszeitraum noch einmal um 2,2 % erhöht. Der weitere Verlauf der Zeitreihen zeigt

dann jedoch eine enorme Abschwächung des Geschäftsklimas und seiner beiden Komponenten Geschäftslage und Geschäftserwartungen. Den Angaben der befragten Unternehmen zufolge hat sich die wirtschaftliche Situation in der zweiten Jahreshälfte rasant verschlechtert. Unter Berücksichtigung dieser Entwicklung fiel das BIP-Wachstum für das Gesamtjahr **2008** mit voraussichtlich 1,2 % deutlich schwächer aus als in den Vorjahren. Die Bruttowertschöpfung wird dabei insgesamt um 1,5 % zugenommen haben. Der Anstieg der **Erwerbstätigkeit** war im abgelaufenen Jahr noch einmal stark und belief sich der Prognose zufolge auf 1,1 % (vgl. Abb. 2).

Zugpferd des Wirtschaftsaufschwungs der vergangenen Jahre war das **verarbeitende Gewerbe** gewesen. Insbesondere durch die realisierten Ausrüstungsinvestitionen im In- und Ausland und die damit ebenfalls verbundene erhöhte Nachfrage nach Vorleistungsgütern konnten hier weit überdurchschnittliche Wachstumsraten erzielt werden. Die positiven Impulse aus der Industrie beförderten jedoch auch andere Bereiche, wie die unternehmensnahen Dienstleister und den Wirtschaftsbau, und trugen damit überproportional zu der guten ökonomischen Entwicklung der letzten Jahre bei. Entsprechend ist auch der aktuelle Abschwung in diesem Wirtschaftsbereich besonders deutlich zu erkennen. Die Produktion nahm in den ersten drei Quartalen 2008 im Vorjahresvergleich mit 4,1 % deutlich weniger dynamisch zu als 2007 (+9,4 %). Bei der Herstellung von Verbrauchsgütern, die etwa ein Viertel des Umsatzes im verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands erwirtschaften, war die Produktion sogar rückläufig. Entsprechend geringer fielen auch die 2008 erzielten Umsatzzuwächse im verarbeitenden Gewerbe aus. In den ersten neun Monaten erhöhten sich die Erlöse der berichtspflichtigen Betriebe im Durchschnitt der ostdeutschen Länder nur noch um 4,6 %, während das Plus im Vorjahreszeitraum 11,3 % betragen hatte. Dabei wiesen die Umsätze der Vorleistungsgüterproduzenten die höchsten Steigerungsraten auf. Angesichts des bereits skizzierten gesamtwirtschaftlichen Trends dürfte sich der Abschwung in der ostdeutschen Industrie zum Jahresende jedoch beschleunigt haben.

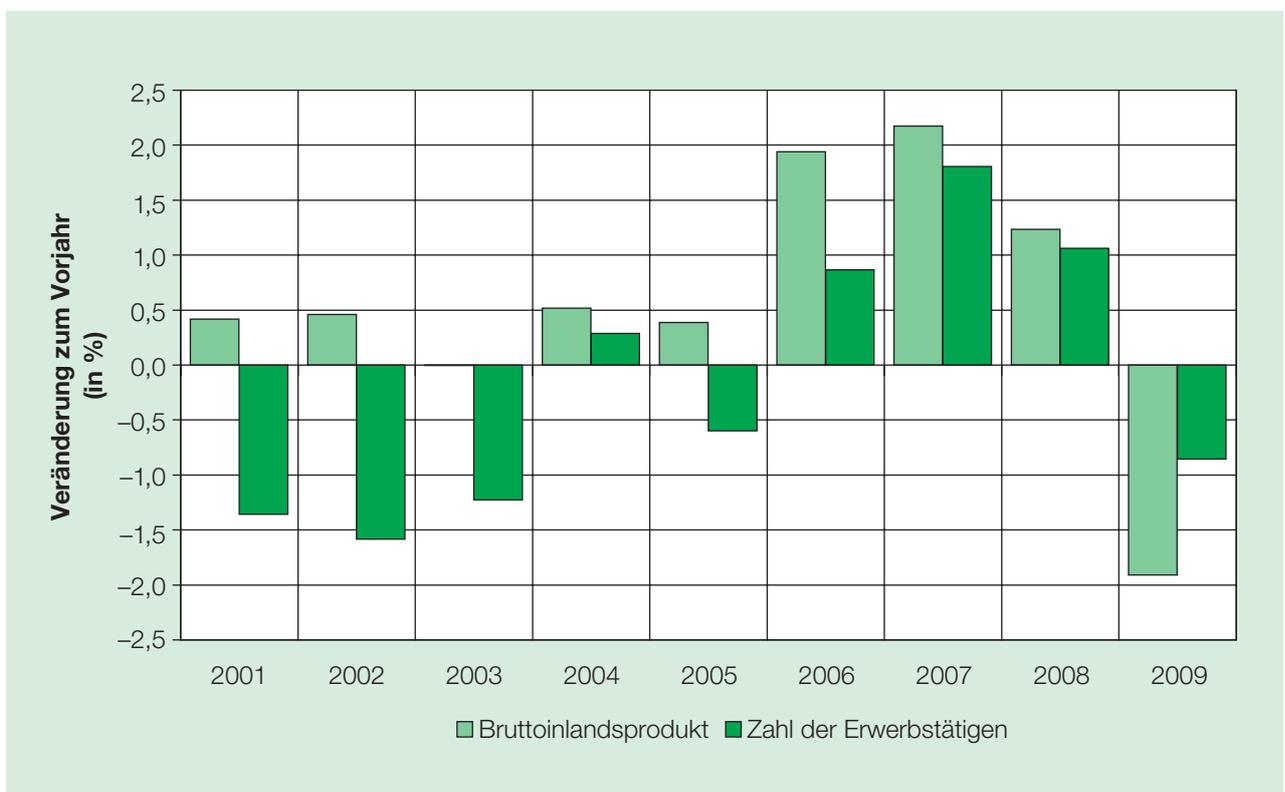
\* Dr. Joachim Ragnitz ist Managing Director, Beate Schirwitz ist Doktorandin und Gerit Vogt ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Dresdner Niederlassung des ifo Instituts.

**Abbildung 1: Geschäftsklima, Geschäftslage und Geschäftserwartungen der gewerblichen Wirtschaft Ostdeutschlands (saisonbereinigte Werte)**



Quelle: ifo Konjunkturtest.

**Abbildung 2: Veränderungen des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts und der Zahl der Erwerbstätigen in Ostdeutschland**



Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR) der Länder (2008), Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung (ETR) des Bundes und der Länder (2008), 2008 und 2009: Prognose des ifo Instituts.

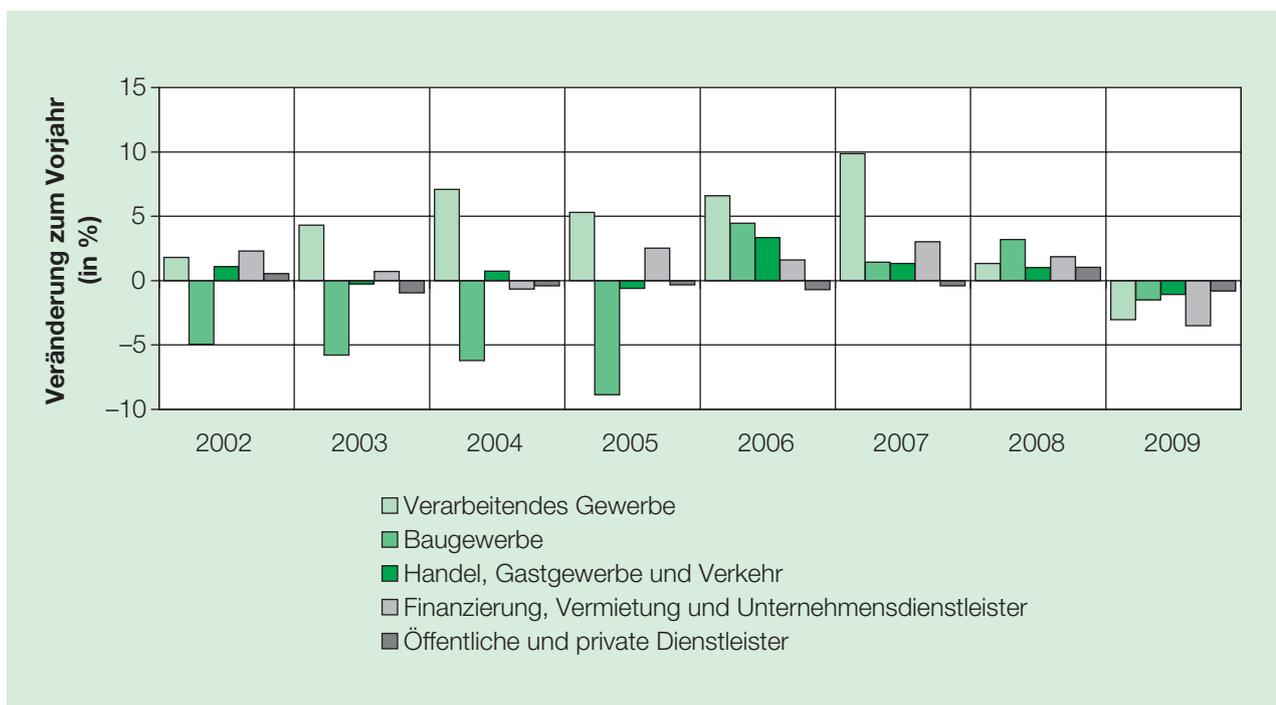
Insgesamt hat sich die preisbereinigte Bruttowertschöpfung 2008 in diesem Bereich voraussichtlich nur noch um 1,3 % erhöht.

Das ostdeutsche **Baugewerbe** hat 2008 vermutlich das dritte Jahr in Folge positiv zur ostdeutschen Wirtschaftsleistung beigetragen. Dem war ein zehnjähriger Schrumpfungsprozess vorangegangen, in dem die nach der Wiedervereinigung geschaffenen Überkapazitäten reduziert wurden. Besonders groß waren die Korrekturen dabei im Wohnungsbau, dessen Umsatzanteil im Bauhauptgewerbe sich von ca. 30 % Ende der 1990er Jahre bis auf aktuell ca. 12 % mehr als halbiert hat. Grundsätzlich war der Anpassungsprozess mit einer Verschiebung der Gewichte weg vom Hoch- und hin zum Tief- und Straßenbau verbunden. Vom jüngsten – inzwischen ausgelaufenen – Wirtschaftsboom konnte hingegen der Hochbau stärker profitieren. Dies schlug sich auch in den guten Ergebnissen des Ausbaugewerbes nieder. Im Vorjahr setzte sich dieser Trend noch einmal fort – im Hochbau stiegen die Erlöse der Baubetriebe im Monatsberichtszeitraum von Januar bis Oktober gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 8,5% und im Tiefbau um 2,7%. Das Ausbaugewerbe erzielte in den ersten drei Quartalen ein Umsatzwachstum von 11,2%. In den Umsatzanstiegen spiegeln sich jedoch auch Erhöhungen der Baupreise wieder. Zwar hat sich der starke Preisauftrieb des Jahres 2007 inzwischen abgeschwächt, dennoch erhöhten sich

die Preise für den Neubau in konventioneller Bauart in vielen Sparten 2008 gegenüber dem Vorjahr noch einmal um 3% und mehr.<sup>1</sup> Der Prognose zufolge ergibt sich für das Gesamtjahr insgesamt eine Erhöhung der preisbereinigten Bruttowertschöpfung im Baugewerbe Ostdeutschlands um 3,2%.

Die Sparten des ostdeutschen **Handels** waren 2008 unterschiedlichen Einflüssen unterworfen. Der Großhandel konnte auch angesichts der zunächst weiter robusten Entwicklung in der deutschen Industrie seinen nominalen Umsatz in den ersten neun Monaten zweistellig ausweiten. Allerdings erhöhten sich in diesem Zeitraum auch die Preise sehr stark, sodass der reale Erlöszuwachs nur knapp 2% betrug. Steigende Preise beeinflussten auch die Entwicklung im Einzelhandel: Vor dem Hintergrund der bis in den Herbst hinein hohen Anstiege der Verbraucherpreise setzte sich die Konsumschwäche in ganz Deutschland weiter fort, obwohl angesichts der stark verbesserten Arbeitsmarktlage und der erzielten Einkommenssteigerungen eine Belebung erwartet worden war. Die anhaltend überdurchschnittlichen Preissteigerungen insbesondere in den Bereichen Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke sowie Energie sorgten jedoch für einen spürbaren Kaufkraftverlust. Zusätzliche Dämpfer erhielt das Verbrauchervertrauen zudem durch die zunehmende Verschärfung der Finanzkrise und die damit verbundene Unsicherheit. Insgesamt nahm der nominale

**Abbildung 3: Veränderungen der preisbereinigten Bruttowertschöpfung in ausgewählten Bereichen der ostdeutschen Wirtschaft**



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2008), 2008 und 2009: Prognose des ifo Instituts.

Umsatz des ostdeutschen Einzelhandels im Durchschnitt der ersten drei Quartale um gut 2 % zu, während die realen Werte leicht rückläufig waren. Noch verhaltener entwickelten sich die Verkäufe im Kfz-Handel. Nominal betrachtet, stagnierten die Umsätze von Januar bis September im Vergleich zum Vorjahreszeitraum, was unter Berücksichtigung der Preisentwicklung einem Rückgang der realen Erlöse um knapp 2 % entsprach. Rückläufig waren auch die Umsätze des Gastgewerbes in diesem Zeitraum, sowohl nominal als auch real. Der Zweig Verkehr und Nachrichtenübermittlung dürfte hingegen vor allem in den ersten Monaten noch von der bis dahin guten gesamtwirtschaftlichen Lage profitiert haben. Insgesamt ist die Bruttowertschöpfung im Wirtschaftsbereich **Handel, Gastgewerbe und Verkehr** damit im Jahr 2008 wohl um 1,0 % gestiegen.

Auch der Sektor **Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister** konnte seine Leistung zu Beginn des Jahres 2008 zunächst weiter steigern. Insbesondere die unternehmensnahen Dienstleister konnten, wie schon in den Vorjahren, von der anfänglich weiterhin starken Entwicklung in der Industrie profitieren. Allerdings dürfte sich hier entsprechend im Zuge der konjunkturellen Eintrübung die Dynamik im Jahresverlauf ebenfalls erheblich abgeschwächt haben. Insgesamt rechnet das ifo Institut für das Gesamtjahr dennoch mit einer Ausweitung der Bruttowertschöpfung in diesem Wirtschaftszweig, die im ostdeutschen Durchschnitt bei 1,8 % liegen dürfte.

Die Bruttowertschöpfung im Bereich der ostdeutschen **öffentlichen und privaten Dienstleister** war auch während des zu Ende gegangenen Wirtschaftsaufschwungs rückläufig. Wichtige Gründe dafür waren der anhaltende Personalabbau im öffentlichen Bereich sowie die erwähnte Konsumschwäche der letzten Jahre. Tarifierhöhungen sowie eine Lohnanpassung in den unteren Tarifgruppen des öffentlichen Dienstes an das westdeutsche Niveau bewirkten 2008 jedoch einen positiven Sondereffekt. Daher dürfte sich die preisbereinigte Bruttowertschöpfung der öffentlichen und privaten Dienstleister alles in allem um 1,0 % erhöht haben.

### 2009: Trübe Aussichten

Die seit der zweiten Jahreshälfte 2008 abwärts gerichtete wirtschaftliche Dynamik wird sich in Ostdeutschland im aktuellen Jahr fortsetzen. Ein Blick auf die Ergebnisse der ifo Konjunkturtest-Befragung bestätigt diese Einschätzung (vgl. Abb. 1): Auch die Erwartungen der Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft für die Entwicklung in den kommenden sechs Monaten haben sich in jüngster Zeit noch einmal spürbar verschlechtert. Der

Saldo aus den Beurteilungen der Geschäftsaussichten fiel im Dezember 2008 auf den tiefsten Wert seit Beginn der Erhebung in Ostdeutschland im Jahr 1991.

Besonders deutlich dürfte das **verarbeitende Gewerbe** von der anhaltenden Verschlechterung der globalen und nationalen Rahmenbedingungen getroffen werden. Es ist daher davon auszugehen, dass die Bruttowertschöpfung in diesem Wirtschaftszweig 2009 zurückgehen wird. Allerdings sollte die Schrumpfung etwas geringer als in Gesamtdeutschland ausfallen. Dafür spricht zum einen, dass die Investitionsgüter in Ostdeutschland einen geringeren Anteil am Umsatz der Industrie ausmachen (vgl. Tab. 1). Außerdem ist der Export von Gütern des verarbeitenden Gewerbes hier stärker nach Mittel- und Osteuropa sowie nach Asien gerichtet – also in Wirtschaftsgebiete, deren Dynamik im weltweiten Vergleich verhältnismäßig robust bleiben sollte. Auch die Angaben der Statistischen Landesämter zur Entwicklung des Auftragseingangs deuten darauf hin: Der in den gesamtdeutschen Daten sichtbare enorme Abwärtstrend in den Bestellungen an die Industrie fiel in den ostdeutschen Bundesländern in den ersten drei Quartalen häufig moderater aus bzw. war in Sachsen-Anhalt und Thüringen nicht erkennbar. Insgesamt wird die Bruttowertschöpfung im ostdeutschen verarbeitenden Gewerbe im aktuellen Jahr wohl um 3,0 % zurückgehen.

Auch das ostdeutsche **Baugewerbe** wird 2009 sein Vorjahresniveau verfehlen. Allerdings deutet die Entwicklung des Auftragseingangs im Vorjahr darauf hin, dass der Rückgang weniger stark ausfallen wird als in der Zeit vor 2006. Im zweiten und dritten Quartal hatten sich die Aufträge im Bauhauptgewerbe überwiegend positiv entwickelt. Da die Bestellungen von Hochbauleistungen noch deutlich zunahmen, dürfte sich das auch vorteilhaft für die Umsatzerlöse im Ausbaugewerbe auswirken. Dieses kann zudem weitere Impulse aus der energetischen Modernisierung und anderen Vergünstigungen aus den Konjunkturpaketen erhalten. Dennoch bleiben die mittelfristigen Perspektiven gedämpft, da eine länger anhaltende ökonomische Krise insbesondere die Entwicklung im Wirtschaftsbau trüben dürfte. Im Wohnungsbau wiederum wird sich der fortschreitende demographische Wandel in Ostdeutschland negativ auf die Bauwirtschaft auswirken. Im aktuellen Jahr 2009 dürfte die preisbereinigte Bruttowertschöpfung im Baugewerbe um 1,5 % zurückgehen.

Die **Dienstleistungsbereiche** in Ostdeutschland werden entsprechend ihrer Ausrichtung verschiedenen Einflüssen ausgesetzt sein, wobei jedoch die allgemeine Tendenz auch hier abwärts gerichtet bleibt. Der starke Einbruch in der Industrie trifft insbesondere die produktionsnahen Bereiche hart, die ähnlich wie das verarbeitende Gewerbe nach äußerst erfolgreichen Jahren nun

**Tabelle 1: Umsatzanteile im verarbeitenden Gewerbe und der Gewinnung von Steinen und Erden 2007 (in %)**

Gütergruppe	Umsatzanteile in		
	Ostdeutschland (mit Berlin)	Sachsen	Deutschland
Vorleistungsgüter	43	38	40
Investitionsgüter	28	42	41
Gebrauchsgüter	3	2	3
Verbrauchsgüter	26	18	16

Quellen: Statistisches Bundesamt (2008), Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2008), Berechnungen des ifo Instituts.

tiefe Einschnitte hinnehmen müssen. Konsumnahe Zweige hingegen können zunächst von der deutlichen Abschwächung der Teuerungsrate profitieren. Die realisierten Zuwächse in der Erwerbstätigkeit und den Einkommen bewirken dann eine tatsächliche Erhöhung der Kaufkraft. Angesichts der erwarteten Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage werden die Impulse hieraus dennoch schwach bleiben. Zudem wird sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt im Laufe des Jahres wieder spürbar verschlechtern. Im öffentlichen Sektor setzt sich der Personalabbau weiter fort. Insgesamt ist für 2009 damit zu rechnen, dass die Bruttowertschöpfung im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr um 1,1 %, bei der Finanzierung, Vermietung und den Unternehmensdienstleistungen um 3,5 % sowie bei den öffentlichen und privaten Dienstleistungen um 0,8 % sinken wird.

Alles in allem dürfte die preisbereinigte Bruttowertschöpfung **2009** in Ostdeutschland um 2,0 % abnehmen. Unter Berücksichtigung der prognostizierten Entwicklung der Gütersteuern und Gütersubventionen schrumpft das **Bruttoinlandsprodukt** dann um 1,9 %. Auch die Zahl der **Erwerbstätigen** wird sich 2009 verringern, voraussichtlich um 0,9 %.

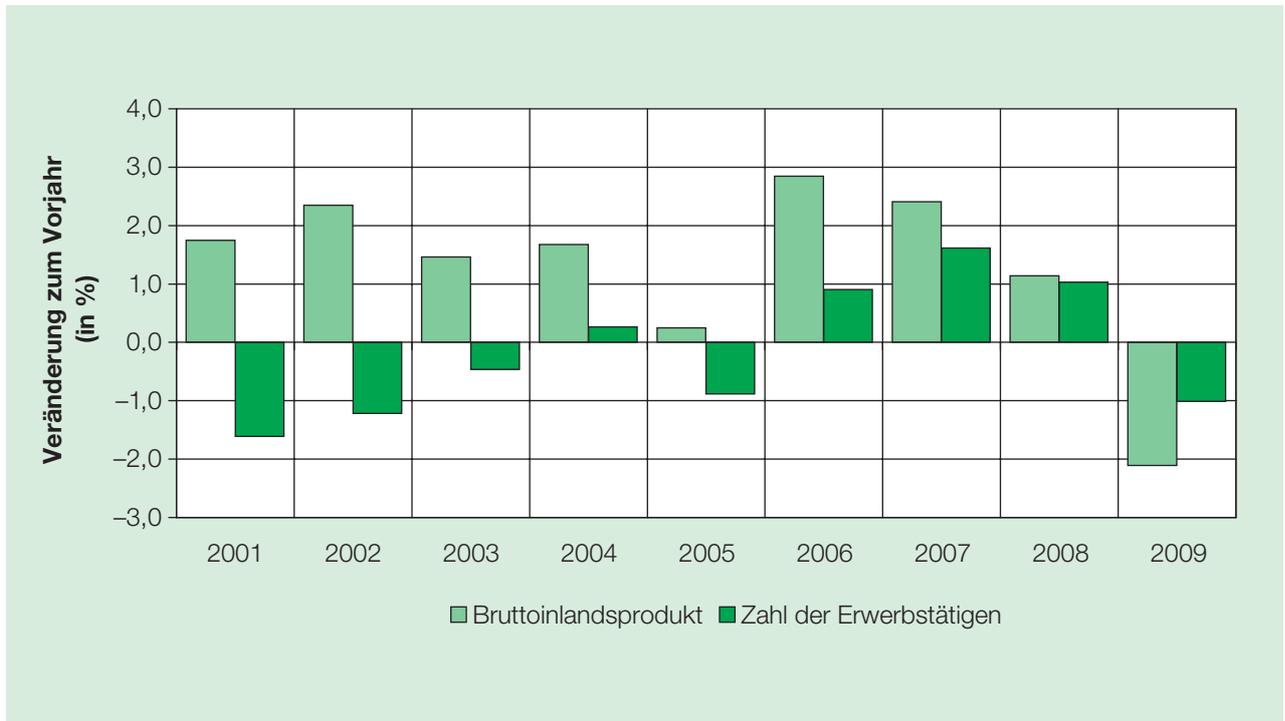
### Wirtschaftsentwicklung in Sachsen

Das sächsische Bruttoinlandsprodukt ist nach Angaben der amtlichen Statistik im ersten Halbjahr **2008** preisbereinigt um 1,8 % gestiegen. Der Anstieg der Wirtschaftsleistung fiel damit niedriger aus als im Durchschnitt der ostdeutschen Bundesländer. Im zweiten Halbjahr hat sich die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, dem allgemeinen Trend folgend, auch in Sachsen markant verschlechtert. Das ifo Institut geht davon aus, dass das sächsische Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt 2008 um 1,1 % expandierte (vgl. Abb. 4). Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte um 1,0 % zugenommen haben.

Verantwortlich für das im Vergleich zum Durchschnitt der ostdeutschen Bundesländer etwas geringere Wirtschaftswachstum war in erster Linie die schwächere Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe. Das sächsische verarbeitende Gewerbe ist von der weltweiten Konjunkturabschwächung im besonderen Maße betroffen, da es stärker auf die Produktion von Investitionsgütern spezialisiert ist (vgl. Tab. 1), die nunmehr weniger stark nachgefragt werden. In der zweiten Jahreshälfte kam es insbesondere in den Branchen Fahrzeugbau und Mikroelektronik zu kräftigen Umsatzeinbußen. Die Bruttowertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe dürfte im gesamten Jahr um 0,6 % gestiegen sein und damit deutlich geringer als im Vorjahr, als noch ein Zuwachs von 11,9 % zu verzeichnen war (vgl. Abb. 5). Die verhaltene Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe hat auch in den industriennahen Bereichen des Handels und des Baugewerbes zu einer im Ostdeutschland-Vergleich schwächeren Entwicklung geführt. In den konsumnahen Handelssparten dürfte die Entwicklung hingegen etwas günstiger und in allen anderen Bereichen ähnlich wie im Durchschnitt der ostdeutschen Bundesländer verlaufen sein (vgl. Tab. 2).

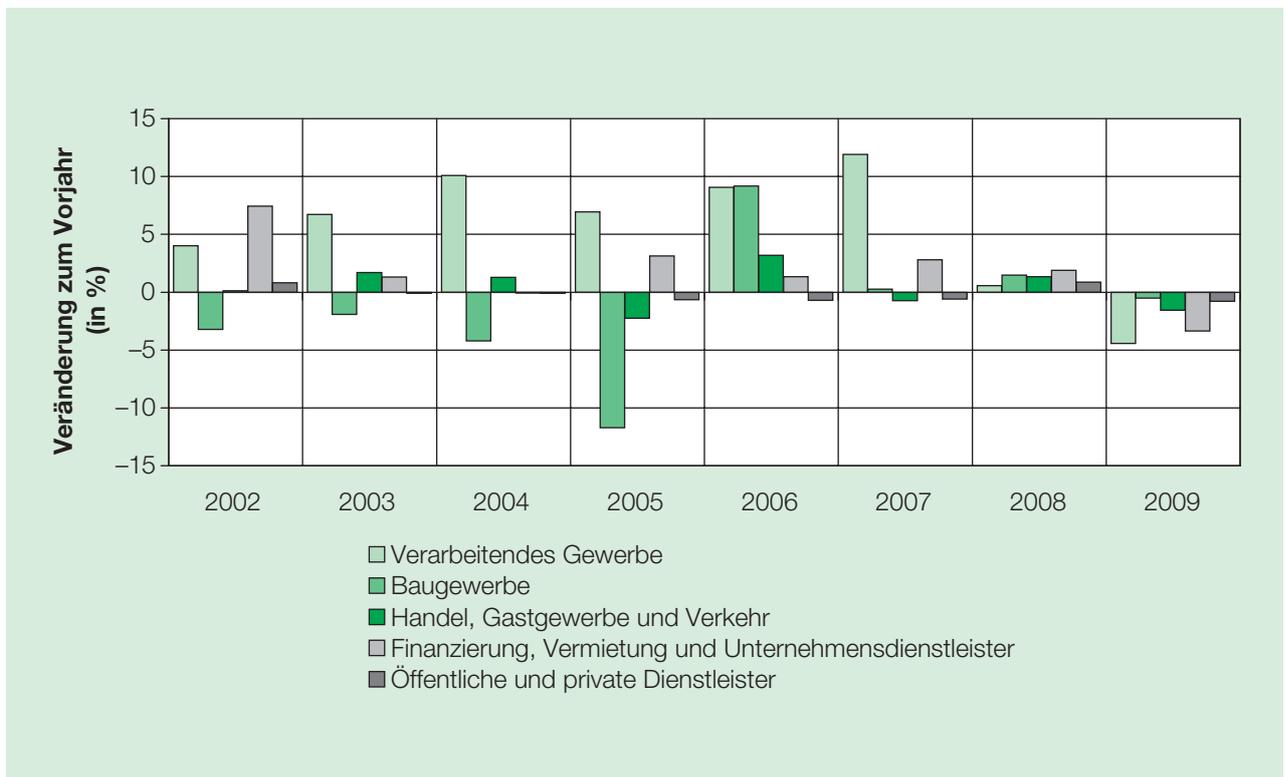
Im Jahr **2009** wird das sächsische Bruttoinlandsprodukt voraussichtlich um 2,1 % zurückgehen. Das verarbeitende Gewerbe dürfte aufgrund seiner Spezialisierung auf die Investitionsgüterproduktion erneut eine im Vergleich zu Ostdeutschland schwächere Entwicklung erfahren. Die Nachfrageschwäche in diesem Bereich wird aller Voraussicht nach auch auf die produktionsnahen Sparten des Handels und den Verkehrssektor ausstrahlen und auch hier zu einer unterdurchschnittlichen Entwicklung führen. In Hinblick auf das Baugewerbe ist allerdings im Ostdeutschland-Vergleich mit einem etwas günstigeren Verlauf zu rechnen. Darauf deuten zumindest die amtlichen Daten zum Auftragseingang hin, die zuletzt für das sächsische Bauhauptgewerbe etwas positiver ausfielen. In den übrigen Wirtschaftsbereichen dürfte die Entwicklung im Wesentlichen analog zum

**Abbildung 4: Veränderungen des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts und der Zahl der Erwerbstätigen in Sachsen**



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2008), Arbeitskreis ETR des Bundes und der Länder (2008), 2008 und 2009: Prognose des ifo Instituts.

**Abbildung 5: Veränderungen der preisbereinigten Bruttowertschöpfung in ausgewählten Bereichen der sächsischen Wirtschaft**



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2008), 2008 und 2009: Prognose des ifo Instituts.

Tabelle 2: Eckdaten der Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen

Veränderungen zum Vorjahr (in %) <sup>a</sup>	Ostdeutschland (mit Berlin)			Sachsen		
	2007	2008	2009	2007	2008	2009
Bruttoinlandsprodukt	2,2	1,2	-1,9	2,4	1,1	-2,1
Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche	2,5	1,5	-2,0	2,8	1,3	-2,3
Bruttowertschöpfung des verarbeitenden Gewerbes	9,9	1,3	-3,0	11,9	0,6	-4,4
Bruttowertschöpfung des Baugewerbes	1,4	3,2	-1,5	0,2	1,5	-0,5
Bruttowertschöpfung Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1,3	1,0	-1,1	-0,7	1,3	-1,6
Bruttowertschöpfung Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	3,0	1,8	-3,5	2,8	1,9	-3,4
Bruttowertschöpfung öffentliche und private Dienstleister	-0,4	1,0	-0,8	-0,6	0,9	-0,8
Zahl der Erwerbstätigen	1,8	1,1	-0,9	-0,9	1,0	-1,0

a) Die Angaben zum Bruttoinlandsprodukt und zur Bruttowertschöpfung basieren auf den Preisen des Vorjahres.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2008) und Arbeitskreis ETR des Bundes und der Länder (2008), 2008 und 2009: Prognose des ifo Instituts.

Ostdeutschland-Trend verlaufen. Die Zahl der Erwerbstätigen wird der Prognose zufolge im Durchschnitt des Jahres 2009 um 1,0 % abnehmen.

### Arbeitsmarktentwicklung in Sachsen und Ostdeutschland

Trotz der sich abschwächenden wirtschaftlichen Dynamik hat sich die Zahl der Erwerbstätigen in Ostdeutschland auch im Jahr 2008 weiter erhöht. Im Vergleich zum Vorjahr dürfte die Erwerbstätigkeit um rund 1 % höher gewesen sein; die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten – für die Angaben aus der Statistik der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT vorliegen – übertraf im September 2008 den Stand des entsprechenden Vorjahresmonats sogar um 1,8 % (vgl. Tab. 3). Gegenüber dem Jahresbeginn 2006, dem Beginn des Aufschwungs am ostdeutschen Arbeitsmarkt, ist die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung saisonbereinigt damit um fast 300.000 Personen gestiegen.

Auch in Sachsen hat sich die Arbeitsmarktsituation im vergangenen Jahr verbessert; die Zahl der Erwerbstätigen dürfte sich hier um rund 1 % erhöht haben. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung lag im September um immerhin 1,4 % über dem Vorjahresniveau.

Zusätzliche Arbeitsplätze wurden vor allem im Wirtschaftsbereich Vermietung und Unternehmensdienstleister, im Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen sowie

im verarbeitenden Gewerbe geschaffen (vgl. Abb. 6). Zu einem Abbau von Beschäftigung kam es hingegen u. a. im Baugewerbe und im öffentlichen Sektor. Wie auch in den Vorjahren dürfte der Beschäftigungszuwachs im Dienstleistungsbereich dabei zu einem erheblichen Teil auf die zunehmende Verbreitung von Zeitarbeit zurückzuführen sein. Da Leiharbeiter oftmals im verarbeitenden Gewerbe tätig sind, wird die Beschäftigungsdynamik in diesem Wirtschaftsbereich durch die offiziellen Angaben aus der Beschäftigungsstatistik in der Tendenz sogar noch unterschätzt [vgl. RAGNITZ (2008)].

Die Zahl der Arbeitslosen hat sich in Ostdeutschland insgesamt im Verlauf des letzten Jahres weiter verringert (vgl. Abb. 7). Im November waren gut 1 Mill. Personen in Ostdeutschland als arbeitslos registriert, 150.000 oder 13 % weniger als ein Jahr zuvor. Die Arbeitslosenquote belief sich damit zuletzt auf nur noch knapp 12 %. Saisonbereinigt zeigt sich ein Rückgang der registrierten Arbeitslosigkeit im gesamten Jahresverlauf, allerdings mit deutlich abnehmenden Raten.

Das Bild in Sachsen ist ähnlich – auch hier hat sich die Zahl der Arbeitslosen im Laufe des Jahres deutlich reduziert; die Arbeitslosenquote lag zuletzt bei 11,5 %. Insgesamt waren in Sachsen im November 2008 40.000 weniger Menschen von Arbeitslosigkeit betroffen als ein Jahr zuvor.

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit reflektiert allerdings nicht nur die noch steigende Arbeitskräftenachfrage, sondern auch die rückläufige Zahl an Erwerbspersonen

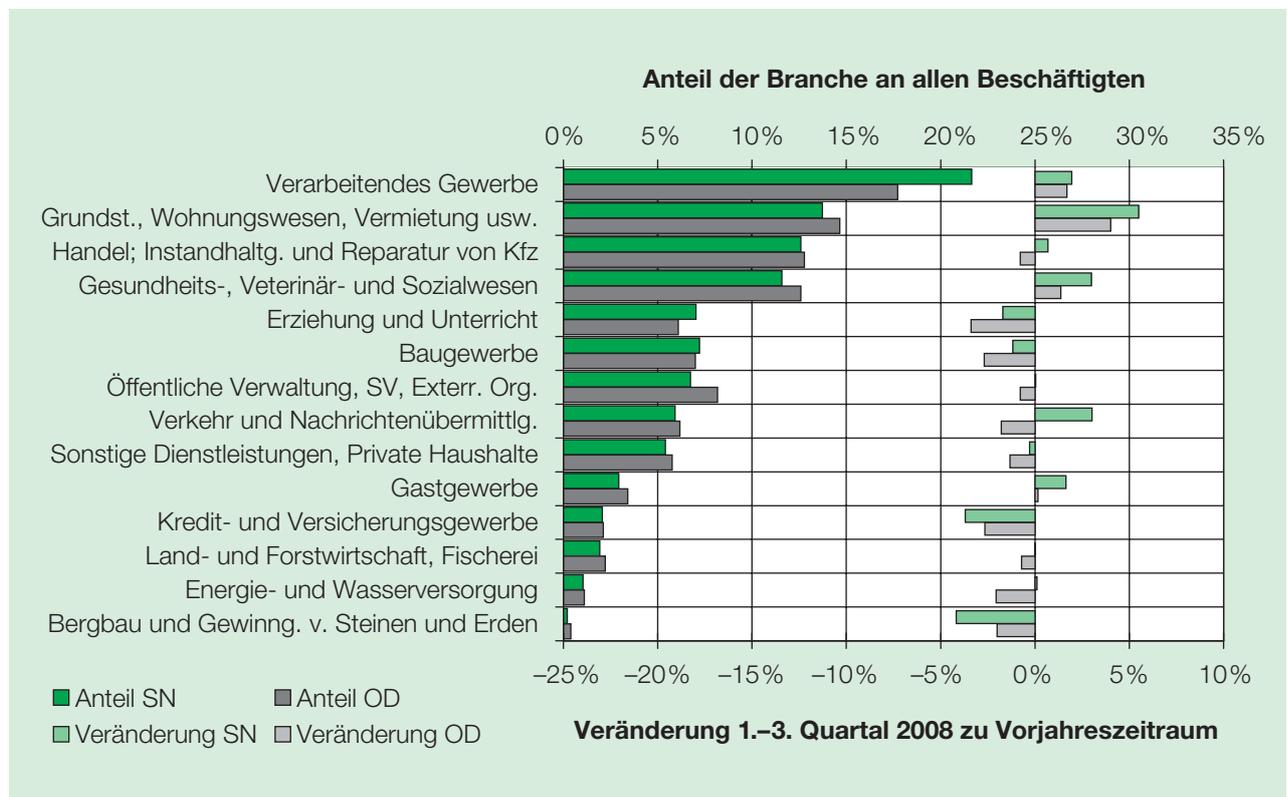
**Tabelle 3: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach sechsmonatiger Wartezeit\* in Sachsen, Ost- und Westdeutschland (2007–2008)**

	Sachsen		Westdeutschland		Ostdeutschland	
	in 1.000 Personen	Veränderung zum Vorjahresquartal in %	in 1.000 Personen	Veränderung zum Vorjahresquartal in %	in 1.000 Personen	Veränderung zum Vorjahresquartal in %
<b>2007</b>						
1. Quartal	1.344,9	3,9	22.189,0	2,2	5.212,2	1,9
2. Quartal	1.368,2	2,8	21.966,9	2,0	5.167,1	2,1
3. Quartal	1.386,2	2,2	21.711,3	2,0	5.101,3	2,5
4. Quartal	1.400,1	1,9	21.502,0	2,3	5.017,4	3,5
<b>2008</b>						
1. Quartal	1.373,2	2,1	22.027,3	-0,7	5.115,3	-1,9
2. Quartal	1.392,6	1,8	22.206,9	1,1	5.195,7	0,6
3. Quartal	1.408,5	1,6	22.451,3	3,4	5.260,2	3,1

\* = vorläufige Werte.

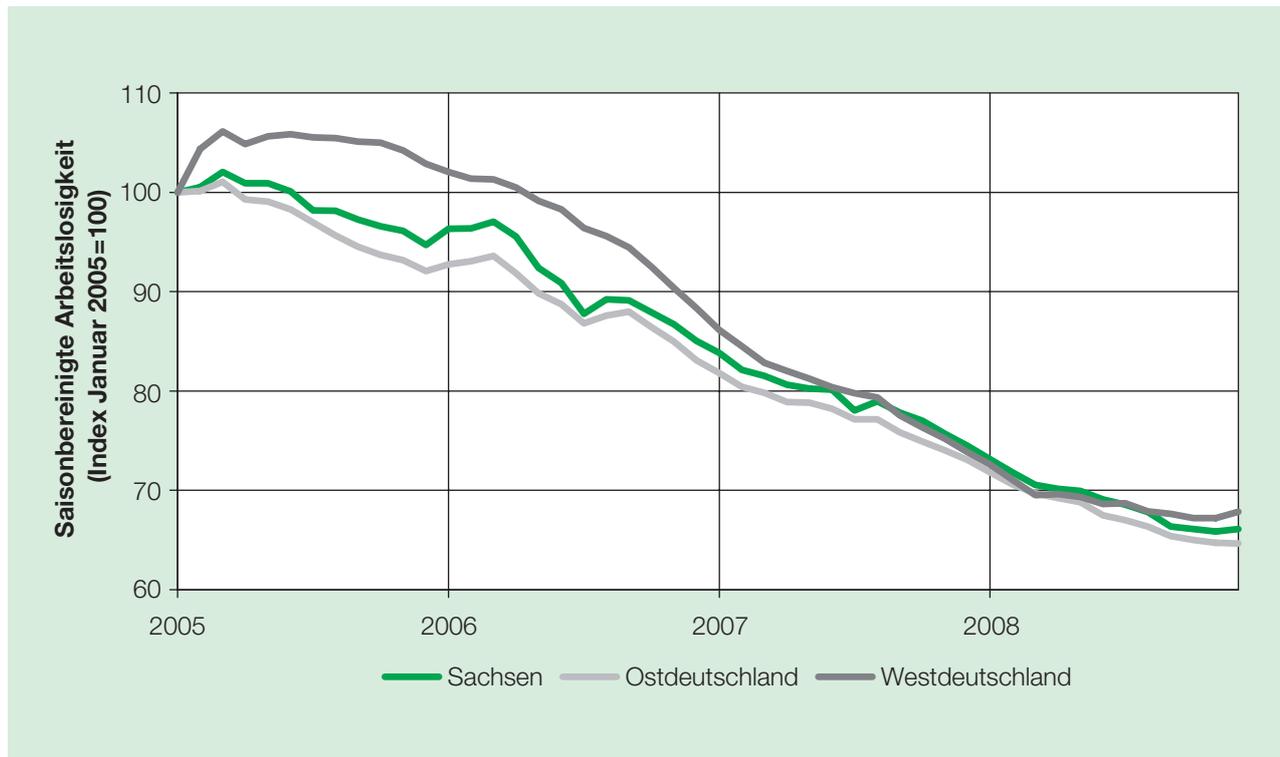
Quellen: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung; Berechnungen des ifo Instituts.

**Abbildung 6: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Sachsen und Ostdeutschland nach Wirtschaftszweigen**



Quellen: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung; Berechnungen des ifo Instituts.

Abbildung 7: Arbeitslosigkeit in Sachsen, Ost- und Westdeutschland (Januar 2005 = 100)



Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des ifo Instituts.

infolge der demographischen Entwicklungen. Alles in allem dürfte sich die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in Ostdeutschland im vergangenen Jahr um rund 180.000 Personen verringert haben – ein Trend, der wohl auch in den kommenden Jahren anhalten wird.

Die in den letzten Jahren feststellbare Entspannung am ostdeutschen Arbeitsmarkt wird sich im Jahr 2009 so nicht fortsetzen. Als Reaktion auf die ungünstige gesamtwirtschaftliche Situation wird sich nach Einschätzung des ifo Instituts die Zahl der Erwerbstätigen in Ostdeutschland insgesamt um etwa 0,9 % und in Sachsen um ca. 1,0 % verringern. Es ist nicht auszuschließen, dass dadurch auch die Arbeitslosigkeit wieder zunimmt.

## Literatur

ARBEITSKREIS ERWERBSTÄTIGENRECHNUNG (ETR) DES BUNDES UND DER LÄNDER (Hrsg.) (2008): Erwerbstätige in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2007, Reihe 1, Band 1, Erwerbstätige (Jahresergebnisse), Berechnungsstand August 2008, Oktober 2008.

ARBEITSKREIS VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN (VGR) DER LÄNDER (Hrsg.) (2008): Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern und Ost-West-Großraum-Regionen Deutschlands 1991

bis 2007, Reihe 1 Länderergebnisse Band 1, Berechnungsstand August 2007/Februar 2008, März 2008.

RAGNITZ, JOACHIM (2008): Leiharbeit in Deutschland. In: ifo Dresden berichtet 5/2008, S. 23–31.

STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2008): Produzierendes Gewerbe – Betriebe, Tätige Personen und Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden nach Beschäftigtengrößenklassen. 2007. Fachserie 4 Reihe 4.1.2, erschienen am 30.07.2008.

STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2009): Preisindizes für die Bauwirtschaft – Neuberechnung auf Basis 2005. November 2008. Fachserie 17 Reihe 4, erschienen am 9. Januar 2009.

STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (Hrsg.) (2008): Statistisches Jahrbuch Sachsen 2008, Kamenz.

<sup>1</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt (2009) für gesamtdeutsche Angaben zur Entwicklung der Baupreise. Pressemeldungen der statistischen Landesämter bestätigen diesen Trend auch für die einzelnen Bundesländer.

# Deutschlandprognose 2009: In schwerer Rezession<sup>1</sup>

Zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus\*

## Weltwirtschaftliches Umfeld

Die Expansion der Weltwirtschaft hat sich im Jahr 2008 stark abgekühlt. Das Bruttoinlandsprodukt legte mit einer Rate von 2,4 % unterdurchschnittlich zu. Die schwere Krise an den internationalen Finanzmärkten, die in den USA mit dem Zusammenbruch des Subprime-Hypothekenmarkts 2007 begonnen hatte, hat inzwischen auf alle Wirtschaftsbereiche übergegriffen. Für Unternehmen und private Haushalte haben sich die Finanzierungsbedingungen deutlich verschlechtert, zudem dämpfen Vermögensverluste und eingetrübte Ertragsaussichten. In vielen Ländern sind kontraktive Multiplikatorprozesse angestoßen worden. Entlastend wirkte lediglich der starke Rückgang der Rohölpreise, der den Notenbanken erlaubte, die Leitzinsen zu senken. Das im Rahmen des IFO WORLD ECONOMIC SURVEY erhobene Weltwirtschaftsklima ist im vierten Quartal 2008 auf den niedrigsten Stand seit mehr als 20 Jahren gesunken. Der Rückgang des Indikators resultiert aus der abermals ungünstigeren Einschätzung der wirtschaftlichen Lage; es haben sich aber auch die Erwartungen für die nächsten sechs Monate weiter eingetrübt. Die Abkühlung des Weltwirtschaftsklimas betraf dieses Mal nicht nur die großen Wirtschaftsregionen Nordamerika, Westeuropa und Asien, sondern auch Mittel- und Osteuropa, Russland und Lateinamerika.

In den **USA** ist die gesamtwirtschaftliche Produktion im dritten Quartal 2008 mit einer laufenden Jahresrate von -0,5 % gesunken, nachdem sie im ersten Halbjahr aufgrund von massiven staatlichen Stützungsmaßnahmen noch gestiegen war. Maßgeblich für den Rückgang war die negative Entwicklung des privaten Konsums, der zum ersten Mal seit 1991 schrumpfte. Die Bauinvestitionen sanken im Gefolge der Immobilienkrise zudem weiter kräftig. Die Zahl der Beschäftigten ist seit Jahresanfang saisonbereinigt um mehr als 1,8 Mill. gesunken, zugleich stieg die Arbeitslosenquote auf 6,7 %. In **Japan** hat sich der konjunkturelle Abschwung fortgesetzt; im dritten Quartal sank die gesamtwirtschaftliche Produktion mit einer laufenden Jahresrate von 1,9 %. Dämpfend wirkte vor allem der Außenbeitrag. Auch in **China** hat sich die wirtschaftliche Expansion spürbar abgekühlt. Das reale Bruttoinlandsprodukt lag in den ersten drei Quartalen

nur um 9,9 % über dem vergleichbaren Vorjahreswert; das sind 2,3 Prozentpunkte weniger als im Vorjahr über den gleichen Zeitraum hin registriert wurden.

Die Volkswirtschaften der **Europäischen Währungsunion** (EWU) sind ebenfalls in den Abschwung geraten. Im dritten Quartal 2008 sank die gesamtwirtschaftliche Produktion mit einer laufenden Jahresrate von 0,8 %, nachdem die Wirtschaftsleistung im ersten Halbjahr im Durchschnitt noch merklich zugenommen hatte. Maßgeblich für das negative Ergebnis war der spürbare Rückgang der Industrieproduktion, aber auch die Bauproduktion dürfte saisonbereinigt gesunken sein. Vom Einzelhandel dürften keine Impulse ausgegangen sein; ebenso ist die Zahl der Pkw-Neuzulassungen weiter deutlich zurückgegangen. Das Preisklima in der EWU hat sich zuletzt infolge der Entspannung bei den Öl- und Kraftstoffpreisen wieder verbessert. Die Inflationsrate (HVPI) betrug im Oktober im Vorjahresvergleich 3,0 %, nach 4,0 % im Juli. Die Kerninflationsrate lag zuletzt bei 2,4 %. Die Arbeitslosenquote ist im Sommerhalbjahr leicht gestiegen, im September betrug sie saisonbereinigt 7,5 %.

Die weltweite *Finanzkrise* hat sich im vergangenen Jahr noch einmal deutlich verschärft. Nachdem sich die Verwerfungen lange Zeit auf Liquiditätsengpässe beschränkten, die aus der mangelnden Bereitschaft der Banken resultierten, sich untereinander kurzfristig Geld zu leihen, spitzte sich die Lage nach der Insolvenz einiger großer Finanzinstitute zu. Um einen Zusammenbruch des globalen Finanzsystems zu verhindern, griff der Staat in nahezu allen Industrieländern durch großvolumige Rettungsmaßnahmen massiv ins Wirtschaftsgeschehen ein. Im Laufe des Jahres 2008 verschärften die Banken in nahezu allen Industrieländern ihre Kreditvergaberichtlinien deutlich. Die Risikoprämien, die insbesondere für Unternehmensanleihen und Staatsanleihen minderer Bonität bezahlt werden müssen, stiegen seit Oktober noch einmal spürbar an.

Im Prognosezeitraum gerät die Weltwirtschaft in die Rezession. Die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts wird sich stark abflachen. Vor allem die ungünstigen Ertragsaussichten der Unternehmen, die Krise im Finanzsektor, deren Bewältigung nur schwer absehbar ist, die restriktivere Kreditvergabe seitens der Banken, die mit deutlich strafferen Kreditkonditionen verbunden ist, sowie die Vermögensverluste durch nachlassende Immobilienpreise, werden spürbar belastend sein. Allein die

\* Dr. Wolfgang Nierhaus ist als wissenschaftlicher Mitarbeiter am ifo Institut für Wirtschaftsforschung München tätig.

Entspannung bei den Ölpreisen dürfte stützend wirken. Mit einer raschen Erholung ist nicht zu rechnen.

In den **USA** wird die Rezession nachhaltig andauern. Die Korrektur des Konsums dürfte sich verschärfen, nicht zuletzt auch weil die verfügbaren Einkommen angesichts der schlechteren Lage am Arbeitsmarkt stagnieren. Die Investitionen dürften rückläufig sein. Eine Belebung der wirtschaftlichen Aktivität wird sich erst gegen Ende 2010 einstellen. Vor allem der expansive Kurs der Geldpolitik dürfte dann stimulierend wirken. In **Japan** wird sich die wirtschaftliche Entwicklung stark abkühlen. Es droht sogar eine Deflation. Die Binnennachfrage wird nur mäßig expandieren. Vom Außenhandel dürften keine Wachstumsimpulse kommen, da die schwache konjunkturelle Dynamik der wichtigsten Handelspartner sichtbar bremsend wirkt. Das Bruttoinlandsprodukt im **Euroraum** wird vorübergehend stärker sinken. Der Konsum wird unter der eintretenden Schwäche des Arbeitsmarkts leiden. Die Investitionen werden stark rückläufig sein. Der Beitrag des Außenhandels zum Wirtschaftswachstum wird negativ sein. In den **Schwellenländern** dürfte sich die konjunkturelle Dynamik ebenfalls abkühlen, jedoch vergleichsweise solide bleiben. Vor allem in **China** wird der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts verhaltener ausfallen, insbesondere weil die gesunkene preisliche Wettbewerbsfähigkeit sowie die schwache Entwicklung wichtiger Absatzmärkte die Exportaussichten merklich eintrüben.

Insgesamt wird das Bruttoinlandsprodukt der Welt im Jahr 2009 um 0,3 % und im Jahr 2010 um 1,4 % steigen. Der Anstieg der Preise wird sich weltweit stark abflachen. Die Arbeitslosenquoten dürften infolge der schwachen konjunkturellen Dynamik deutlich zunehmen.

### Ausblick für Deutschland

Die Konjunktur in Deutschland ist seit der Jahresmitte 2008 deutlich abwärts gerichtet; in der ersten Jahreshälfte hatte die Wirtschaft – auch begünstigt von milder Witterung – noch einmal ein kräftiges Zwischenhoch durchlaufen. Die massive Verschlechterung des außenwirtschaftlichen Umfelds kam mehr und mehr zur Wirkung; zudem verschärfte sich die Finanzkrise außerordentlich. Die Wertschöpfung in Deutschland ist im dritten Vierteljahr erstmals gesunken; im vierten Quartal kam es sogar zu einem außerordentlich massiven Einbruch der Produktion. Die Arbeitsmarktentwicklung blieb bis zum November dagegen robust. Hierzu trugen die flexible Inanspruchnahme von Leiharbeit und der Ausgleich von Arbeitszeitkonten bei.

Die konjunkturelle Abschwächung machte sich zuallererst bei den Exporten bemerkbar; im Jahresdurchschnitt

2008 hat sich aufgrund des großen Überhangs aber noch ein merklicher Anstieg ergeben. Die deutsche Wirtschaft ist von der internationalen Konjunkturschwäche besonders betroffen, weil vor allem die Nachfrage nach Investitionsgütern zurückgeht, die im deutschen Exportsortiment dominant sind. Die Ausrüstungsinvestitionen waren ebenfalls konjunkturell rückläufig, das Vorjahresergebnis ist aber auch hier noch deutlich übertroffen worden. Der private Konsum trat im Jahresdurchschnitt 2008 auf der Stelle; der bis zum Herbst andauernde Höhenflug der Energie- und Kraftstoffpreise sowie die Teuerung bei Nahrungsmitteln schmälerten per saldo die Kaufkraft. Zudem ist die Sparquote gestiegen.

### Box 1: Annahmen der Prognose

- Der Welthandel steigt im Jahr 2009 um 0,5 % und im Jahr 2010 um 1,5 %.
- Der Ölpreis wird im Prognosezeitraum rund 50 US-\$ pro Barrel betragen.
- Der Wechselkurs des Euro liegt im Durchschnitt der Jahre 2009 und 2010 bei 1,30 Dollar je Euro.
- Die EUROPÄISCHE ZENTRALBANK (EZB) schleust die Leitzinsen im Prognosezeitraum bis auf 1 % herunter.
- Die tariflichen Stundenlöhne steigen 2009 im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt um 2,6 % und um 1/2 % im Jahr 2010.
- Die Finanzpolitik in Deutschland ist im Prognosezeitraum expansiv ausgerichtet. Die Maßnahmenpakete der Bundesregierung („Maßnahmenpaket zur Senkung der steuerlichen Belastung, Stabilisierung der Sozialversicherungsabgaben und für Investitionen in Familien“ sowie das 15-Punkte-Programm „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“) werden wie beschlossen umgesetzt. Weitere stimulierende Maßnahmen sind in diese Prognose nicht eingestellt.

Im laufenden Jahr stehen die Konjunkturampeln auf rot. Die deutsche Wirtschaft, die zuvor aufgrund ihrer außenwirtschaftlichen Ausrichtung in besonderem Maße von dem kräftigen weltwirtschaftlichen Aufschwung profitiert hat, gerät nun umgekehrt in besonderem Maße in den Abwärtssog, den die Finanzkrise weltweit auslöst. Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird daher im Verlauf des Jahres 2009 weiter sinken. Im Jahresdurchschnitt wird das reale Bruttoinlandsprodukt dem Ursprungswert nach wie auch kalenderbereinigt um 2,2 % abnehmen (vgl. Tab. 1). Im Gefolge der Weltrezession werden die Exporte drastisch zurückgeschraubt. Die Investitionen in

Ausrüstungen werden bei sinkender Kapazitätsauslastung, einbrechenden Ertragsaussichten und restriktiven Finanzierungsbedingungen scharf zurückgefahren werden. Auch der Bau rutscht mit Ausnahme des öffentlichen Nichtwohnungsbaus ins Minus. Der private Konsum dürfte trotz steigender realer Durchschnittslöhne nur wenig vorankommen. Ausschlaggebend ist der deutliche Rückgang der Beschäftigung, zudem bleibt die Sparquote angesichts der Finanz- und Vertrauenskrise hoch.<sup>2</sup>

Die Inflationsrate wird im Jahresdurchschnitt 2009 rund 1 % betragen; in einzelnen Monaten werden die Raten sogar merklich unter dieser Marke liegen. Das staatliche Budget wird 2009 wieder deutlich ins Defizit gehen;

die staatliche Einnahmensituation verschlechtert sich konjunkturbedingt und zugleich steigen die Ausgaben wegen höherer Sozialleistungen beschleunigt. In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt ist der Finanzierungssaldo des Staates auf –1,4 % zu veranschlagen.

Erst im Jahr 2010 ist mit dem allmählichen Abebben der Finanzkrise und der leichten Besserung des internationalen Umfelds eine konjunkturelle Stabilisierung zu erwarten. Dabei wird die Produktionslücke – bei einer auf 1 ½ % zu veranschlagenden Potenzialrate – weiter zurückgehen.

Die durchschnittliche Prognoseunsicherheit lässt sich anhand von Intervallen angeben, die die unbekannte

**Tabelle 1: Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland**

	2006	2007	2008 <sup>1</sup>	2009 <sup>1</sup>	2010 <sup>1</sup>
<b>Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr<sup>a</sup></b>					
Private Konsumausgaben	1,0	–0,4	–0,1	0,6	0,0
Konsumausgaben des Staates	0,6	2,2	2,5	2,0	1,6
Bruttoanlageinvestitionen	7,7	4,3	4,6	–4,9	–0,1
Ausrüstungen	11,1	6,9	5,6	–10,0	–1,4
Bauten	5,0	1,8	3,7	–1,6	0,8
Sonstige Anlagen	8,0	8,0	6,3	2,5	0,9
Inländische Verwendung	2,1	1,1	1,6	–0,1	0,4
Exporte	12,7	7,5	4,0	–5,7	0,5
Importe	11,9	5,0	4,6	–1,3	1,9
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	3,0	2,5	1,5	–2,2	–0,2
Erwerbstätige <sup>b</sup> (1.000 Personen)	39.097	39.768	40.337	40.018	39.433
Arbeitslose (1.000 Personen)	4.487	3.776	3.266	3.471	3.971
Arbeitslosenquote <sup>c</sup> (in %)	10,3	8,7	7,5	8,0	9,2
Verbraucherpreise <sup>d</sup>					
(Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,6	2,3	2,6	0,9	1,4
Finanzierungssaldo des Staates <sup>e</sup>					
– in Mrd. €	–35,9	–4,2	1,8	–34,1	–72,0
– in % des Bruttoinlandsprodukts	–1,5	–0,2	0,1	–1,4	–2,9
1) Prognose des ifo Instituts. – a) Preisbereinigte Angaben. – b) Inlandskonzept. – c) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept). – d) Verbraucherpreisindex (2000=100). – e) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95).					

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Prognose des ifo Instituts.

Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts mit einer vorgegebenen Wahrscheinlichkeit einschließen. Gemessen an den historischen Prognosefehlern der Jahre 1990 bis 2007 beträgt die Spanne für ein Prognoseintervall, das die Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2009 mit einer Wahrscheinlichkeit von etwa zwei Dritteln überdeckt,  $\pm 0,8$  Prozentpunkte. Das allgemeine Prognoserisiko wird allerdings überlagert von speziellen **Abwärtsrisiken**, die sich aus der weltweiten Finanzkrise ergeben. Gleichwohl gibt es auch **Aufwärtsrisiken**: So könnte sich die Bankenkrise schneller als erwartet auflösen, auch aufgrund weiterer staatlicher Interventionen, z. B. am Interbankenmarkt. Dann könnte sich die Kreditvergabe weniger restriktiv entwickeln als unterstellt, und die Zinssenkungen der EZB würden voll auf die Kreditzinsen durchschlagen.

### Exporte im Sog der globalen Rezession

Die Exporte sind seit dem Frühjahr 2008 saison- und kalenderbereinigt gesunken. Die Exportwirtschaft konnte sich der massiven Abkühlung der Weltkonjunktur nicht entziehen. Die Entwicklung ist umso gravierender, als das deutsche Exportsortiment zu gut dreiviertel aus Investitions- und Vorleistungsgütern besteht, aus Produkten also, die bei einer globalen Rezession kaum nachgefragt werden. Die Ausfuhr in die USA hat merklich abgenommen und in die EU-15-Länder nur unterdurchschnittlich expandiert. Im Prognosezeitraum wird die Ausfuhr kräftig sinken. Mit den USA, der EU und China befinden sich die wichtigsten Handelspartner Deutschlands gleichzeitig im Abschwung. Im Jahr 2009 wird mit einem Rückgang der Exporte um 5,7% gerechnet; im Jahr dürften 2010 die Ausfuhren um 0,5% moderat steigen.

### Einbruch der Ausrüstungsinvestitionen

Die Ausrüstungsinvestitionen sind im Jahr 2008 nochmals merklich gestiegen. Die Unternehmen lasteten ihre Kapazitäten bis in den Sommer hinein deutlich überdurchschnittlich aus und verfügten trotz sich abschwächenden Auftragseingängen über ein Polster an Bestellungen.

Im laufenden Jahr werden die Ausrüstungsinvestitionen jedoch sinken. Die Auftragspolster der Unternehmen sind teilweise deutlich abgeschmolzen und die Unternehmen erwarten eine weitere Verschlechterung der Geschäftssituation, sodass die Investitionsausgaben deutlich zurückgefahren werden. In diese Richtung weisen auch die ifo Konjunkturtestergebnisse für die Leasingbranche, die gute Indikatoren für die gesamtwirtschaftliche

Investitionsneigung sind. Sowohl die Geschäftslage als auch die Geschäftserwartungen haben sich in diesem Bereich erheblich verschlechtert. Erst im Jahr 2010 werden sich die Ausrüstungsinvestitionen wieder fangen. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die internationale Konjunkturentwicklung sich ebenfalls stabilisiert. Stützend dürften dann die kräftigen Zinssenkungen der EZB wirken. Die im Maßnahmenpaket der Bundesregierung enthaltene Wiedereinführung der degressiven Abschreibung für die Jahre 2009 und 2010 wirkt ebenfalls stützend, kann aber den Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen in 2009 nicht verhindern. Insgesamt werden die Ausrüstungsinvestitionen 2009 im Jahresdurchschnitt um 10% sinken und 2010 nochmals um 1,4% zurückgehen.

### Bauinvestitionen sinken

Im **Wohnungsbau** war die Entwicklung im Jahr 2008 gedämpft. Die Auftragsbestände und die Auftragseingänge deuten derzeit auf einen wenig dynamischen weiteren Verlauf hin, das Genehmigungsvolumen für neue Wohngebäude stabilisierte sich bis zum vergangenen Sommer auf niedrigem Niveau. Insbesondere das Ausbaugewerbe wird von umfangreichen Baumaßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung profitieren. Den Umfang der Fördermittel zur Gebäudesanierung hat die Bundesregierung noch einmal deutlich aufgestockt. Zusätzliche Gelder werden auch für Zinszuschüsse im Rahmen des Programms „Seniorengerechtes Wohnen“ bereitgestellt. Die Wohnungsbauinvestitionen werden 2009 im Durchschnitt um 1,3% sinken. Im kommenden Jahr werden die Wohnungsbauinvestitionen wieder um 0,8% zulegen.

Die Entwicklung im **Wirtschaftsbau** war im ersten Halbjahr 2008 noch recht dynamisch. Die bis zum Sommer aufgelaufenen Auftragsbestände waren hoch, nach den Ergebnissen des ifo Konjunkturtests haben sie sich aber im November merklich reduziert. Aufgrund der allgemeinen Konjunkturentwicklung wird es im gewerblichen Bau nunmehr zu massiven Rückstellungen von Projekten kommen. Zudem ist zunächst mit einer weiteren Verschlechterung der Kreditfinanzierungsbedingungen zu rechnen. Die gewerblichen Bauinvestitionen werden im Jahr 2009 um 5,6% und im Jahr 2010 um 2,2% sinken.

Die **öffentlichen Bauinvestitionen** expandierten 2008 spürbar und werden 2009 weiter kräftig zunehmen. Die Finanzlage in den Kommunen ermöglicht die Realisierung von Neubauvorhaben sowie von Sanierungsmaßnahmen. Die Mehreinnahmen durch die Anhebung der Lkw-Maut fließen teilweise in Bauprojekte. Zudem sieht das Maßnahmenpaket der Bundesregierung zusätzliche

Investitionen in die Infrastruktur vor. Die öffentlichen Bauinvestitionen werden im laufenden Jahr um 6,9 % expandieren, im nächsten Jahr folgt eine weitere Steigerung um 7,3 %.

Insgesamt werden die Bauinvestitionen im Jahresdurchschnitt 2009 insbesondere aufgrund des Rückgangs der gewerblichen Bauinvestitionen um 1,6 % sinken. Im Jahr 2010 ergibt sich ein Plus von 0,8 %.

### Privater Konsum: Verbraucher treten auf die Bremse

Der reale private Konsum hat auch im Jahr 2008 nicht zuzulegen vermocht. In den Sommermonaten haben die Verbraucher vor allem bei langlebigen Gebrauchsgütern wie Pkw und Einrichtungsgegenständen gespart; der Neuwagenmarkt ist zuletzt regelrecht eingebrochen. Zwar gab es seit dem Spätsommer eine deutliche Entlastung der Verbraucherbudgets durch rapide sinkende Öl- und Kraftstoffpreise; die hierdurch freigewordenen Mittel dürften aber angesichts des eingetrübten Konsumklimas vorrangig gespart worden sein.

Im Prognosezeitraum wird die Konsumententwicklung alles in allem schwach bleiben; zeitweilig werden die realen Verbrauchsausgaben sogar sinken. Zwar werden die Tariflöhne im Jahr 2009 auf Stunden- wie auf Monatsbasis im ähnlichen Tempo wie 2008 steigen. Da aber rezessionsbedingt Arbeitsvolumen und Beschäftigung sinken, werden die Löhne und Gehälter in der Summe brutto deutlich schwächer als im abgelaufenen Jahr expandieren (+1,1 %). Netto beläuft sich der Zuwachs sogar nur auf 0,8 %. Zwar gilt 2009 wieder die alte Pendlerpauschale und der Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung ist um 0,5 Prozentpunkte niedriger. Allerdings ist der durchschnittliche Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung im Zuge der Einführung des Gesundheitsfonds um 0,6 Prozentpunkte gestiegen. Zudem greift die Steuerprogression weiter voll. Die monetären Sozialleistungen werden dagegen um 2,8 % steigen. So ist zum Jahresanfang das Kindergeld erhöht worden. Zudem wurde das zuletzt 2001 angepasste Wohngeld angehoben. Die gesetzlichen Altersrenten steigen zur Jahresmitte aufgrund der vergangenen kräftigen Lohnentwicklung und der Aussetzung der „Riestertreppe“ in der Rentenformel sogar um 2,75 %. Dagegen werden die entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen rezessionsbedingt nur sehr gedämpft zunehmen. Insgesamt werden die verfügbaren Einkommen 2009 um 2,0 % zulegen, real um 1,3 %.

Die Sparquote dürfte im Verlauf des Jahres 2009 etwas sinken; aufgrund des hohen Stands im Winterhalbjahr 2008/09 wird sie im Jahresdurchschnitt aber um

1/2 Prozentpunkt über dem Niveau 2008 liegen. Insgesamt wird der reale private Konsum um 0,6 % steigen. Im Jahr 2010 dürfte der reale Konsum bei noch weitergehendem Beschäftigungsabbau und niedrigeren tariflichen Abschlussätzen sowie etwas sinkender Sparquote stagnieren.

### Verbraucherpreise steigen stark verlangsamt

Die Lebenshaltungskosten wurden im Verlauf des Jahres 2008 von der Entwicklung der Rohölpreise dominiert. In den Sommermonaten war die Inflationsrate im Gefolge stark steigender Ölnotierungen bis auf 3,3 % geklettert. Im November – der Ölpreis je Barrel war, nach historischem Höchststand im Juli, inzwischen wieder auf 50 US-\$ gefallen – sank sie auf 1,4 %. Im Jahresdurchschnitt 2008 hat die Preissteigerungsrate 2,6 % betragen.

Im Prognosezeitraum wird die Teuerung alles in allem moderat ausfallen, die deutsche Wirtschaft gerät in eine temporäre Phase sinkender Inflationsraten (**Disinflation**). Die stark gesunkenen Öl- und Kraftstoffpreise werden die Preisentwicklung anderer Energieträger dämpfen; kurzfristig ist allerdings bei Gas und auch bei Strom noch mit weiteren Preisanhebungen zu rechnen. Der Teuerungsschub bei Nahrungsmitteln dürfte zudem auslaufen. Alles in allem wird sich das Verbraucherpreinsniveau im Jahresdurchschnitt 2009 voraussichtlich um rund 1 % erhöhen. Die monatlichen Inflationsraten werden dabei aufgrund von Basiseffekten teilweise sogar deutlich unter die 1-Prozentmarke fallen, ab Herbst jedoch wieder die 1-Prozentmarke überschreiten. Im Jahr 2010 ist mit einer Preissteigerungsrate um 1 1/2 % zu rechnen. Zum einen gibt es keine dämpfenden Basiseffekte aus dem Vorjahr mehr, zum anderen dürften die zwischenzeitlich deutlich gestiegenen Lohnstückkosten allmählich in den Preisen weitergegeben werden.

### Arbeitsmarkt in der Krise: Kurzarbeit und aktive Arbeitsmarktpolitik werden ausgeweitet

Der Aufschwung am Arbeitsmarkt war bis in den Herbst 2008 hinein weiterhin kräftig. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wurde kräftig ausgeweitet. Gleichzeitig wurde die Arbeitslosigkeit weiter abgebaut. Dabei wurde die Zahl der Arbeitslosen sogar dadurch angehoben, dass einige Begünstigungsregelungen für ältere Arbeitslose ausliefen: Personen, die das 58. Lebensjahr vollendet haben und ohne Beschäftigung sind, werden seit 2008 grundsätzlich als arbeitslos gezählt.

Im Prognosezeitraum sorgt das rezessive gesamtwirtschaftliche Umfeld für einen Einbruch bei der Arbeitsnachfrage. So befindet sich das ifo Beschäftigungsbarometer auf dem tiefsten Stand seit drei Jahren. Das geleistete Arbeitsvolumen wird deutlich sinken. Da die Unternehmen jedoch Fachkräfte halten wollen und außerdem viele Arbeitnehmer dem Kündigungsschutz unterliegen, wird zunächst die durchschnittliche Arbeitszeit reduziert werden. Hierbei werden Arbeitszeitkonten für einen Überstundenabbau genutzt. Außerdem werden vermehrt Betriebe Kurzarbeit beantragen. Alles in allem sinkt im Jahresdurchschnitt 2009 die Erwerbstätigkeit um 0,8 % oder 315.000 Personen (Jahresverlauf: -660.000). Bei anhaltender Unterauslastung der Kapazitäten nimmt die Erwerbstätigenzahl auch 2010 ab und wird dann um 585.000 Personen unter Vorjahresniveau liegen.

Die Zahl der Arbeitslosen wird im Jahr 2009 aufgrund der Unterauslastung der Kapazitäten spürbar steigen. Allerdings dürfte die Ausweitung von Kurzarbeit, von geförderter sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und von Weiterbildungsmaßnahmen den Anstieg der Arbeitslosenzahlen dämpfen. Hinzu kommt, dass Personen, die ihren Arbeitsplatz verlieren, wohl teilweise auch in die stille Reserve abwandern. Trotz alledem wird die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt 2009 um 205.000 höher sein als in diesem Jahr (Jahresverlauf: +540.000). Im Jahresdurchschnitt 2010 wird die Zahl der Arbeitslosen um eine halbe Million Personen über Vorjahresniveau sein.

### Staatshaushalt: Steigende Defizite

Die Finanzlage des Staates wird sich im Jahr 2009 vor dem Hintergrund des massiven Produktionsausfalls deutlich verschlechtern. Konjunkturbedingt sind sowohl Einnahmefälle als auch höhere Ausgaben zu erwarten. Insgesamt kann für die Bilanz der staatlichen Einnahmen und Ausgaben ein Defizit in der Größenordnung von 34 Mrd. € oder 1,4 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts veranschlagt werden. Angesichts der verschlechterten Arbeitsmarktlage kommt auch die Sozialversicherung

als Ganzes in die roten Zahlen (-3 1/2 Mrd. €). Die Arbeitslosenversicherung wird ca. 4 1/2 Mrd. € aus ihren Rücklagen verwenden müssen, um den Ausgabenüberschuss zu finanzieren.

Die voraussichtliche gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2010 lässt erwarten, dass das Budgetdefizit des Staates (in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt) erneut um 1 1/2 Prozentpunkte steigt. Das Steueraufkommen wird zum zweiten Mal in Folge sinken, da sich die neuen Abschreibungsregeln aus dem Maßnahmenpaket „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“ vor allem in den Jahren ab 2010 niederschlagen werden, hinzu kommen erhebliche Steuerausfälle durch die verbesserte Berücksichtigung von Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen als Vorsorgeaufwendungen. Damit erreicht Deutschland nahezu wieder die Maastricht-Grenze für das Budgetdefizit (3 %). Das Maastricht-Kriterium für den staatlichen Schuldenstand (höchstens 60 % des Bruttoinlandsprodukts) wird mit voraussichtlich 68 % (2008: 63 1/2 %, 2009: 65 1/2 %) auch weiterhin nicht eingehalten.

<sup>1</sup> Gekürzte Fassung der ifo Konjunkturprognose von Dezember 2008, vgl. K. CARSTENSEN, W. NIERHAUS, O. HÜLSEWIG, K. ABBERGER, C. BREUER, T. BÜTTNER, S. ELSTNER, S. HENZEL, R. HILD, J. MAYR, W. MEISTER und T. WOLLMERSHÄUSER, ifo Konjunkturprognose 2009: Deutsche Wirtschaft in der Rezession, in: ifo Schnelldienst, 24/2008, S. 21–69.

<sup>2</sup> Zwischenzeitlich hat die Bundesregierung mit dem „Pakt für Beschäftigung und Stabilität in Deutschland“ ein weiteres Konjunkturprogramm verabschiedet, das für die Jahre 2009 und 2010 Maßnahmen in einem Gesamtvolumen von 50 Mrd. € enthält. Davon sollen rund 27 Mrd. € im laufenden Jahr wirksam werden. Geht man davon aus, dass 1/3 dieses Betrags gespart oder aber erst 2010 verausgabt wird, so würde durch das neue Maßnahmenpaket das reale BIP in 2009 um 0,7 Prozentpunkte zusätzlich angehoben werden. Da gleichzeitig aber der statistische Unterhang voraussichtlich um 0,7 Prozentpunkte größer ausgefallen ist, als in diese Prognose eingestellt wurde, entsteht für die hier prognostizierte Veränderungsrate des realen BIP im Jahresdurchschnitt 2009 in Höhe von -2,2 % kein Revisionsbedarf. Allerdings dürfte die Entwicklung im Jahresverlauf 2009 von der hier beschriebenen abweichen, was dann für den statistischen Überhang größere Auswirkungen hat.

# Demographie und soziale Infrastruktur am Beispiel des Freistaates Thüringen

Helmut Seitz\*

## 1. Einleitung und Übersicht

Mit „Infrastruktur“ bezeichnet man langlebige Einrichtungen, die einen zentralen Funktionsbeitrag für das ökonomische und soziale Gemeinwesen leisten.<sup>1</sup> Vielfach obliegt bzw. oblag die Infrastruktur der staatlichen Aufgabewahrnehmung, was sich im Laufe der Geschichte aber sehr stark gewandelt hat und sowohl zu zahlreichen „Kooperationsformen“ (wie PublicPrivatePartnership (PPP), Betreibermodelle usw.) aber auch den nahezu vollständigen Rückzug der öffentlichen Hand aus vielen Bereichen der Infrastrukturversorgung – i. d. R. aber unter Beibehaltung eines erheblichen Regulierungseinflusses – geführt hat. Wir wollen uns hier nur mit der so genannten *sozialen Infrastruktur* beschäftigen, zu der man in einer engen Abgrenzung insbesondere

- die Einrichtungen des Gesundheitswesens,
- Pflegeeinrichtungen (einschließlich Behindertenwerkstätten u. ä.) sowie
- die Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe (ohne Kindertageseinrichtungen<sup>2</sup>)

rechnet.

Die „Nachfrage“ nach den Leistungen der sozialen Infrastruktur wird durch eine Vielzahl von Faktoren bestimmt:

- die Demographie (insb. die Altersstruktur der Bevölkerung, aber auch die Siedlungsstruktur usw.),
- die Lebensgewohnheiten der Menschen (Ernährungs-, Bewegungs-, Trink-, Rauchgewohnheiten usw.),
- das Sozialgefüge und die Familienstrukturen (bei einer höheren Quote instabiler Familienstrukturen bzw. Familien mit sozialen Problemen besteht ein höherer Bedarf an Einrichtungen und Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe etc.; die Nachfrage nach Heimpflegeplätzen hängt von den Familienstrukturen und auch den Arbeitsmarktstrukturen<sup>3</sup> ab),
- den technisch-medizinischen Fortschritt (Veränderung der Behandlungsmethoden und der Behandlungskosten usw.),

- ökonomische Gegebenheiten (Tragen von Eigenfinanzierungsanteilen, Ansprüche an die Sozialversicherungen usw.), aber auch
- das bestehende Angebot an Einrichtungen im Bereich der sozialen Infrastruktur (bei großzügigeren Angebotsstrukturen dürfte die Neigung, soziale Infrastruktureinrichtungen wie Heim- und Pflegeplätze auch nachzufragen, größer sein).

Es ist eine schwierige und langwierige Aufgabe, sich ein umfassendes Bild von den Wirkungen dieser Vielfalt von Einflussfaktoren zu verschaffen, sodass wir uns bei unserer Analyse weitgehend auf die demographischen Einflussfaktoren konzentrieren. Hierbei müssen wir uns aber des Umstandes bewusst sein, dass wir stets eine „*ceteris paribus*“-Betrachtung durchführen, d. h. von der Konstanz der anderen aufgeführten Einflussfaktoren ausgehen. Da die demographischen Verschiebungen in den nächsten Jahren aber erheblich sein werden, stellen diese sicherlich einen der, wenn nicht sogar *den*, zentralen Einflussfaktor dar. So wird die Einwohnerzahl in Thüringen bis 2030 um weitere ca. 16 % im Vergleich zum Jahr 2007 sinken, während die Einwohnerzahl in Gesamtdeutschland in diesem Zeitraum relativ stabil bleiben wird. Die Zahl der jungen Einwohner unter 20 Jahren wird im Zeitraum von 2007 bis 2030 in Thüringen nochmals um etwas mehr als 20 % zurückgehen (Gesamtdeutschland: –17 %). Dies impliziert, dass demographisch bedingt die Nachfrage nach Leistungen des Bildungssystems aber auch der Leistungen der Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe sinken wird, sofern andere Faktoren diesen demographischen Trends nicht massiv entgegenwirken. Auf der anderen Seite wird sich in Thüringen die Zahl der Personen im Alter von über 75 Jahren bis 2030 um mehr als 55 % erhöhen. Der Bevölkerungsanteil dieser Altersgruppe wird sich somit von ca. 6 % im Jahr 1991 auf ca. 17 % im Jahr 2030 erhöhen. Es kommt somit infolge der demographischen Veränderungen zu einer deutlichen Bedarfsstrukturverschiebung: Die Versorgungsbedarfe für „jugendrelevante“ Leistungen reduzieren sich, während auf der anderen Seite steigende Versorgungsbedarfe für die ältere Bevölkerung zu verzeichnen sein werden. Es dürfte offenkundig sein, dass damit auch Veränderungen der Budgetstrukturen auf der Landes- und Gemeindeebene verbunden sein müssen.<sup>4</sup>

\* Prof. Dr. Helmut Seitz ist Professor für Volkswirtschaftslehre, insb. Empirische Finanzwissenschaft an der Technischen Universität Dresden sowie Forschungsprofessor der Niederlassung Dresden des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung. Der Beitrag beruht auf einem Vortrag des Autors auf der Veranstaltung „Demographischer Wandel und soziale Infrastruktur“ in Erfurt, 20.11.2008, verfügbar auf: <http://www.tu-dresden.de/www/lemp/publikation/>.

## 2. Die soziale Infrastruktur in Thüringen: Eine vergleichende prospektive Analyse

In diesem Abschnitt wollen wir der Frage nachgehen, in welchem Umfang die demographischen Entwicklungen die Nachfrage bzw. den Bedarf nach Leistungen der sozialen Infrastruktur determinieren. Hierbei konzentrieren wir uns ausschließlich auf die Bereiche:

- Pflegeeinrichtungen,
- Krankenhäuser (einschl. der Vorsorge- und Reha-Einrichtungen) und
- Einrichtungen zur Pflege von Behinderten.

Die ebenfalls zur sozialen Infrastruktur zu rechnenden Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe<sup>5</sup> haben wir hier aus Platzgründen ausgeklammert.<sup>6</sup>

### 2.1 Pflegeeinrichtungen

Nach Angaben des STATISTISCHEN BUNDESAMTES (2008a) gab es in Gesamtdeutschland im Jahr 2005 ca. 2,13 Mill. pflegebedürftige Personen von denen ca. 32 % in Heimen versorgt wurden. Von den ca. 1,45 Mill. zu Hause versorgten Personen wurden nahezu 1 Mill. durch Angehörige und ca. 470.000 Personen durch ambulante Pflegedienste versorgt.

Die Tabelle 1 zeigt die Ausstattung der Länder mit Pflegeeinrichtungen im Jahr 2005. Im Durchschnitt gibt es ca. 12,7 Einrichtungen je 100.000 Einwohner, in denen im Durchschnitt ca. 73 pflegebedürftige Personen betreut werden können. In der überwiegenden Mehrzahl der Länder liegt der Anteil der öffentlichen Pflegeeinrichtungen unter 10 %, während mehr als 50 % der Einrichtungen freigemeinnütziger Natur sind. Die Vergleichswerte von

**Tabelle 1: Versorgung mit Pflegeeinrichtungen im Jahr 2005**

	Pflegeheime je 100.000 Einwohner	Pflegefälle je 100.000 Einwohner	Zahl der Pflegeplätze je Einrichtung	Anteil öffentlicher Pflegeeinrich- tungen
Baden-Württemberg	11,4	729	70,5	9,8%
Bayern	12,4	809	74,3	12,0 %
Berlin	10,3	789	87,4	5,7 %
Brandenburg	12,5	786	67,3	4,7 %
Bremen	12,9	860	71,7	0,0 %
Hamburg	10,2	784	86,5	15,6 %
Hessen	10,7	698	73,3	6,6 %
Mecklenburg-Vorpommern	14,4	905	67,5	7,3 %
Niedersachsen	16,9	949	63,9	3,2 %
Nordrhein-Westfalen	11,1	819	80,2	5,2 %
Rheinland-Pfalz	10,4	715	84,7	1,4 %
Saarland	12,4	852	85,3	2,3 %
Sachsen	15,2	937	67,0	6,0 %
Sachsen-Anhalt	14,9	909	65,1	6,6 %
Schleswig-Holstein	22,1	1.094	59,3	4,3 %
Thüringen	11,9	798	71,6	9,7 %
Deutschland	12,7	821	72,6	6,7 %

Quelle: Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Thüringen weichen kaum von den gesamtdeutschen Werten ab und zwar sowohl im Hinblick auf die vorhandene Kapazität als auch die Größe der Einrichtungen und die Betreiberstruktur.

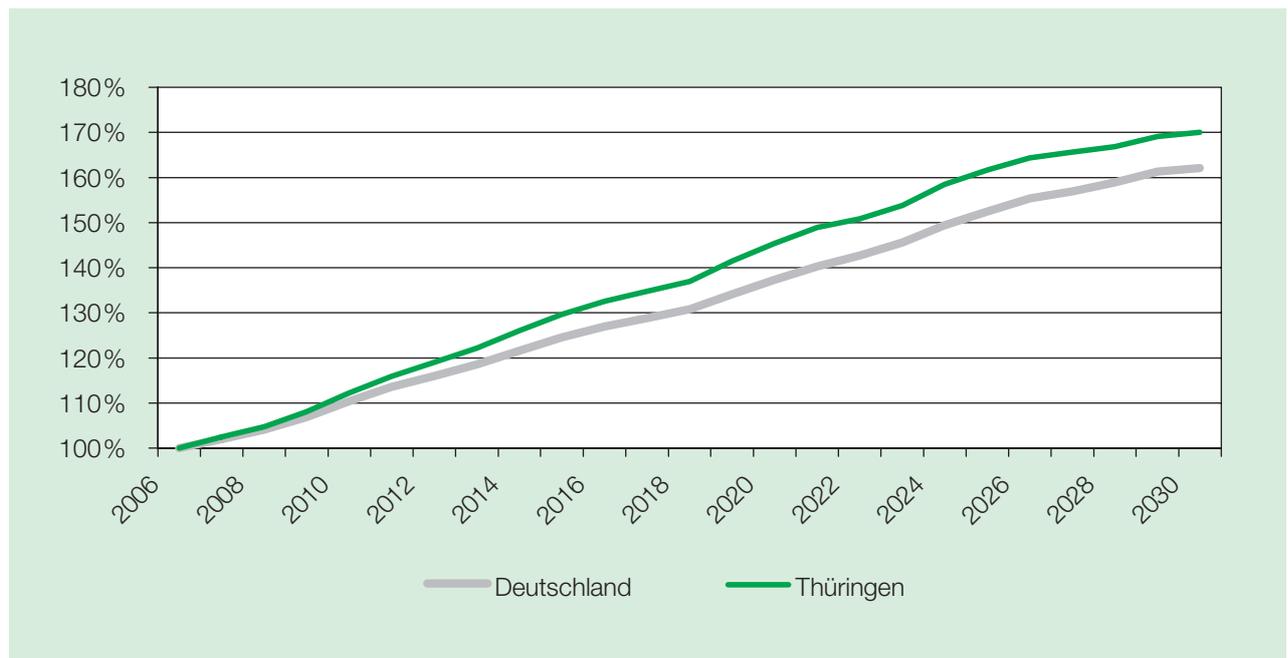
Die Länderrelationen in Tabelle 1 verändern sich kaum, wenn man – wie in diesem Bereich weit verbreitet – die Zahl der Einwohner über 80 Jahre als Referenzmaßstab wählt. In der Tat sind ca.  $\frac{3}{4}$  der Bewohner von Pflegeheimen älter als 80 Jahre, sodass diese Altersgruppe für die Nachfrage von entscheidender Bedeutung ist. Die Zahl der in Pflegeheimen versorgten Pflegefälle je 100.000 Einwohner liegt bei ca. 700 in Hessen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg, während in Schleswig-Holstein<sup>7</sup> nahezu 1.100 Pflegefälle je 100.000 Einwohner verzeichnet werden. Die aufgezeigten Länderunterschiede lassen sich nicht durch Unterschiede in der Altersstruktur bzw. dem Anteil älterer Personen an der Gesamtbevölkerung erklären. Relativ gering sind aber die Unterschiede bei der Struktur der Pflegefälle. Etwa  $\frac{1}{3}$  der in Pflegeheimen versorgten Personen fallen in die Pflegestufe I, ca. 20 % in die Pflegestufe III und ca. 44 % in die Pflegestufe II. Mehr als 80 % der Bewohner von Altenpflegeeinrichtungen sind Empfänger von Leistungen der Pflegeversicherung.

Unter Verwendung von Daten über die die Altersstruktur der Altenheimbewohner wurde die in Abbildung 1 dargestellte Entwicklung des Bedarfs an Pflegeplätzen in vollstationären Alteneinrichtungen geschätzt.

Nach dieser Projektion wird sich bis 2020 der Platzbedarf in Thüringen um ca. 45 % (bis 2030 sogar um ca. 60 %) und in Gesamtdeutschland um ca. 37 % erhöhen, was zu einem beträchtlichen Zuwachs in der Zahl entsprechender Einrichtungen sowie der Nachfrage nach geeignetem Pflegepersonal führen wird. Nach Angaben von TNS INFRATEST (2006) gab es im Jahr 2005 in Deutschland ca. 370.400 vollzeitbeschäftigte Arbeitskräfte in den Altenpflegeeinrichtungen, sodass bis zum Jahr 2020 das Beschäftigungsvolumen in diesen Einrichtungen um ca.  $\frac{1}{3}$  ansteigen wird. Hierbei wird mit einem Bedarf von einer Vollzeitbetreuungskraft je 2,5 Bewohner einer Altenpflegeeinrichtung gerechnet. In Thüringen und in den anderen ostdeutschen Ländern dürfte dieser Anstieg sogar höher ausfallen, da der Alterungsprozess schneller verläuft als in Deutschland insgesamt. Damit ist aber auch ein erheblicher zusätzlicher Investitionsaufwand verbunden. Das Infrastrukturanangebot – in Termini von Pflegeplätzen und der Zahl von Einrichtungen – müsste sich in Thüringen bis zum Jahr 2020 um 30 % bis 40 % erhöhen. Allerdings ist in diesem Bereich öffentliche Trägerschaft von nur geringer Bedeutung, sodass sich der zusätzliche öffentliche Investitionsaufwand – abgesehen von Investitionsfördermaßnahmen für gemeinnützige und private Einrichtungen – in engen Grenzen halten wird.

Die Unterbringung von Personen in Pflegeeinrichtungen ist für die Länder und Gemeinden mit erheblichen Kosten verbunden. In Tabelle 2 werden die Höhe der

**Abbildung 1: Projektion der Entwicklung der Nachfrage nach Plätzen in vollstationären Alteneinrichtungen in Deutschland und in Thüringen 2006–2030 (Indexreihe: 2006 = 100 %)**



Quelle: Eigene Berechnungen.

Pflegesätze im Jahr 2005 – getrennt nach Ost- und Westdeutschland – sowie die zusätzlich in Ansatz gebrachten Kosten der Unterkunft und Verpflegung sowie rechnerische Investitionskosten ausgewiesen. Die Pflegesätze sind nahezu durchgängig höher als die von der Pflegeversicherung abgedeckten Leistungen, sodass viele Bewohner in Alteneinrichtungen zusätzlich „Hilfe zur Pflege“ im Rahmen der Sozialhilfe in Anspruch nehmen müssen. Mehr als 80 % der Empfänger von Hilfe zur Pflege innerhalb von Einrichtungen in Thüringen – vergleichbare Relationen gelten aber auch in anderen Bundesländern – erhalten gleichzeitig Leistungen aus der Pflegeversicherung.<sup>8</sup>

In Tabelle 3 sind daher die Zahl der Empfänger von Hilfe zur Pflege sowie die Nettoausgaben je Hilfeempfänger im Jahr 2006 dokumentiert. Die Fallzahlen bei der Hilfe zur Pflege sind zwar relativ gering, da im Durchschnitt nur ca. 3 Fälle von Beziehern von Hilfe zur Pflege auf 1.000 Einwohner entfallen, aber die damit verbundenen Fallkosten sind erheblich. So entstehen in Westdeutschland je Fall durchschnittliche Nettoausgaben (Bruttoausgaben abzüglich der Einnahmen, die in der Regel aus Erstattungen der Sozialversicherungsträger bestehen) in Höhe von nahezu 7.000 € und in Ostdeutschland in Höhe von ca. 3.600 € pro Jahr. Wie die Tabelle 3 zeigt, liegt die relative Zahl der Empfänger von Hilfe zur Pflege in Thüringen deutlich unter dem West- und auch Ostvergleichswert, während die Ausgaben je Fall deutlich höher sind als in allen anderen ostdeutschen Ländern, was sicherlich der weiteren Untersuchung bedarf.

Der gegenwärtig noch vorhandene Kostenvorteil der ostdeutschen Länder dürfte in den nächsten Jahren aber deutlich sinken. Ursache hierfür sind drei Faktoren: Das Fallzahlenwachstum dürfte in Ostdeutschland demographisch bedingt höher ausfallen als in Westdeutschland

und ferner tragen die ostdeutschen Länder in Folge der hohen Arbeitslosigkeit seit der Wende ein besonderes Sozialausgabenrisiko, da die zukünftigen Rentnergenerationen geringere Ansprüche an die Sozialversicherungssysteme haben werden (Gefahr der Altersarmut). Letztendlich ist zu bedenken, dass die Kostenvorteile der ostdeutschen Länder im Bereich der Pflege das unterdurchschnittliche ostdeutsche Tarifniveau reflektieren und der Druck in Richtung Ost-West-Tarifanpassung weiter anhalten wird.

## 2.2 Krankenhausversorgung

In Abbildung 2 sind einige Kennziffern zur langfristigen Entwicklung im gesamtdeutschen Krankenhausbereich seit 1991 dargestellt. Die Fallzahlen sind unter Schwankungen auf gegenwärtig ca. 115 % des Niveaus des Jahres 1991 angestiegen, was einer auf die Einwohnerzahl bezogenen Wachstumsrate von ca. 0,75 % pro Jahr entspricht. Die durchschnittliche Bettenauslastung ist um ca. 10 % und die Anzahl der aufgestellten Betten um über 20 % gesunken. Die Zahl der Belegungstage war um ca. 30 % rückläufig. Die stärkste Veränderung gab es bei der durchschnittlichen Verweildauer, die um nahezu 40 % gesunken ist. Im Trend hat sich nicht nur die Zahl der Krankenhäuser, sondern auch deren durchschnittliche Größe reduziert, da die Zahl der aufgestellten Betten je Krankenhaus seit 1991 um ca. 30 % gesunken ist. Darüber hinaus hat es in den letzten Jahren einen erheblichen Trend zum Rückzug der öffentlichen Hand gegeben. Waren im Jahr 1991 noch ca. 46 % der Krankenhäuser in öffentlicher und ca. 14,8 % in privater Trägerschaft, betrug der Anteil der öffentlichen bzw. privaten Krankenhäuser im Jahr 2006 ca. 34 % bzw. ca. 28 % und dieser Trend dürfte auch in der weiteren Zukunft anhalten.

**Tabelle 2: Durchschnittliche Höhe der Pflegesätze in Alteneinrichtungen im Jahr 2005 (in € je Monat)**

	West	Ost
Pflegestufe 0	970	728
Pflegestufe I	1.406	1.074
Pflegestufe II	1.820	1.412
Pflegestufe III	2.178	1.833
<b>zusätzlich fallen an:</b>		
Unterkunft und Verpflegung	622	467
Investitionskosten	399	244

Quelle: TNS Infratest Sozialforschung (2006), Tabelle 9.1.

Tabelle 3: Empfänger von Hilfe zur Pflege im Jahr 2006 je 1.000 Einwohner im Laufe des Berichtsjahres

	insgesamt	außerhalb	innerhalb	Nettoausgaben je Fall
		von Einrichtungen		
Baden-Württemberg	3,1	0,5	2,7	8.541
Bayern	3,4	0,5	2,9	7.329
Berlin	9,8	5,4	4,7	7.362
Brandenburg	3,0	0,9	2,1	3.527
Bremen	9,1	3,2	5,9	6.410
Hamburg	7,5	3,4	4,5	9.775
Hessen	4,3	1,2	3,1	8.466
Mecklenburg-Vorpommern	3,8	1,1	2,7	4.060
Niedersachsen	4,4	1,1	3,4	6.553
Nordrhein-Westfalen	5,7	1,0	4,7	6.530
Rheinland-Pfalz	3,7	0,6	3,1	7.797
Saarland	4,5	1,3	3,3	6.868
Sachsen	3,2	0,9	2,2	3.024
Sachsen-Anhalt	3,4	0,6	2,7	4.023
Schleswig-Holstein	4,2	0,7	3,5	7.757
Thüringen	2,4	0,6	1,8	4.220
Deutschland	4,4	1,1	3,4	6.909
Westdeutschland ohne Berlin	4,4	0,9	3,6	7.322
Ostdeutschland ohne Berlin	3,1	0,8	2,3	3.637

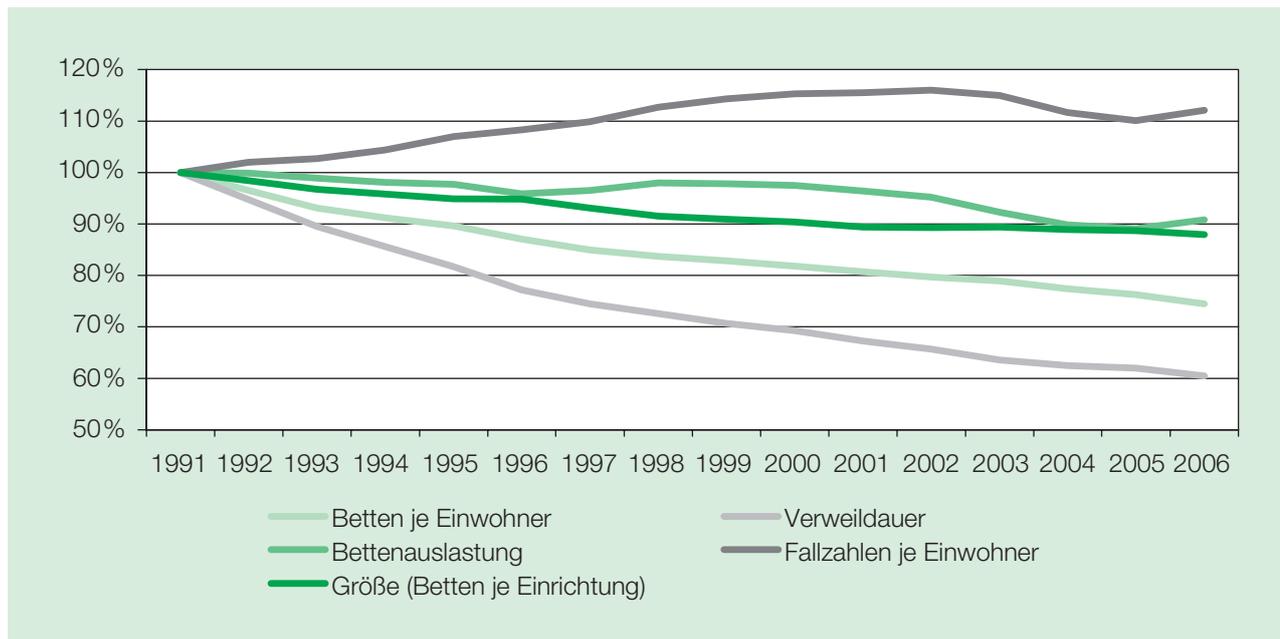
Nachrichtlich: Fallzahlen in Thüringen: 1.445 außerhalb und 4.139 innerhalb von Einrichtungen

Quelle: Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Die Tabelle 4 zeigt für das Jahr 2006 Vergleichsdaten zum Krankenhausbereich in Thüringen und in Gesamtdeutschland. Während sich die Verweildauer, die Kapazitätsauslastung und auch die Trägerstruktur kaum unterscheiden, liegt die Patientenfallzahl in Thüringen ca. 10% über dem Deutschland-Vergleichswert. Höher ist auch die Bettenkapazität in Thüringen und besonders markant ist der Umstand, dass die Krankenhäuser in Thüringen – wie in allen anderen ostdeutschen Ländern – deutlich größer sind und damit auch die Zahl der Krankenhäuser je 100.000 Einwohner kleiner ist.

Ausgehend von der geschlechter- und altersspezifischen Verweildauer wurden zwei Modellrechnungen über die Entwicklung der Krankenhausfallzahlen durchgeführt:

- In der **Variante I** gehen wir von der durchschnittlichen Verweildauer im Jahr 2006 aus und halten diese bis zum Jahr 2030 konstant.
  - In der **Variante II** gehen wir von einem weiteren Rückgang der Verweildauer der Patienten in Krankenhäusern aus. Wie Abbildung 2 zeigt, ist diese seit 1991 um 40% gesunken, was einem jahresdurchschnittlichen Rückgang von ca. 3% entspricht. Allerdings hat sich der Rückgang in den letzten Jahren deutlich abgeschwächt und lag in den Jahren von 2000–2006 bei nur noch 2,2%. In unserer Modellrechnung gehen wir im Projektionszeitraum von einem weiteren Rückgang um jährlich 1% aus.<sup>9</sup>
- Nach unseren Modellrechnungen (vgl. Abb. 3) liegt in der Variante I die Krankenhausfallzahl in Thüringen im Jahr

**Abbildung 2: Langfristrends im Krankenhausbereich in Deutschland: Entwicklungen seit 1991 (1991=100)**

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 12, Reihe 6.1, Ausgabe 2006.

**Tabelle 4: Vergleichsdaten zum Krankenhausbereich im Jahr 2006**

	Thüringen	Deutschland
Zahl der Krankenhäuser je 100.000 Einwohner	1,94	2,55
Betten je Krankenhaus	359	243
Betten je 100.000 Einwohner	695	620
Patientenfälle je 100.000 Einwohner	22.611	20.437
Verweildauer in Berechnungstagen	8,6	8,5
Bettenauslastung	76,8 %	76,3 %
Krankenhaus-Struktur: Anteil		
– öffentliche Krankenhäuser	35,6 %	34,1 %
– freigemeinnützige Krankenhäuser	28,9 %	38,2 %
– private Krankenhäuser	35,6 %	27,8 %

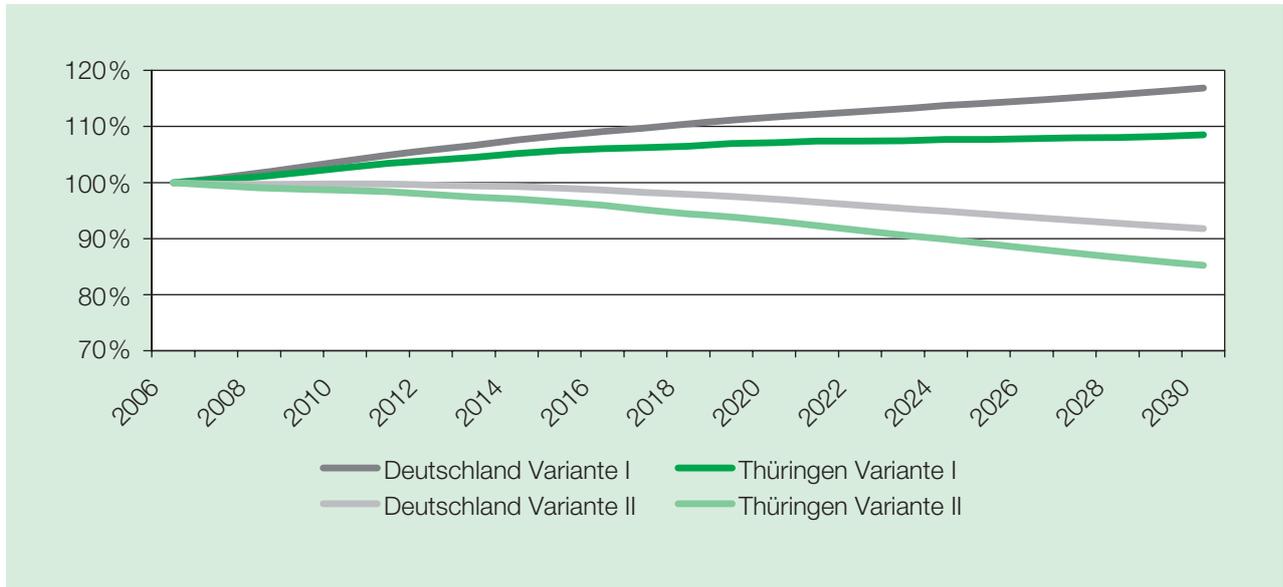
Quelle: Berechnet aus Angaben des Statistischen Bundesamtes.

2020 (2030) ca. 7 % (ca. 8,5 %) *über* dem Wert von 2006 und in der Variante II – die wir für realistischer halten – ca. 7 % (ca. 14 %) *unter* dem Wert von 2006. In beiden Varianten fällt das Fallzahlenwachstum in Thüringen deutlich geringer aus als in Gesamtdeutschland, was auf den Bevölkerungsrückgang in Thüringen zurückzuführen ist. Das STATISTISCHE BUNDESAMT hat in einer aktuellen Studie [vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT (2008a)] ähnliche Modellrechnungen vorgelegt, hierbei aber noch zusätzlich sinkende Behandlungsquoten auf Grund der steigenden Lebenserwartung für die Altersgruppen ab 60 Jahren

unterstellt. In der Status-quo-Variante, die in etwa unserer Variante I entspricht, kommt das STATISTISCHE BUNDESAMT im Vergleich der Jahre 2005 und 2020 für Thüringen auf einen Fallzahlenzuwachs von ca. 3 %.

Ergänzend wird in der Tabelle 5 über die Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen im Jahr 2006 informiert. Thüringen ist hier insbesondere durch eine deutlich unterdurchschnittliche Bettenauslastung gekennzeichnet. Bei diesen Einrichtungen ist die Trägerschaft durch die öffentliche Hand noch geringer als bei den Krankenhäusern. Nur ca. 13 % der Einrichtungen sind in öffentlicher Hand.

**Abbildung 3: Entwicklung der Krankenhausfallzahlen in Deutschland und in Thüringen 2006–2030 unter alternativen Annahmen (Indexreihe: 2006=100 %)**



Quelle: Eigene Berechnungen.

Auch hier wurde wieder eine einfache Modellrechnung über die Fallzahlenentwicklung durchgeführt, wozu Angaben zur altersspezifischen Verweildauer und der Fallzahl zur Verfügung standen, aber keine geschlechtsspezifischen Daten. Auch in den Vorsorge- und Reha-Einrichtungen war die Verweildauer rückläufig, aber nur in sehr geringem Umfang, sodass nur eine Variante mit konstanter Verweildauer berechnet wurde. Wie die Ergebnisse in Abbildung 4 zeigen, ist in Thüringen in den nächsten Jahren mit einer stabilen Fallzahl zu rechnen und ab Mitte der nächsten Dekade wird es zu einem Bedarfsrückgang kommen. Die Ursache hierfür ist das Zusammenspiel von allgemeinem Bevölkerungsrückgang und dem Umstand, dass die Altersgruppen ab 75 Jahren einen mit zunehmendem Alter starken Rückgang bei den Fallzahlen verzeichnen.

Insgesamt lässt sich aus diesen Überlegungen die Schlussfolgerung ziehen, dass es im Krankenhausbereich (sowie dem Vorsorge- und Reha-Bereich) im Land keines Kapazitätswachses bedarf. Im Jahr 2006 verfügten die Krankenhäuser noch über eine Kapazitätsreserve von ca. 25 %. Eher ist die Erwartung nahe liegend, dass es mit einer hohen Wahrscheinlichkeit zu einer weiteren leichten Kapazitätsbereinigung kommen könnte. Allerdings können wir keine Aussagen darüber machen, in welchem Umfang im Land noch weitere Modernisierungsinvestitionen erforderlich sind und ob die regionale Verteilung der Krankenhauskapazitäten angemessen ist. Letzteres könnte angesichts des Umstandes, dass Thüringen eine deutlich unterdurchschnittliche Bevölkerungsdichte hat (ca. 140 Einwohner je km<sup>2</sup> während der

Flächenländerdurchschnitt bei ca. 215 Einwohner je km<sup>2</sup> liegt) und die Krankenhäuser – wie in allen ostdeutschen Flächenländern – deutlich größer sind und damit die Versorgungsdichte in den ländlicheren Regionen auch geringer ist, etwas problematisch sein. Dieser für Thüringen feststellbare Befund gilt auch in den anderen ostdeutschen Ländern und ist auf die aus der DDR übernommene Krankenhausstruktur zurückzuführen, da in der DDR Krankenhäuser relativ groß ausgelegt waren, während die nicht-städtischen Regionen mit Krankenanstalten deutlich unterversorgt waren.

### 2.3 Einrichtungen für behinderte Personen

Die amtliche Statistik liefert keine hinreichend präzisen Daten über die Heime und Einrichtungen für behinderte Personen. Nach den Daten in Tabelle 6 gibt es zwischen Thüringen und Gesamtdeutschland keine signifikanten Unterschiede bei der Einrichtungs- und Kapazitätsversorgung bei Einrichtungen für Behinderte. Je 1 Mill. Einwohner gibt es etwas mehr als 60 Einrichtungen und ca. 2.200 Versorgungsplätze.

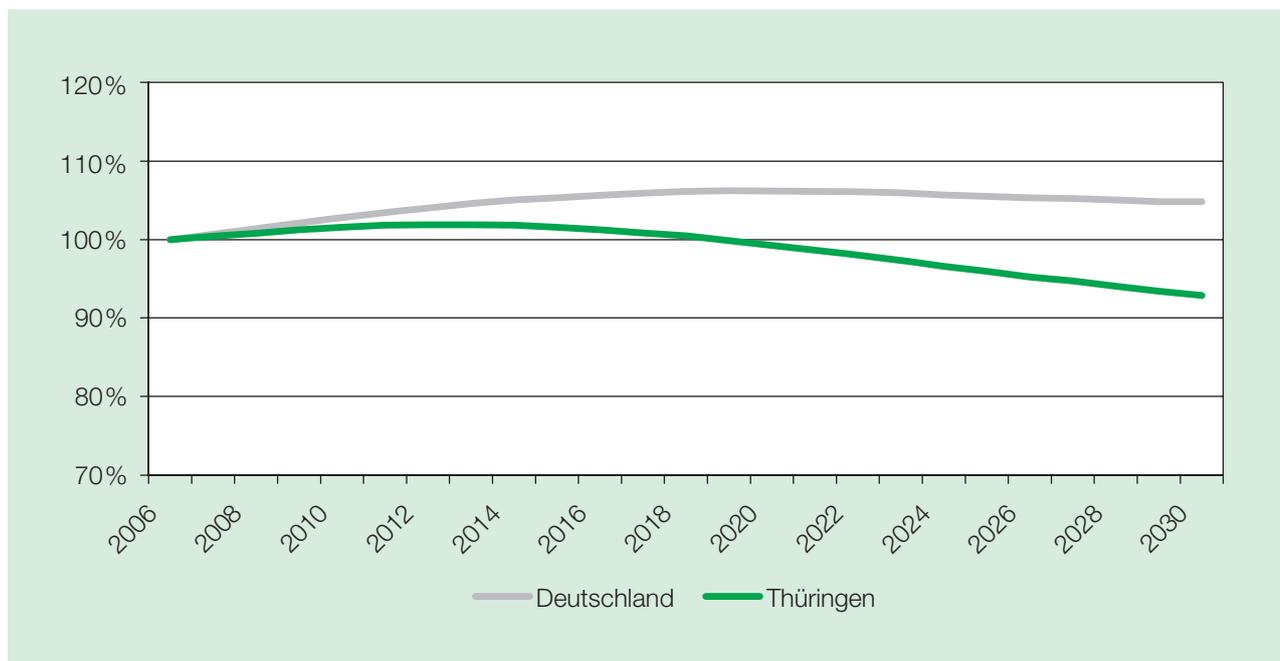
Da die Gruppe der Schwerbehinderten eine zentrale „Nachfragegruppe“ nach Behinderteneinrichtungen ist, wollen wir uns kurz mit den über diese Bevölkerungsgruppe vorliegenden Informationen beschäftigen. Der Anteil der Schwerbehinderten steigt insbesondere ab der Altersgruppe über 50 Jahre dramatisch an, während die Quote bei den jüngeren Einwohnern relativ gering ist. Insgesamt liegt in Thüringen die Quote der Schwerbehinderten mit

Tabelle 5: Vergleichsdaten der Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen im Jahr 2006

	Einrichtungen je 100.000 Einwohner	Betten je 100.000 Einwohner	Fälle je 100.000 Einwohner	Verweil- dauer in Tagen	Betten auslastung in %
Baden-Württemberg	2,1	260	2.716	24,7	70,7
Bayern	2,4	251	2.684	24,4	71,7
Brandenburg	1,1	210	2.383	28,4	88,3
Hessen	1,8	290	2.760	27,5	71,5
Mecklenburg-Vorpommern	3,7	621	6.878	24,7	75,0
Niedersachsen	1,7	223	2.560	24,5	77,0
Nordrhein-Westfalen	0,7	113	1.195	27,8	80,3
Rheinland-Pfalz	1,6	200	2.091	27,4	78,6
Saarland	1,8	292	2.601	29,5	72,0
Sachsen	1,1	212	2.179	26,4	74,4
Sachsen-Anhalt	0,8	150	1.735	24,8	78,7
Schleswig-Holstein	2,7	398	4.760	23,1	75,6
Thüringen	1,5	264	2.526	26,2	68,4
Deutschland	1,5	210	2.230	25,6	74,6

Quelle: Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Abbildung 4: Entwicklung der Fallzahlen in Vorsorge- und Reha-Einrichtungen in Deutschland und in Thüringen 2006–2030 unter alternativen Annahmen (Indexreihe: 2006=100 %)



Quelle: Eigene Berechnungen.

ca. 8,19 % nur geringfügig unter dem Deutschlandvergleichswert von 8,22 %. Auch beim durchschnittlichen Schwerbehinderungsgrad gibt es zwischen Thüringen und Gesamtdeutschland keine großen Unterschiede. Die höchsten Schwerbehinderungsgrade erreichen die jungen Schwerbehinderten. Der durchschnittliche Schwerbehinderungsgrad sinkt mit zunehmendem Alter bis zum Alter von 60 Jahre monoton<sup>10</sup> und steigt ab dem Alter von 60 Jahren wieder deutlich an.

Wie Abbildung 5 zeigt, werden sich die Zahl und der Bevölkerungsanteil der Schwerbehinderten bis zum Jahr 2030 deutlich erhöhen, was eine Folge des Alterungsprozesses in Verbindung mit der höheren Schwerbehinderungswahrscheinlichkeit im Alter ist. So werden ab dem Jahr 2030 ca. 10 % der Bevölkerung als „schwerbehindert“ gelten.

Insgesamt ist somit in diesem Bereich von einem steigenden Bedarf an Versorgung auszugehen, wobei es die Daten aber nicht möglich machen, hier eine Trennung von Behinderteneinrichtungen und allgemeinen Pflegeeinrichtungen vorzunehmen.

### 3. Zusammenfassende Schlussfolgerungen

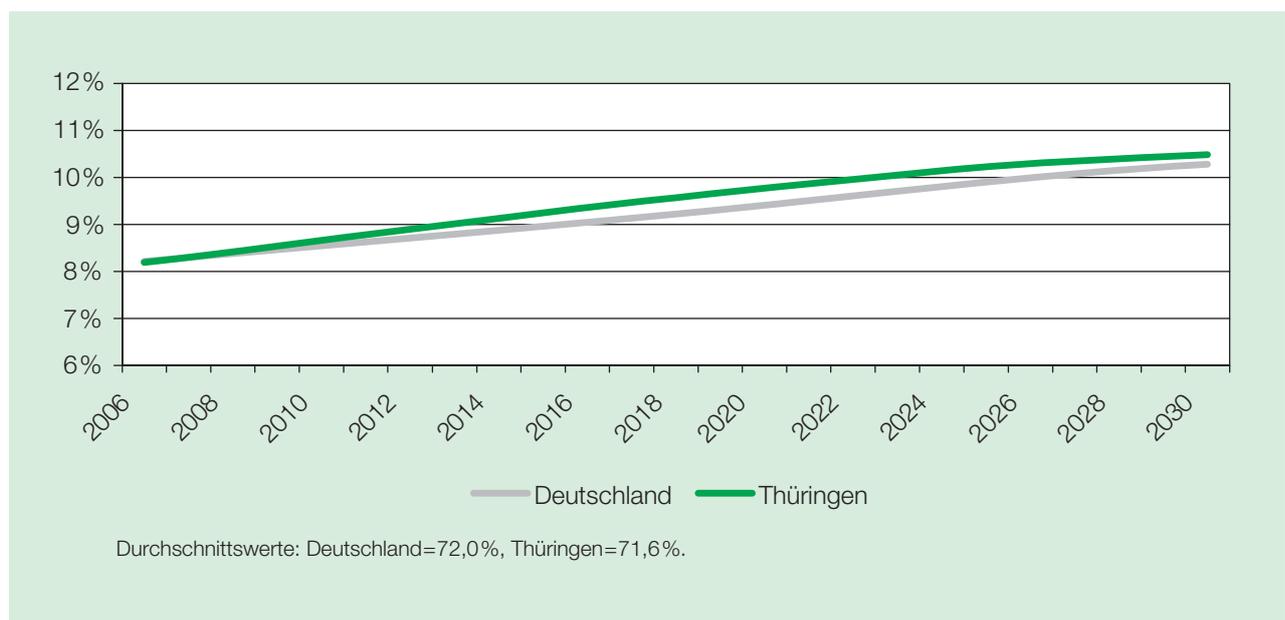
Unsere Projektionsrechnung zeigt, dass der Platzbedarf in Pflegeheimen in Thüringen bis 2020 um ca. 45 % und bis 2030 sogar um ca. 60 % steigen wird. Damit verbunden sind auch ein erheblicher zusätzlicher Personalbedarf sowie ein großer Investitionsaufwand, der allerdings zum überwiegenden Teil außerhalb des öffentlichen Bereichs anfallen wird. Die Länder- und Gemeindehaushalte werden hiervon durch steigende Sozialhilfeausgaben (insb. aber nicht nur Hilfe zur Pflege) tangiert. Ähnlich ist die Entwicklung im Bereich der Behinderteneinrichtungen, wobei bei älteren Menschen aber kaum zwischen allgemeinen Pflege- und Behinderteneinrichtungen zu differenzieren ist. Für den Krankenhausbereich (sowie dem Vorsorge- und Reha-Bereich) gibt es nach unseren Resultaten in Thüringen keinen Kapazitätszuwachsbedarf. Im Jahr 2006 verfügten die Krankenhäuser noch über eine Kapazitätsreserve von ca. 25 %. Eher ist

**Tabelle 6: Strukturdaten für Einrichtungen für Behinderte im Jahr 2003**

	Thüringen	Deutschland
Einrichtungen je 1 Mill. Einwohner	64,0	62,2
Plätze je 1 Mill. Einwohner	2.158	2.174

Quelle: Heimbericht auf Basis von Meldungen der Heimaufsichtsbehörden.

**Abbildung 5: Projektion der Entwicklung der Zahl der Schwerbehinderten in Deutschland und in Thüringen von 2006–2030 (in % der Bevölkerung)**



Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 13, Reihe 5.1.

die Erwartung nahe liegend, dass es mit einer hohen Wahrscheinlichkeit zu einer weiteren leichten Kapazitätsbereinigung kommen könnte.

Was sind die fiskalischen Implikationen für den Landeshaushalt und die kommunalen Haushalte in Thüringen?

- Den direkten (eigene Investitionen) und indirekten (Investitionsfördermaßnahmen) öffentlichen Investitionsaufwand im Bereich der sozialen Infrastruktur in den nächsten 10 bis 20 Jahren schätzen wir als recht gering ein, da die Träger der Einrichtungen weitgehend freigemeinnützig bzw. privat sind.
- Mit Sicherheit werden aber die laufenden Ausgaben in der Sozialhilfe, und hier insb. der Hilfe zur Pflege und in abgeschwächter Form auch im Bereich der Eingliederungshilfe für behinderte Personen, deutlich ansteigen. Die zentralen Push-Faktoren haben wir schon genannt: Zukünftig geringere Ansprüche der Rentnergenerationen an das System der Sozialversicherung (Gefahr der Altersarmut), steigende Pflegekosten u. a. auch wegen der Tarifangleichungstrends sowie demographisch bedingtem deutlichem Anstieg der Pflegefälle.

Vergleichbare Aussagen im Hinblick auf die Bedarfsentwicklung im Bereich der sozialen Infrastruktur sowie der fiskalischen Konsequenzen dürften in weitgehend ähnlicher Form auch für die anderen ostdeutschen Länder gelten.

Ferner muss man sich in Thüringen, aber auch den anderen ostdeutschen Ländern, Klarheit über noch bestehenden und öffentlich zu finanzierenden Neu-, Modernisierungs- und Investitionsförderbedarf im Bereich der sozialen Infrastruktur verschaffen. Da die Solidarpaktmittel bereits in der Absenkungsphase sind, wird ab der Mitte der nächsten Dekade das verfügbare Investitionsmittelbudget sehr knapp werden, sodass man jetzt prospektive Entscheidungen treffen muss.

Letztendlich sollte man noch auf folgenden Aspekt hinweisen: Im Bereich der Pflegeeinrichtungen haben wir auf einen erheblichen Bedarfszuwachs in Ost und West in den nächsten Dekaden hingewiesen. Da dieser Bereich sehr arbeitsintensiv ist, ist es verlockend, auch Pflegeplätze zu „exportieren“, d. h. mit mehr und attraktiveren Pflegeeinrichtungen zu pflegende Personen aus anderen Ländern anzulocken, um so mehr Jobs und auch eine bessere Kapazitätsauslastung in den Pflegeeinrichtungen zu schaffen. Hierbei muss aber berücksichtigt werden, dass diesen positiven Effekten auch fiskalische Belastungen – z. B. in Form der Gewährung von Sozialhilfe (insb. Hilfe zur Pflege) – gegenüber stehen bzw. stehen könnten.<sup>11</sup> Man muss also hier eine Abwägung vornehmen zwischen den positiven Beschäftigungs- und Kapazitätsauslastungseffekten (einschließlich

des Umstandes, dass ein zusätzlicher Einwohner zusätzliche Einnahmen im Finanzausgleich von ca. 2.800 € pro Jahr generiert<sup>12</sup>) auf der einen Seite und den möglichen zusätzlichen Sozialleistungsausgaben auf der anderen Seite.<sup>13</sup>

## Literatur

- BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIEN, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (Hrsg.) (2006): Erster Bericht über die Situation der Heime und die Betreuung der Bewohnerinnen und Bewohner (Heimbericht), Berlin.
- TNS INFRATEST SOZIALFORSCHUNG (Hrsg.) (2006): Hilfe- und Pflegebedürftige in Alteneinrichtungen.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2008a): Demographischer Wandel in Deutschland, Heft 2, Auswirkungen auf Krankenhausbehandlung und Pflegebedürftigkeit im Bund und in den Ländern, Wiesbaden.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2008b): 16 Jahre Kinder- und Jugendhilfegesetz in Deutschland, Wiesbaden.
- SEITZ, H. (1998): Die ökonomischen Effekte der kommunalen Infrastruktur: Ein Überblick, Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen, Band 21, S. 450–468.
- SEITZ, H., D. FREIGANG, S. HÖGEL und G. KEMPKE (2007): Die Auswirkungen der demographischen Veränderungen auf die Budgetstrukturen der öffentlichen Haushalte, Perspektiven der Wirtschaftspolitik, 2007, S. 146–164.
- SEITZ, H. und G. KEMPKE (2007): Fiscal Federalism and Demography, Public Finance Review, 2007, S. 385–413.

<sup>1</sup> Vgl. ausführlicher SEITZ (1998).

<sup>2</sup> Die Kindertageseinrichtungen rechnen wir zu den Bildungseinrichtungen, sodass wir diese hier ausklammern.

<sup>3</sup> So reduziert ein hoher Anteil von Fernpendlern die Fähigkeit zur Versorgung pflegebedürftiger Personen in der Familie.

<sup>4</sup> Vgl. hierzu SEITZ und KEMPKE (2007) sowie SEITZ et al. (2007).

<sup>5</sup> Vgl. hierzu STATISTISCHES BUNDESAMT (2008b).

<sup>6</sup> In einer ausführlicheren Fassung des hier vorliegenden Beitrages werden auch diese Einrichtungen behandelt, vgl. hierzu SEITZ (2008).

<sup>7</sup> Es könnte durchaus sein, dass die hohe Fallzahl in Schleswig-Holstein auf den Umstand zurückzuführen ist, dass das Land auch eine Versorgungsfunktion für Hamburg erfüllt.

<sup>8</sup> Bei den Empfängern außerhalb von Einrichtungen liegt die Quote bei lediglich ca. 22 %.

<sup>9</sup> Die Ursachen für eine sinkende Verweildauer sehen wir insbesondere im medizinisch-technischen Fortschritt aber auch im Ausgabenbegrenzungsdruck im Gesundheitswesen.

<sup>10</sup> Ursache hierfür ist sicherlich der Umstand, dass der Personenkreis der jungen Schwerbehinderten eine geringere Lebenserwartung hat.

<sup>11</sup> Hier wäre insb. § 98 des SGB XII zu beachten.

<sup>12</sup> Entscheidend ist natürlich auch die Frage, ob der erste Wohnsitz ebenfalls verlagert wird.

<sup>13</sup> Ggf. kann man auch durch vertragliche Regelungen zwischen Ländern (und Kommunen) eine Optimierung der fiskalischen Situation in den „Export-“ und „Importregionen“ erreichen.

# Mentalitätsunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland und ihre Herkunft

Madlen Arnhold\*

## Einleitung

Auch fast 20 Jahre nach der deutschen Vereinigung gibt es in weiten Teilen der ostdeutschen Bevölkerung noch immer Vorbehalte gegenüber der marktwirtschaftlichen Ordnung. Was auf den ersten Blick verwundern mag, ist bei näherem Hinsehen durchaus erklärlich, ist ein großer Teil der Menschen in den neuen Ländern doch in der DDR aufgewachsen und hat dort die individuellen Einstellungen prägenden Erfahrungen gesammelt. Hinzu kommt, dass die bisherige wirtschaftliche Entwicklung vielerlei Enttäuschungen hervorgebracht hat, die auch nicht immer geeignet waren, bestehende Vorurteile gegenüber dem Wirtschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland abzubauen.

In diesem Artikel werden Ergebnisse einer am IFO INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG durchgeführten Untersuchung zu Denkmustern in Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland präsentiert. Die Analyse beschränkt sich dabei nicht allein darauf, Unterschiede darzustellen, sondern versucht darüber hinaus auch, die Kausalitäten und sozialpsychologischen Mechanismen für ostdeutschlandspezifische Sichtweisen zu identifizieren. Aus diesem Grund ist es notwendig, die empirischen Befunde aus verschiedenen Befragungen vor dem Hintergrund der Situation in der DDR zu sehen, da diese quasi den gemeinsamen Erfahrungsschatz aller Ostdeutschen darstellt.

## Erfahrungshintergrund

Über 40 Jahre hinweg bestand in Ostdeutschland eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, mit der Folge, dass auch die Lebenserfahrungen der Menschen nahezu ausschließlich durch dieses Ordnungssystem geprägt waren. Ein wichtiges Merkmal sozialistischer Ordnungen ist dabei die nahezu alle Lebensbereiche durchdringende staatliche Einflussnahme, durch die nicht nur die Eigeninitiative der Bevölkerung gehemmt wurde, sondern darüber hinaus auch einer Normierung individueller und gesellschaftlicher Ansprüche Vorschub geleistet wurde. Es herrschte eine Nivellierungskultur innerhalb nahezu aller Sphären der Gesellschaft. Eine an dem

Ideal einer gleichmäßigen Einkommensverteilung orientierte Lohnstruktur, ein auf die Befriedigung von privaten und gesellschaftlichen Grundbedürfnissen ausgerichtetes Warenangebot, die Vermittlung und Manifestation sozialistischer Werte in Gruppenritualen (z. B. Mitgliedschaft in Jugend- und Parteiorganisationen; gemeinsame Freizeitgestaltung in betrieblichen Zusammenhängen) sowie der weitgehende Verzicht auf hierarchiespezifische Privilegien sollten den kollektiven Zusammenhang stärken. Das gesellschaftliche Miteinander war geprägt durch eine starke Betonung von Solidarität, Konsens und Konformität. Hinzu kam die weitgehende Abschottung gegenüber anderen Ländern und Kulturen. Doch der Preis hierfür war hoch: Ablehnung von Außergewöhnlichem und Fremdem, häufig auch kollektive Ausgrenzung des Anderen, Widerspenstigen und Eigensinnigen.<sup>1</sup>

Nach dem Ende der Abschottung gegenüber dem Westen – vollzogen mit dem Mauerfall am 9. November 1989 – überwog zunächst die Euphorie, insbesondere bei den ehemaligen Bürgern der DDR, welche nun lang ersehnte Freiheiten (wieder) erlangt hatten. Doch viele der positiven Verheißungen, welche dem Leben im „Westen“ über Jahre hinweg zugeschrieben worden waren, ließen sich nicht so einfach auf das Leben in einer postsozialistischen Transformationsgesellschaft übertragen. Auch wenn es eher trivial anmutet, muss doch anerkannt werden, dass 40 Jahre ganz offenkundig eine zu lange Zeit sind, als dass mit der Veränderung des institutionellen Rahmens sich auch die Denk- und Verhaltensweisen der Menschen quasi automatisch hätten anpassen können.

Der de facto sämtliche Lebensbereiche umfassende Transformationsprozess veränderte die Lebenswelt eines jeden ostdeutschen Bürgers. Kam in der DDR zumindest implizit politischer Loyalität die höchste Priorität zu, gilt unter marktwirtschaftlichen Bedingungen vor allem fachliche Kompetenz als die Grundvoraussetzung individuellen Erfolgs. Die Entscheidungskompetenz staatssozialistischer Hierarchien wurde ersetzt durch diskursive Prozesse in widerstreitenden politischen Strukturen. Eine durch Konsens geprägte Öffentlichkeit, deren Mitbestimmungsmacht auf ein Minimum begrenzt war, wurde ersetzt durch eine pluralistische und häufig widersprüchliche Öffentlichkeit.<sup>2</sup> Es war kaum zu vermeiden, dass dies viele Menschen zunächst überfordern musste.

Auch in den individuellen Biographien der Menschen hinterließ der Umbruch Spuren. Erhöhte Unsicherheit, eine Entwertung bestehender Qualifikationen, häufig

\* Madlen Arnhold verfasste den vorliegenden Beitrag während ihres Praktikums an der ifo Niederlassung Dresden.

auch Status- und Identitätsverluste waren Veränderungen, mit denen sich zu arrangieren die Menschen lernen mussten. Die Vielzahl neu gewonnener Freiheiten brachte den Zwang zu eigenständigen Entscheidungen mit sich, verbunden mit der Pflicht, eigenverantwortlich auch mit etwaigen Fehlentscheidungen umzugehen. Das brisanteste Beispiel dafür ist der Arbeitsmarkt; Arbeitslosigkeit stellte für die Menschen aus der DDR eine völlig neue Erfahrung dar. Herausgerissen aus einem durch ein hohes Maß an Solidarität geprägten Arbeitskollektiv standen die Menschen nun vor der Aufgabe, sich selbst auf einem durch Konkurrenz geprägten Arbeitsmarkt zu behaupten. Eine Vielzahl an Unternehmen, in welchen die Menschen bis zur Wende beschäftigt waren, wurden entweder aufgrund von Ineffizienz geschlossen oder privatisiert. Viele andere wurden durch Unternehmer aus der alten Bundesrepublik oder dem westlichen Ausland erworben oder gleich neu gegründet. Einerseits unterstützten diese die ostdeutsche Wirtschaft durch ihr marktwirtschaftliches Know-how beim Aufholprozess zur bisherigen Bundesrepublik. Andererseits fühlten sich viele Ostdeutsche durch eine „westdeutsche Elite“ überschattet, welche ihren verinnerlichten egalitären Habitus entwertete.<sup>3</sup>

Infolgedessen hatten viele Ostdeutsche das Gefühl, dass auch weiterhin wesentliche Entscheidungen bezüglich der Zukunft ihres Teils Deutschlands über ihren Kopf hinweg getroffen werden, da sie bei wichtigen politischen Aushandlungsprozessen entweder gar nicht beteiligt oder zumindest stark unterrepräsentiert waren; insbesondere die Tätigkeit der Treuhandanstalt hat bei vielen Menschen dieses Gefühl des „Ausgeliefertseins“ hinterlassen. Hinzu kam, dass sich viele Ostdeutsche als Almosenempfänger des Westens<sup>4</sup> fühlten und deshalb als Bürger zweiter Klasse. Zusammenfassend lässt sich formulieren, dass sich die Wende in den Augen vieler Ostdeutscher als „[...] Kontinuitätserfahrung politischer Abhängigkeit [...]“<sup>5</sup> darstellte.

Die geschilderten Wendeerfahrungen sind auch ein Grund dafür, dass viele Ostdeutsche dem wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen System des vereinigten Deutschlands bis heute reserviert gegenüberstehen. Dies soll im Folgenden anhand von Umfrageergebnissen näher beleuchtet werden. Dabei wird – soweit möglich – auch auf historische und sozialpsychologische Hintergründe der einzelnen Aussagen eingegangen.

### Methodische Vorüberlegungen

Als Datengrundlage für die Untersuchung wurden Umfrageergebnisse aus der ALLGEMEINEN BEVÖLKERUNGSUMFRAGE DER SOZIALWISSENSCHAFTEN (ALLBUS) für den Zeit-

raum 1980–2006 herangezogen. Im Rahmen dieser Erhebung werden seit 1980 im Abstand von zwei Jahren persönliche Interviews in der ganzen Bundesrepublik durchgeführt (bis 1990 nur in der alten Bundesrepublik einschließlich Westberlin). Bei den Umfrageteilnehmern handelt es sich um einen repräsentativen Querschnitt der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland, wobei die angestrebte Nettofallzahl seit 1992 1.100 Interviews in den neuen und 2.400 Interviews in den alten Bundesländern beträgt; Ostdeutsche sind in der ALLBUS-Stichprobe somit überrepräsentiert. Die durchschnittliche Anzahl der erhobenen Variablen beträgt 1.200.<sup>6</sup>

Die für die zu untersuchende Thematik relevanten Variablen wurden nach verschiedenen Kriterien (allgemein bildender Schulabschluss, Erwerbsstatus und Einkommenskategorie, Alter) ausgewertet. Die Ergebnisse werden im Rahmen der Darstellung allerdings nur dann differenziert nach Schulabschluss, Erwerbsstatus und Einkommenskategorie wiedergegeben, wenn diese Variablen einen bedeutenden Einfluss auf die diagnostizierten Einstellungsunterschiede hatten.

## Ergebnisse

### Bewertung marktwirtschaftlicher Grundprinzipien und Verteilungsgerechtigkeit

Der erste untersuchte Themenkomplex beschäftigt sich mit Unterschieden zwischen Ost- und Westdeutschland im Hinblick auf die Einstellung zu marktwirtschaftlichen Grundprinzipien und zur Verteilungsgerechtigkeit in Deutschland. Hierzu wurde zunächst untersucht, inwieweit Einkommensunterschiede von den Befragten akzeptiert werden und ob sich diesbezüglich Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen feststellen lassen. Diese Frage ist deshalb von Bedeutung, da (Einkommens-)Ungleichheit in einer Marktwirtschaft die Grundlage für zwei ihrer basalsten Funktionsmechanismen bildet. Auf der individuellen Ebene fungiert sie als Anreizmechanismus, indem persönlicher Einsatz auch durch entsprechende Mehreinkommen bzw. einen höheren sozialen Status honoriert wird, was sich im Ergebnis allerdings dann auch in höherer Ungleichheit widerspiegelt. Gleichzeitig wirkt sie auf der kollektiven Ebene als Effizienzmechanismus, denn durch die Anstrengungen des Einzelnen auf individueller Ebene wird die Produktivität gesteigert und somit wirtschaftlicher Fortschritt vorangetrieben. Die Umfrageergebnisse zeigen (vgl. Tab. 1), dass die Zustimmung<sup>7</sup> zu der in der Fragestellung formulierten Aussage in Ostdeutschland im Durchschnitt um 17 % niedriger liegt als in Westdeutschland. Die Ablehnung<sup>8</sup> hingegen liegt in Ostdeutschland um durchschnittlich

17 % höher. Zwar lässt sich in Ostdeutschland über den Erhebungszeitraum hinweg ein leichter Trend in Richtung Zustimmung verzeichnen, doch trotzdem werden Einkommensunterschiede in Ostdeutschland in wesentlich geringerem Maße als Anreizmechanismus akzeptiert als in Westdeutschland. Differenziert man dieses Ergebnis nach Schulabschluss, Erwerbsstatus und Einkommensklassen, ergeben sich teilweise überraschende Befunde: Je höher in den neuen Bundesländern der Schulabschluss, desto geringer die Zustimmung zu dieser Aussage – Personen mit Hauptschulabschluss stimmen dieser Aussage am häufigsten zu. Bezüglich des Erwerbsstatus lässt sich feststellen, dass Personen, welche nebenher oder gar nicht erwerbstätig sind, dieser Aussage am häufigsten zustimmen – ganztags hauptberuflich Erwerbstätige am seltensten. Bezüglich des Einflusses der Einkommenskategorie auf die Zustimmung zeigt sich, dass die Zustimmung zu dieser Aussage umso größer ist, je höher das Einkommen der Befragten ist.

Die diagnostizierte geringere Zustimmung zu dieser Aussage in Ostdeutschland könnte mehrere Gründe haben. Einesteils reflektiert sich hierin wohl ein Erbe aus der Vorwendezeit, welches auch fast 20 Jahre nach der Wiedervereinigung noch in den Menschen verankert ist. Die Einkommensspanne in der DDR war sehr gering und oft stärker beeinflusst vom systemkonformen Engagement als von individueller Leistungsfähigkeit oder vom Bildungsniveau der Personen. Zudem wurde in der DDR dem Ideal der (Einkommens-)Gleichheit eine hohe Bedeutung beigemessen. Dies trägt bis in die Gegenwart dazu bei, dass in Ostdeutschland Personen, welche sich innerhalb ihrer Bezugsgruppe durch bessere Leistungen oder ein höheres Einkommen auszeichnen, häufig Misstrauen oder Neid entgegengebracht wird, da sie die Gruppenstruktur und -philosophie in Frage stellen und somit eine potenzielle Bedrohung für die Gruppe und deren Mitglieder darstellen. Dies wiederum kann zu so genannten

Downward-Leveling-Prozessen führen. Das bedeutet, dass diese Personen sich lieber auf das durchschnittliche Gruppenniveau abfallen lassen und somit individuelles Potenzial brach liegen lassen, als bei den übrigen Gruppenmitgliedern in Missgunst zu geraten. Wenn der eben beschriebene Prozess innerhalb einer Vielzahl von Gruppen einer Gesellschaft bzw. Teilgesellschaft auftritt, kann eine Behinderung der wirtschaftlichen Entwicklung die Folge sein. Als begünstigender Faktor tritt hinzu, dass das Gemeinschaftsideal/Kollektivideal in den neuen Bundesländern nach wie vor eine hohe normative Verbindlichkeit aufweist, auch wenn es teilweise immer schwieriger für die Menschen zu sein scheint, solidarische Beziehungen unter marktwirtschaftlichen Bedingungen zu verwirklichen.<sup>9</sup>

Ein Beleg dafür, wie stark das Gleichheitsideal auch heute noch in den neuen Bundesländern verankert ist, liefert eine Studie des INSTITUTES FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH aus dem Jahr 2003 mit dem Titel: „Der Wert der Freiheit“.

Auf die Frage, ob der individuellen Freiheit oder einer möglichst großen Gleichheit größere Bedeutung zukomme,<sup>10</sup> legten in etwa genauso viele Ostdeutsche den Fokus auf Gleichheit wie Westdeutsche auf Freiheit und umgekehrt (vgl. Abb. 1 und 2). Auch wenn sich im Zeitverlauf eine gewisse Annäherungstendenz zwischen beiden Landesteilen feststellen lässt, verdeutlicht dies, wie stark der Wert der Gleichheit immer noch in Ostdeutschland verankert ist und wie stark die Nivellierungs- und Konsenspolitik aus 40 Jahren DDR noch heute nachwirkt.

In den Tenor der bisherigen Ergebnisse reiht sich auch das Antwortverhalten auf die Frage ein, inwieweit die bestehenden sozialen Unterschiede in Deutschland als gerecht oder ungerecht anzusehen sind (vgl. Tab. 2).

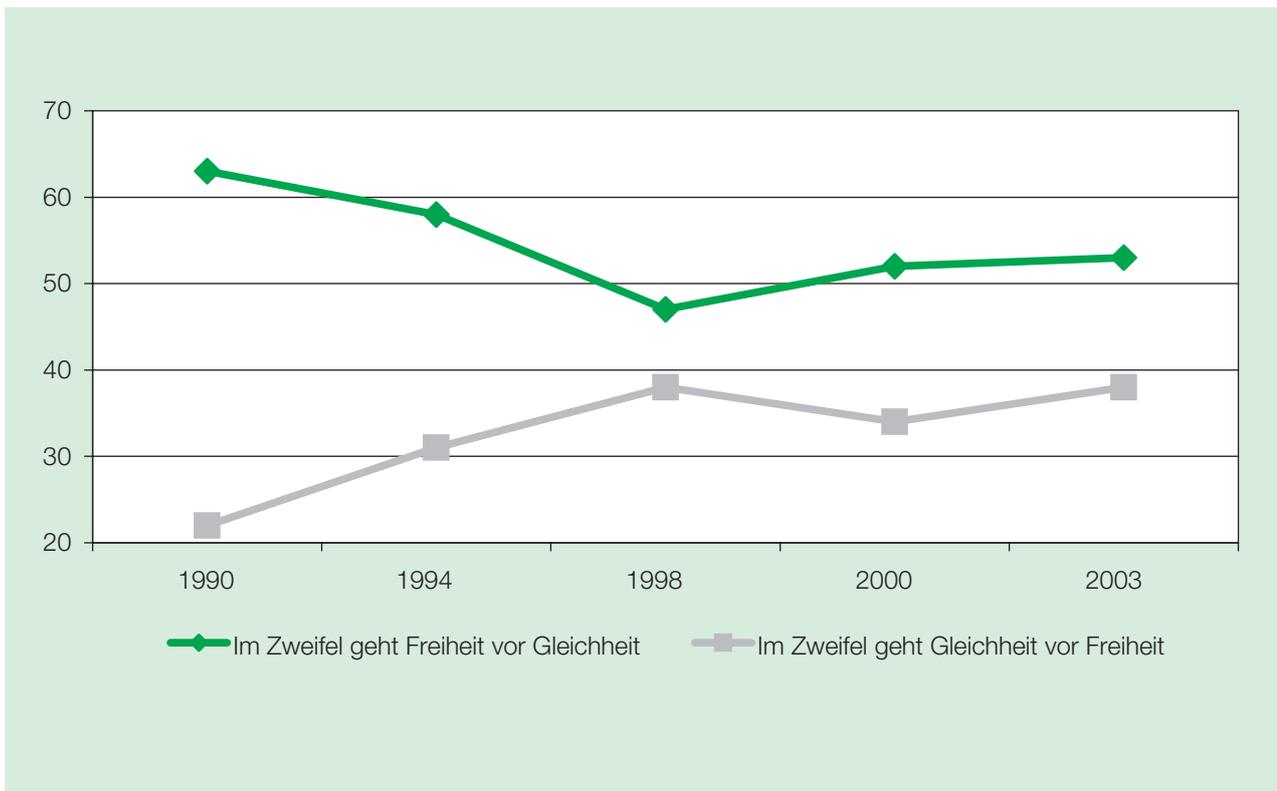
In den Jahren 1994 und 2000 empfanden 30 % mehr Ostdeutsche als Westdeutsche die sozialen Unterschiede in Deutschland als ungerecht; im Jahr 2004 betrug

**Tabelle 1: Einkommensdifferenz erhöht die Motivation**

Zustimmung in %	West			Ost		
	1994	2000	2004	1994	2000	2004
stimme voll zu	19,4	24,4	19,3	10,1	12,6	10,2
stimme eher zu	43,2	41,8	44,1	34,1	37	36,9
stimme eher nicht zu	27,7	26,5	28,4	34,4	32,7	36,8
stimme gar nicht zu	9,6	7,3	8,2	21,3	17,7	16,1
Total	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

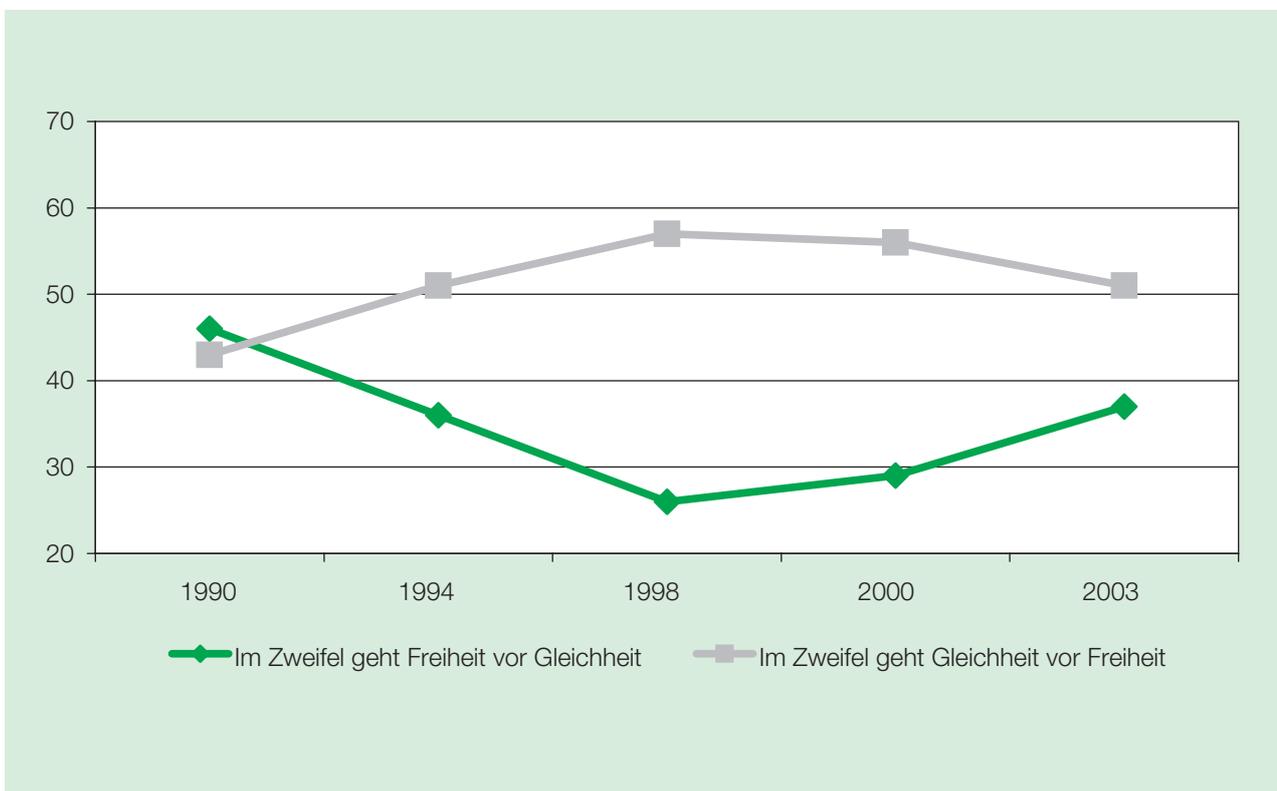
Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

Abbildung 1: Freiheit oder Gleichheit – Westdeutschland (Zustimmung in %)



Quellen: Institut für Demoskopie Allensbach (2003), S. 55ff., Darstellung des ifo Instituts.

Abbildung 2: Freiheit oder Gleichheit – Ostdeutschland (Zustimmung in %)



Quellen: Institut für Demoskopie Allensbach (2003), S. 55ff., Darstellung des ifo Instituts.

**Tabelle 2: Soziale Unterschiede in Deutschland sind gerecht**

Zustimmung in %	West			Ost		
	1994	2000	2004	1994	2000	2004
stimme voll zu	9,6	11,2	6,6	1,6	2,8	1,2
stimme eher zu	36,1	36,2	28,6	10,0	15,1	14,4
stimme eher nicht zu	38,3	38,8	45,9	42,5	43,3	42,4
stimme gar nicht zu	16,1	13,8	18,9	45,9	38,8	42,1
Total	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

die Differenz immerhin noch 20 %. Dieser Unterschied findet sich – offenbar als Folge einer Prägung durch das Elternhaus – in ähnlicher Form auch bei Angehörigen jüngerer Kohorten, obwohl diese die Verhältnisse in der DDR kaum aktiv erlebt haben. Hinzu kommt, dass in Ostdeutschland nahezu doppelt so viele Menschen der Aussage zustimmen, dass sie etwas oder sehr viel weniger als den gerechten Anteil am Lebensstandard erhalten (62,5 % in Ost und 34,5 % in Westdeutschland) (vgl. Tab. 3). Zu ähnlichen Ergebnissen kommt HEITMEYER (2008) in einer Langzeituntersuchung der „Deutschen Zustände“ (Folge 7).

Aber worin liegen die Ursachen für diese stark negative Wahrnehmung der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland durch die Bevölkerung in Ostdeutschland? Hier stellt sich zunächst die Frage, was die einzelnen Befragten unter sozialer Gerechtigkeit verstehen und inwieweit diese Auffassung durch die Historie des jeweiligen Landesteils begründet ist. Daher liegen die Ursachen sicherlich auch hier einerseits in dem Verständnis von sozialer (Verteilungs-)Gerechtigkeit, welches durch die DDR geprägt wurde. Andererseits kommen an dieser Stelle die Erfahrungen des Transformationsprozesses und dessen sozialpsychologische Komponente zum Tragen. Nach

der „Theorie der sozialen Identität“ von TAJFEL (1978) strebt jedes Individuum danach, die eigene soziale Identität positiv zu gestalten. Einen gewichtigen Faktor bildet dabei die Anerkennung der Gruppe, welcher man sich zugehörig fühlt (Ingroup) und damit die Abgrenzung zu anderen Gruppen, mit denen das Individuum keine von einem „Wir-Gefühl“ geprägten sozialen Beziehungen verbindet (Outgroup). Je stärker die Identifikation mit der Ingroup, desto wichtiger ist deren Anerkennung für die Identität ihrer Mitglieder. Da sich Personen aus den neuen Bundesländern häufiger als Ostdeutsche und Personen aus den alten Bundesländern häufiger als Bundesbürger fühlen, kommt dieser Faktor bei den innerdeutschen Beziehungen besonders zum Tragen.<sup>11</sup>

Hinzu kommt das menschliche Bedürfnis nach sozialer Zufriedenheit. Infolge der „Theorie der relativen Deprivation“ entsteht Unzufriedenheit (= Deprivation) dann, „[...] wenn Menschen eine negative Diskrepanz empfinden zwischen von ihnen als legitim betrachteten Erwartungen und der augenblicklichen Realität. Diese Erwartungen können begründet werden aufgrund sozialer Vergleiche auf interpersonaler, intra- und intergruppaler Ebene [...]“<sup>12</sup> Bei dem Vergleich des Gerechtigkeitsempfindens der Ost- im Vergleich zu den Westdeutschen spielt

**Tabelle 3: Gerechter Anteil am Lebensstandard (2006)**

Zustimmung in %	Westdeutschland	Ostdeutschland
mehr als gerechten Anteil	6,6	2,9
gerechten Anteil	58,9	34,6
etwas weniger	27,8	48,4
sehr viel weniger	6,7	14,1
Total	100,0	100,0

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

die intergrupale Ebene die größte Rolle. Der zugrunde liegende Mechanismus kann wie folgt beschrieben werden: Zunächst stellt eine Gruppe fest, (1) dass sie über ein gewünschtes Objekt nicht verfügt, (2) eine andere Gruppe jedoch im Besitz dessen ist (z. B. ein höheres Einkommen). Wenn die nicht besitzende Gruppe daraufhin den Eindruck gewinnt, dass (3) auch sie einen Anspruch auf das Objekt habe, (4) sie den Wunsch für umsetzbar hält und (5) nicht sich selbst dafür verantwortlich macht, dass sie das gewünschte Objekt noch nicht besitzt, denn entsteht nach CROSBY (1976) ein Gefühl von Unzufriedenheit bzw. ungerechter Behandlung. Anhand dieser Theorie lassen sich sowohl das stärker ausgeprägte Ungerechtigkeitsempfinden in Ostdeutschland als auch die geringere Zufriedenheit mit den Lebensumständen ansatzweise erklären. Als weitere Einflussfaktoren gilt es jedoch objektive Faktoren, wie z. B. die höhere Arbeitslosenquote, zu berücksichtigen. Subsumierend lässt sich formulieren, dass die objektiven Lebensumstände für die eigene Befindlichkeit meist weniger entscheidend sind als Vergleiche zwischen der eigenen Lebenssituation und jener anderer Personen abhängig von der individuellen Zentralität des jeweiligen Lebensbereiches.<sup>13</sup>

Im Rahmen der Beurteilung der Gerechtigkeit in Deutschland soll an dieser Stelle noch kurz darauf einge-

gangen werden, inwieweit die Menschen das wirtschaftliche System als verantwortlich für Ungerechtigkeit ansehen (vgl. Tab. 4 und 5).

Es zeigt sich, dass die Hälfte der Ostdeutschen der Meinung ist, dass die Marktwirtschaft automatisch zu sozialer Ungerechtigkeit führt. Lediglich 28 % sind der Meinung, dass diese soziale Gerechtigkeit erst ermöglicht. Andererseits stimmt die Mehrzahl der Ostdeutschen der Aussage zu, dass der Sozialismus eine gute Idee war, die in der Realität der DDR nur falsch umgesetzt wurde. Es zeigt sich also eine geringe Wertschätzung des gegenwärtigen marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystems, dafür aber ein beschönigender Blick auf den Sozialismus. Begründet mögen diese Einstellungen teilweise in enttäuschten Erwartungen der Ostdeutschen an die Marktwirtschaft sein. Doch auch fehlende Aufklärung über die Funktionsmechanismen der Marktwirtschaft sowie tradierte Vorurteile ihr gegenüber tragen sicherlich einen Teil dazu bei. Diese resultieren nicht zuletzt aus der ideologischen Prägung durch den Sozialismus in der DDR.

Auffällig ist jedoch, dass in Westdeutschland die Zustimmung zur Gerechtigkeit in der Marktwirtschaft bei den unter 30-Jährigen wesentlich niedriger ist als beim westdeutschen Durchschnitt. In Ostdeutschland hingegen ist bei dieser Altersgruppe eher Unentschlossenheit

**Tabelle 4: Marktwirtschaft und soziale Gerechtigkeit (2003)**

Zustimmung in %	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	Befragte insgesamt	Befragte unter 30 Jahren	Befragte insgesamt	Befragte unter 30 Jahren
„Die soziale Marktwirtschaft macht soziale Gerechtigkeit erst möglich. Ein Staat braucht viel Geld, um Arme und sozial Schwache zu unterstützen, und dieses Geld hat er nur in einer gut funktionierenden Marktwirtschaft zur Verfügung.“	55,0	42,0	28,0	20,0
„Das sehe ich anders. Die Marktwirtschaft führt automatisch zu sozialer Ungerechtigkeit. Die Reichen werden immer reicher und die Armen immer ärmer.“	28,0	34,0	50,0	45,0
Unentschieden/Keine Angabe	17,0	24,0	22,0	35,0
Total	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach (2003), S. 158, Berechnungen des ifo Instituts.

**Tabelle 5: Sozialismus gute Idee, schlechte Umsetzung**

Zustimmung in %	West			Ost		
	1994	2000	2006	1994	2000	2006
stimme voll zu	13,6	18,8	18,4	43,8	38,1	40,6
stimme eher zu	30,0	32,8	28,7	37,4	39,3	33,3
stimme eher nicht zu	28,7	27,2	26,7	11,4	15,4	17,6
stimme gar nicht zu	27,7	21,3	26,2	7,4	7,1	8,5
Total	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

zu beobachten. Offenkundig fällt es dieser Gruppe im Zwiespalt zwischen einer teilweise verklärten Einstellung gegenüber dem Sozialismus in der Elterngeneration und den eigenen Erfahrungen in der Marktwirtschaft schwer, sich eindeutig zu positionieren.

### Einstellungen bezüglich der Verantwortung des Staates

Der zweite Komplex, welcher untersucht werden soll, beinhaltet die Thematik der oft postulierten Versorgungs- und Anspruchsmentalität vieler Ostdeutscher. Unterstellt wird in diesem Zusammenhang häufig fehlende Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme, unzureichende Eigeninitiative und geringer ausgeprägter Leistungswille. Die Ergebnisse der Datenauswertung zeigen, dass es vor allem im Hinblick auf die dem Staat zugewiesene Verantwortung eine große Differenz zwischen Ost- und Westdeutschen gibt (vgl. Tab. 6).

Wie man anhand der Tabelle 6 erkennen kann, ist die Zustimmung zu beiden Aussagen in Ostdeutschland wesentlich höher als in Westdeutschland. Zwar ist die volle Zustimmung seit 1994 um nahezu 20 % gesunken, trotzdem lag sie 2004 immer noch um 13–15 % höher als in Westdeutschland. Mit höherem Bildungsabschluss nimmt die Zustimmung jedoch ab. Das gleiche Muster bezüglich der Verantwortung des Staates präsentiert sich, wenn man die Verantwortung nach einzelnen gesellschaftlichen Bereichen aufspaltet (vgl. Tab. 7).

Es zeigt sich, dass Ostdeutsche wesentlich häufiger eine Verantwortung beim Staat und weniger bei sich selbst sehen, wenn es darum geht, den persönlichen Wohlstand zu garantieren und den Einzelnen vor den „Risiken“ eines marktwirtschaftlichen Systems zu schützen. Die Gründe für diese großen Unterschiede lassen sich vermutlich auch bei dieser Thematik in der DDR-Vergangenheit finden. Arbeitslosigkeit und soziale Not spielten

in der Erfahrung der Menschen 40 Jahre lang keine oder nur eine untergeordnete Rolle. Die Menschen waren eingebettet in einen Alltag, welcher bestimmt war durch staatliche Regelungen, die in nahezu jeden Lebensbereich hineinwirkten. Eigeninitiative und selbstständiges Handeln wurden nur wenig gefordert und gefördert. Das Leben verlief im Großen und Ganzen in vorgegebenen Bahnen mit wenigen Wahlmöglichkeiten für den Einzelnen. Hingegen wurde beides in den staatlich gelenkten Medien der DDR als ein prägendes Merkmal des westdeutschen Systems dargestellt, was sich unmittelbar nach der Vereinigung für viele dann auch zu bewahrheiten schien.

Mittlerweile liegt das Ende der DDR fast 20 Jahre zurück und es könnte vermutet werden, dass diese Zeit in den Mentalitäten und Einstellungen der Menschen keine Rolle mehr spielt. Doch knapp 30 % der heutigen Bevölkerung der neuen Bundesländer haben 40 Jahre ihres Lebens in der DDR und deren sozialistischen Gesellschafts- und Politiksystem verbracht.<sup>14</sup> Dies prägt einerseits das eigene Leben maßgeblich. Doch auch die intergenerationale Weitergabe solcher Erfahrungen in Form von Erziehung spielt eine wesentliche Rolle, wenn es darum geht, ähnliche Einstellungen bei ost- und westdeutschen Jugendlichen zu erklären. Denn die zeitliche Dimension der Auswirkungen derartiger Transformationsprozesse umfasst stets zwei Arten des Wandels: Einerseits einen Wandel der individuellen Persönlichkeit und andererseits einen Generationen umspannenden Wandel. Ersterer wird dabei stets einen kürzeren Zeitraum beanspruchen.<sup>15</sup>

Diese eben beschriebenen Prägungen spiegeln sich ferner in den unterschiedlichen Vorstellungen der Menschen von einem idealen Staat wider (vgl. Abb. 3). Überraschend ist, dass Freiheiten, wie Reise- oder Meinungsfreiheit, welche in der DDR stark eingeschränkt waren, gegenwärtig einen geringeren Stellenwert für die Menschen aus Ostdeutschland zu haben scheinen als für Westdeutsche. Vor dem historischen Hintergrund wäre eigentlich das Gegenteil zu erwarten gewesen.

Tabelle 6: Verantwortung des Staates

	Sorge des Staates für Arbeit und stabile Preise <sup>a</sup>					
	West			Ost		
Zustimmung in %	1994		2004	1994		2004
stimme voll zu	26,3		25,6	55,8		38,5
stimme eher zu	43,5		38,7	29,1		38,8
stimme eher nicht zu	22,5		27,6	12,1		18,0
stimme gar nicht zu	7,8		8,1	3,0		4,7
Total	100,0		100,0	100,0		100,0
	Versorgung durch den Staat bei Not und Arbeitslosigkeit <sup>b</sup>					
	West			Ost		
Zustimmung in %	1994	2000	2004	1994	2000	2004
stimme voll zu	46,9	39,2	40,7	75,4	56,8	55,6
stimme eher zu	40,2	46,1	42	21,3	35,4	36,5
stimme eher nicht zu	10,6	12,7	15,2	2,4	7,0	7,1
stimme gar nicht zu	2,3	2,0	2,0	0,8	0,8	0,7
Total	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	Gutes Geld ohne Leistung <sup>c</sup>					
	West			Ost		
Zustimmung in %	1994	2000		1994	2000	
stimme voll zu	11,5	12,5		16,2	19,0	
stimme eher zu	28,6	34,4		26,0	35,6	
stimme eher nicht zu	36,9	37,4		37,3	32,7	
stimme gar nicht zu	23,0	15,7		20,6	12,7	
Total	100,0	100,0		100,0	100,0	

a) „Der Staat muss dafür sorgen, dass jeder Arbeit hat und die Preise stabil bleiben, auch wenn deshalb die Freiheiten der Unternehmer eingeschränkt werden.“ – b) „Der Staat muss dafür sorgen, dass man auch bei Krankheit, Not und Arbeitslosigkeit und im Alter ein gutes Auskommen hat.“ – c) „Das Einkommen sollte sich nicht allein nach der Leistung des Einzelnen richten. Vielmehr sollte jeder das haben, was er mit seiner Familie für ein anständiges Leben braucht.“

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

Bei weiterführenden Untersuchungen stellt man fest, dass sich dieses Einstellungsmuster bezüglich der enormen Bedeutung der Erwerbstätigkeit auch in den Prioritäten der Ostdeutschen für das eigene Leben widerspiegelt (vgl. Tab. 8).

Eine Ursache für das diagnostizierte Muster liegt in der starken persönlichen Definition der Identität der Ostdeutschen über die persönliche Erwerbstätigkeit. Jahrelang wurden sie geprägt durch einen sozialistischen

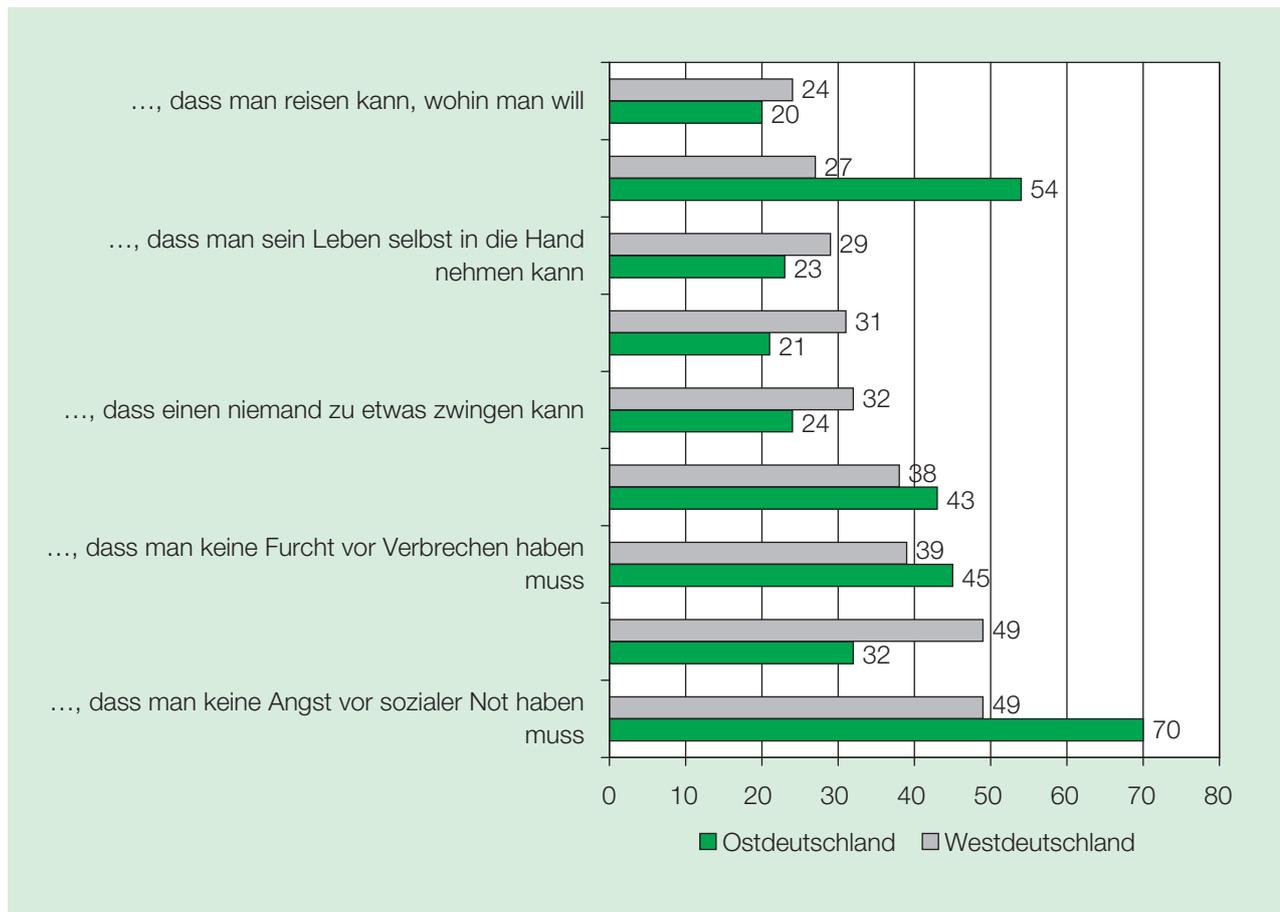
Staat, in dem es charakteristisch für die Lebensweise war, in eine „sozialistische Brigade“ bzw. ein „sozialistisches Arbeitskollektiv“ eingebunden zu sein. Arbeits- und Privatleben waren tendenziell weniger separiert als heute, denn das Arbeitskollektiv war zugleich ein Ort, wo der Einzelne persönliche Schwierigkeiten, wie z. B. Probleme mit Kollegen und Vorgesetzten, aber auch familiäre Probleme ansprechen konnte. Konkurrenz und Statusunterschiede spielten nahezu keine Rolle. Auch bei der

Tabelle 7: Verantwortung des Staates für einzelne Bereiche (2006)

	Der Staat sollte ...			
	jedem einen Arbeitsplatz bereitstellen, der arbeiten will		Preise unter Kontrolle halten	
Zustimmung in %	West	Ost	West	Ost
auf jeden Fall verantwortlich sein	29,8	46,2	30,9	45,7
verantwortlich sein	32,7	33,7	43,6	40,7
nicht verantwortlich sein	28,4	17,1	19,7	11,2
auf keinen Fall verantwortlich sein	9,1	2,9	5,8	2,3
Total	100,0	100,0	100,0	100,0
	gesundheitliche Versorgung für Kranke bereitstellen		der Industrie Hilfen gewähren, um ihr Wachstum zu sichern	
Zustimmung in %	West	Ost	West	Ost
auf jeden Fall verantwortlich sein	50,8	62,2	17,3	24,8
verantwortlich sein	44,7	35,1	40,8	37,4
nicht verantwortlich sein	4,1	2,3	31,5	31,0
auf keinen Fall verantwortlich sein	0,4	0,4	10,4	6,8
Total	100,0	100,0	100,0	100,0
	den Arbeitslosen einen angemessenen Lebensstandard sichern		die Einkommensunterschiede zwischen Arm und Reich abbauen	
Zustimmung in %	West	Ost	West	Ost
auf jeden Fall verantwortlich sein	15,1	25,6	25,5	50,3
verantwortlich sein	51,6	54,1	41,2	32,9
nicht verantwortlich sein	24,9	16,7	24,5	14,3
auf keinen Fall verantwortlich sein	8,5	3,6	8,8	2,5
Total	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

Abbildung 3: Vorstellungen vom idealen Staat (Zustimmung in %)



Quellen: Institut für Demoskopie Allensbach (2003); S. 65, Darstellung des ifo Instituts.

Tabelle 8: Individuelle Bedeutung der Erwerbstätigkeit (2006)

Zustimmung in %	Sichere Stellung im Beruf	
	West	Ost
sehr wichtig	64,8	74,0
wichtig	31,7	23,7
weder noch	2,2	1,4
nicht wichtig	0,6	0,2
überhaupt nicht wichtig	0,6	0,7
Zustimmung in %	Ausübung des Berufes, auch wenn genug Geld da ist	
	West	Ost
stimme voll und ganz zu	20,1	26,7
stimme zu	45,1	48,8
weder noch	12,1	9,5
stimme nicht zu	14,3	10,0
stimme überhaupt nicht zu	8,4	5,0
Total	100,0	100,0

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

Freizeitgestaltung hatte das Arbeitskollektiv eine wesentliche Bedeutung. Betriebsfeiern und -ausflüge, von denen auch die Ehepartner nicht ausgeschlossen wurden, waren keine Seltenheit. All das führte dazu, dass der Lebensinhalt, das Selbstbewusstsein und die Selbstachtung der Menschen in der DDR in hohem Maße durch die Beteiligung am Erwerbsleben beeinflusst wurden und bis heute werden.

### Intergenerationale Modernisierungsresistenz

In der bisherigen Diskussion der ostdeutschen Mentalität und ihrer Ursachen wurde der Fokus vorrangig auf die Prägungen durch das DDR-Regime gerichtet. An dieser Stelle soll nun auf eine andere ergänzende Perspektive eingegangen werden – die Hypothese der „intergenerationalen Modernisierungsresistenz“<sup>16</sup>. Diese beinhaltet, dass für einen Großteil der ostdeutschen Bevölkerung eine veränderungsresistente Grundstimmung charakteristisch ist, welche von Generation zu Generation weitergegeben wird. Untersucht wurde dieses Phänomen durch ALHEIT et al. (2004) innerhalb einer qualitativen Vergleichsstudie. Datenbasis waren biografisch-narrative Interviews mit Großeltern und ihren Enkeln. Es zeigte sich, dass sich in Ostdeutschland mehr als die Hälfte der Großeltern-Enkel-Beziehung dem Persistenz-Typus zuordnen ließ – unabhängig vom Milieu. Dieser ist gekennzeichnet durch eine hohe Stabilität intergenerationaler Tradierung. D. h. die charakteristische Art mit der Sozialwelt umzugehen, hat sich gleichsam von der Großeltern- auf die Enkelgeneration „vererbt“. Dies äußert sich unter anderem in bestimmten Familienritualen, einem spezifischen Rollenverständnis oder auch politischen Einstellungen.

Gegenpole zum Persistenz-Typus bilden der Bruch-Typus sowie der Modernisierungstypus, welcher laut Studie vermutlich für die Mehrheit der Großeltern-Enkel-Beziehungen in Westdeutschland charakteristisch ist.<sup>17</sup> Der zweite ist dabei gekennzeichnet durch einen sozialen Aufstieg, eine Veränderung der Position im „sozialen Raum“<sup>18</sup> und eine modernisierte Art, mit der Sozialwelt umzugehen. Dies geht jedoch nicht zwangsläufig mit einem Wandel des Basishabitus zwischen Großeltern und Enkel einher. Der Bruch-Typus ist hingegen gekennzeichnet durch eine soziale Abwärtsbewegung, aber auch einen inszenierten oder tatsächlichen Habitusbruch. Er ist jedoch nur bei einer Minderheit anzutreffen.

Zusammenfassend bedeuten diese Ergebnisse, dass sich der soziale Raum in Ostdeutschland wesentlich weniger modernisiert hat als in Westdeutschland; er ist nach wie vor in seiner inneren Dynamik blockiert. Es

kann daher von einer „intergenerationalen Modernisierungsresistenz“<sup>19</sup> gesprochen werden.

Dieses Modernisierungsdefizit zeigt sich auch in Form der vorherrschenden gesellschaftlichen Werte. Einen prominenten Indikator dafür bildet der so genannte INGLEHART-Index. Es handelt sich dabei um einen auf der Postmaterialismus-These von INGLEHART (1998) aufbauenden Index, welcher angibt, wie groß der Anteil an Materialisten, Postmaterialisten sowie der jeweiligen Mischtypen innerhalb einer Gesellschaft ist. Anhand der Datenauswertung des ALLBUS ergeben sich folgende Ergebnisse für Deutschland (vgl. Tab. 9):

Zwar zeigt sich in Ostdeutschland im Verlauf der Zeit eine Verschiebung der Dominanz vom Materialistischen hin zum Postmaterialistischen Mischtyp. Doch trotzdem ist der Anteil der Postmaterialisten im Jahr 2006 um ca. 30 % geringer als in Westdeutschland. Diese materialistischere Wertorientierung zeigt sich auch anhand einer höheren Priorität eines Berufs mit hohem Einkommen.

Neben der angesprochenen Modernisierungsresistenz dürfte ein weiterer Grund für diese materialistischere Grundorientierung im geringeren materiellen Wohlstand in Ostdeutschland liegen, welcher laut INGLEHART (1998) einen maßgeblichen Einfluss auf die Herausbildung postmaterialistischer Werteinstellungen hat.

Eine Folge dieser Orientierung ist ein geringeres Maß an Individualisierung (=Übergang des Individuums von Fremd- zur Selbstbestimmung). Dies bedeutet, dass es für die Menschen schwieriger ist, selbstständig alternative Lösungsansätze für bestehende Probleme zu entwickeln und diese aktiv umzusetzen. Dies führt dazu, dass es den Menschen leichter fällt, externe Vorgaben umzusetzen als selbst aktiv zu werden. Dieser verzögerte Wertewandel könnte einer der Gründe für den immer noch andauernden Aufholprozess der neuen gegenüber den alten Bundesländern sein.

### Resümee

Im Verlauf der Datenauswertung und Literaturrecherche hat sich gezeigt, dass es auch fast 20 Jahre nach der Wiedervereinigung noch große Mentalitätsunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland gibt. Insbesondere die zu untersuchende Hypothese wurde bestätigt. Denn es hat sich gezeigt, dass die Identifikation und Zufriedenheit der Einzelnen mit dem gegenwärtigen wirtschaftlichen, aber auch dem politischen System der BRD in Ostdeutschland geringer ist. Zudem wurde ein verzögerter Wertewandel von materialistischen hin zu postmaterialistischen Werten festgestellt. Dieser ist jedoch die Voraussetzung für Individualisierung und somit selbstbestimmtes, eigeninitiiertes und eigenverantwortliches Handeln.

Tabelle 9: Inglehart-Index

Anteil in %	Inglehart-Index					
	West			Ost		
	1994	2000	2006	1994	2000	2006
Postmaterialisten	22,1	26,5	23,1	10,8	16,0	16,5
Postmaterialistischer Mischtyp	28,4	28,1	27,8	27,8	33,4	37,9
Materialistischer Mischtyp	31,9	31,9	32,2	36,4	33,0	27,8
Materialisten	17,5	13,5	16,9	25,0	17,6	17,8
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anteil in %	Wichtigkeit: Beruf mit hohem Einkommen					
	West			Ost		
	2000			2000		
1 = unwichtig	1,1			0,6		
2	2,9			1,2		
3	7,7			4,5		
4	23,4			15,1		
5	33,6			27,2		
6	17,5			25,0		
7 = sehr wichtig	13,8			26,4		
Total	100,0			100,0		

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

### Literatur:

ALHEIT, P. (2005): Modernisierungsblockaden in Ostdeutschland? In: Aus Politik und Zeitgeschichte 40/2005. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.

ALHEIT, P.; K. BAST-HEIDER, K. und P. DRAUSCHKE (2004): Die zögernde Ankunft im Westen. Biographien und Mentalitäten in Ostdeutschland. Frankfurt/Main.

AUSTIN, W. G. und S. WORCHEL (1986): The social psychology of intergroup relations. Monterey, CA.

BADE, F.-J. (1998): Ost und West in Westdeutschland. Träume, Wirklichkeit, Perspektiven. Heidelberg.

BORN, S. (1997): Der Aufbau einer sozialen Marktwirtschaft in Ostdeutschland: die schwierige Balance zwi-

schen Markt und Staat nach sieben Jahren deutscher Vereinigung. Bonn.

BOURDIEU, P. (1982): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt/Main.

CROSBY, F. (1976): A model of egoistical relative deprivation. Psychological Review 83, S. 85–113.

ELIS, P. (2000): Biographische Brüche in Ostdeutschland. Der politische Umbruch und seine Folgen für die Subjekte. Oldenburg.

HEITMEYER, W. (2008): Deutsche Zustände. Folge 7. Frankfurt/Main.

INGLEHART, R. (1998): Modernisierung und Postmodernisierung. Kultureller, wirtschaftlicher und politischer Wandel in 43 Gesellschaften. Frankfurt/Main u. a.

- INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH (Hrsg.) (2003): Der Wert der Freiheit. Ergebnisse einer Grundlagenstudie zum Freiheitsverständnis der Deutschen. Allensbach.
- KOLLMORGEN, R. (2005): Ostdeutschland. Beobachtungen einer Übergangs- und Teilgesellschaft. Wiesbaden.
- LEUSCHNER, B. (1996): Statusdifferenzierung und soziale Unzufriedenheit. Eine Studie zum ost-westdeutschen Vergleich. Münster.
- MAAZ, H.-J. (2008): Der bittere und der der süße Geschmack der DDR. In: Sächsische Zeitung: 10. 10. 2008, S. 5.
- MONTADA, L. und M. SCHMITT (1999): Gerechtigkeitserleben im wiedervereinigten Deutschland. Opladen.
- MÜHLBERG, D. (2001): Beobachtete Tendenzen zur Ausbildung einer ostdeutschen Teilkultur. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 11/2001. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.
- RÖPER, E. (2005): Die minderen Brüder und Schwestern. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 40/2005. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.
- SHELLER, G.: Individualisierungsprozesse in den neuen Bundesländern. Zur Freisetzung aus den Arbeitskollektiven. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 37–38/2002. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.
- STATISTISCHES BUNDESAMT, GESELLSCHAFT SOZIALWISSENSCHAFTLICHER INFRASTRUKTUREINRICHTUNGEN UND WISSENSCHAFTSZENTRUM BERLIN FÜR SOZIALFORSCHUNG (Hrsg.) (2008): Datenreport 2008. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.
- TAJFEL, H. (1978): Differentiation between social groups. Studies in the social psychology of intergroup relations. London.

- <http://www.gesis.org/en/services/data/survey-data/allbus/general-information/> (Stand: 10. 12. 2008)
- [www.destatis.de](http://www.destatis.de) (Stand: 18. 01. 2009)

## Datenquellen

- GESELLSCHAFT SOZIALWISSENSCHAFTLICHER INFRASTRUKTUREINRICHTUNGEN E.V. (GESIS): ALLBUS 1980–2006. Im Internet: <https://download.za.gesis.org/index.php3>
- GESELLSCHAFT SOZIALWISSENSCHAFTLICHER INFRASTRUKTUREINRICHTUNGEN E.V. (GESIS): ALLBUS 2006. Im Internet: <https://download.za.gesis.org/index.php3>

- <sup>1</sup> Vgl. ALHEIT, BAST-HEIDER und DRAUSCHKE (2004), S. 332.
- <sup>2</sup> Vgl. BADE (1998), S. 20.
- <sup>3</sup> Vgl. ALHEIT, BAST-HEIDER und DRAUSCHKE (2004), S. 333.
- <sup>4</sup> Vgl. RÖPER (2005), S. 20.
- <sup>5</sup> Vgl. MÜHLBERG (2001), S. 37.
- <sup>6</sup> Vgl.: <http://www.gesis.org/en/services/data/survey-data/allbus/general-information/>
- <sup>7</sup> Zusammenfassung der Kategorien: „stimme voll zu“ und „stimme eher zu“.
- <sup>8</sup> Zusammenfassung der Kategorien: „stimme gar nicht zu“ und „stimme eher nicht zu“.
- <sup>9</sup> Vgl. SCELLER (2002), S. 26.
- <sup>10</sup> Vgl. INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH (2003), S. 55.
- <sup>11</sup> Vgl. u. a. LEUSCHNER (1996).
- <sup>12</sup> Vgl. LEUSCHNER (1996), S. 35.
- <sup>13</sup> Vgl. SCHMITT und MONTADA (1999), S. 172.
- <sup>14</sup> Vgl. [www.destatis.de](http://www.destatis.de)
- <sup>15</sup> Vgl. ELIS (2000), S. 70.
- <sup>16</sup> Vgl. ALHEIT (2005), S. 34.
- <sup>17</sup> Vgl. ALHEIT (2005), S. 33ff.
- <sup>18</sup> Vgl. BOURDIEU (1982).
- <sup>19</sup> ALHEIT (2005), S. 34.

# Pendelmuster in Sachsen

Sebastian Döll\*

## Einleitung

Arbeiten und Wohnen fallen zunehmend räumlich auseinander.<sup>1</sup> Zum einen nimmt der Anteil der Beschäftigten zu, deren Arbeitsort vom Wohnort abweicht, zum anderen werden die Entfernungen immer größer.<sup>2</sup> Da die Bruttowertschöpfung am Arbeitsort ermittelt wird, die verfügbaren Einkommen jedoch an den Wohnort umgeleitet werden, kommt es zu einer wachsenden ungleichen Verteilung dieser beiden Geldströme. Häufig bilden mehrere Kreise einen gemeinsamen Funktionsraum, in dem die Städte als Arbeitsmarktzentren in immer stärkerem Ausmaß die Versorgung des Umlandes mit Arbeitsplätzen übernehmen, wohingegen das Umland den Wohnraum für die Beschäftigten bereitstellt.

In diesem Blickpunkt soll das Pendlerverhalten der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Sachsen für den Zeitraum Juni 1997 bis Juni 2007 untersucht werden<sup>3</sup>. Insbesondere wird hierbei auf die Bedeutung der Arbeitsmarktzentren für das Umland und die Entwicklung der Pendeldistanz eingegangen.

## Definition Pendler

Die in diesem Beitrag verwendeten Pendlerzahlen ergeben sich aus der Beschäftigtenstatistik. Diese erfasst in einer Totalerhebung alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zum jeweiligen Stichtag (hier: 30.06. eines Jahres). Zu den berücksichtigten Merkmalen gehören sowohl der Arbeits- als auch der Wohnort. Mit diesen Angaben kann man auf Nichtpendler (Arbeitsort und Wohnort stimmen überein) und Pendler (Arbeitsort und Wohnort fallen auseinander) schließen. Für diesen Beitrag wurden die Daten auf Kreisebene ausgewertet, eine Aussage über die Situation auf Gemeindeebene ist daher nicht möglich. Eine Unterscheidung zwischen Tages- und Wochenendpendlern kann ebenfalls nicht vorgenommen werden. Rückschlüsse über die Häufigkeit des Pendelns können in diesem Fall nur indirekt gezogen werden, da es sich bei großen Entfernungen eher um Wochenend- als um Tagespendler handeln dürfte.

Erfasst werden alle sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer. Dies sind alle Arbeiter/-innen, Angestellten und Personen in beruflicher Ausbildung, die in der gesetzlichen Rentenversicherung, Krankenversicherung, Pflegeversicherung und/oder Arbeitslosenversicherung pflichtversichert sind oder für die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung gezahlt werden. Nicht erfasst werden für die Pendlerstatistik Selbstständige, Beamte sowie Personen, die ausschließlich geringfügig entlohnte Tätigkeiten ausüben, auch wenn für diese seit dem 1. April 1999 pauschalierte Beiträge zur Kranken- und Rentenversicherung zu entrichten sind.<sup>4</sup>

## Arbeitsmarktzentren

Durch die räumlichen Verflechtungen kommt Arbeitsmarktzentren die Aufgabe zu, neben dem Zentrum auch das Umland mit Arbeitsplätzen zu versorgen. Rechnerisch ergibt sich dies durch die Differenz zwischen der Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort und der Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort. Bei einem positiven Saldo werden in diesen Arbeitsmarktzentren mehr Arbeitsplätze bereitgestellt als von den dort wohnenden Beschäftigten eingenommen werden könnten. Um die Stärke der Umlandversorgung darzustellen, wird dieser Saldo alternativ auch auf die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Wohnort im jeweiligen Arbeitsmarktzentrum bezogen. Diese Kennziffer wird nachfolgend als Stärke der Arbeitsmarktzentralität bezeichnet.

In Sachsen stellen laut obiger Berechnungsformel die Städte Chemnitz, Dresden und Leipzig sowie die ehemaligen kreisfreien Städte Görlitz, Plauen und Zwickau ein Arbeitsmarktzentrum dar. Einzig Hoyerswerda weist eine Sonderrolle auf; der Pendlersaldo ist hier negativ. Dort gibt es also mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Wohnort, als dort tatsächlich arbeiten. Die Städte Dresden und Leipzig stellen 2007 mit einem positiven

\* Sebastian Döll arbeitet als Doktorand an der Niederlassung Dresden des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung.

Saldo von 47.000 bzw. 45.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten die größten Arbeitsmarktzentren in Sachsen dar (vgl. Tab. 1). Weitere bedeutende Zentren sind Chemnitz und Zwickau. Bei der Betrachtung der Stärke der Arbeitsmarktzentralität weist hingegen Zwickau mit 40 % im Jahr 2007 den höchsten Wert auf, gefolgt von Chemnitz, Leipzig und Dresden. Der hohe Wert für Zwickau kann u. a. mit dem Automobilcluster begründet werden, dass sich um das VW-Werk herum gebildet hat

und das einen dominanten Arbeitgeber für die gesamte Region darstellt. In den letzten zehn Jahren hat die Stärke der Arbeitsmarktzentralität in diesen Städten zudem zugenommen, weil die Beschäftigung hier weniger stark zurückgegangen ist als im jeweiligen Umland. Dadurch hat sich die Bedeutung der Zentren als Arbeitsplatzversorger für das Umland erhöht. Etwas abgeschlagen liegen Görlitz und Plauen, die nur eine geringe Arbeitsmarktzentralität vorweisen können.

**Tabelle 1: Arbeitsmarktzentralität und Stärke der Arbeitsmarktzentralität**

Kreis	Arbeitsmarktzentralität	Stärke der Arbeitsmarktzentralität
Dresden, Stadt	47.302	0,28
Leipzig, Stadt	44.938	0,29
Chemnitz, Stadt	25.749	0,32
Zwickau, Stadt	12.928	0,40
Plauen, Stadt	2.302	0,10
Görlitz, Stadt	2.093	0,14
Hoyerswerda, Stadt	-661	-0,06
Chemnitzer Land	-2.606	-0,06
Annaberg	-2.903	-0,10
Döbeln	-2.965	-0,12
Bautzen	-4.101	-0,08
Riesa-Großenhain	-5.051	-0,13
Meißen	-5.311	-0,10
Löbau-Zittau	-5.448	-0,13
Delitzsch	-6.929	-0,16
Mittlerer Erzgebirgskreis	-6.989	-0,23
Aue-Schwarzenberg	-7.084	-0,17
Torgau-Oschatz	-7.221	-0,22
Freiberg	-7.416	-0,15
Stollberg	-8.115	-0,26
Niederschlesischer Oberlausitzkreis	-9.249	-0,30
Mittweida	-9.254	-0,21
Sächsische Schweiz	-10.396	-0,23
Kamenz	-11.329	-0,21
Weißeritzkreis	-11.950	-0,27
Vogtlandkreis	-12.633	-0,20
Muldentalkreis	-13.355	-0,29
Leipziger Land	-15.077	-0,30
Zwickauer Land	-15.537	-0,36

Quellen: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2008), eigene Berechnungen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Ballungszentren Dresden und Leipzig eine dominierende Stellung als Arbeitsmarktzentrum für ihr entsprechendes Umland einnehmen. Zwickau und Chemnitz stellen für ihr direktes Umland ebenfalls wichtige Arbeitsmarktzentren dar, was an der Stärke der Arbeitsmarktzentralität erkennbar ist. In absoluter Größe können diese beiden Städte jedoch kein großes Umland wie die Zentren Dresden oder Leipzig mitversorgen. Das Arbeitsplatzangebot ist zudem nur für einen kleineren Umkreis bedeutsam.

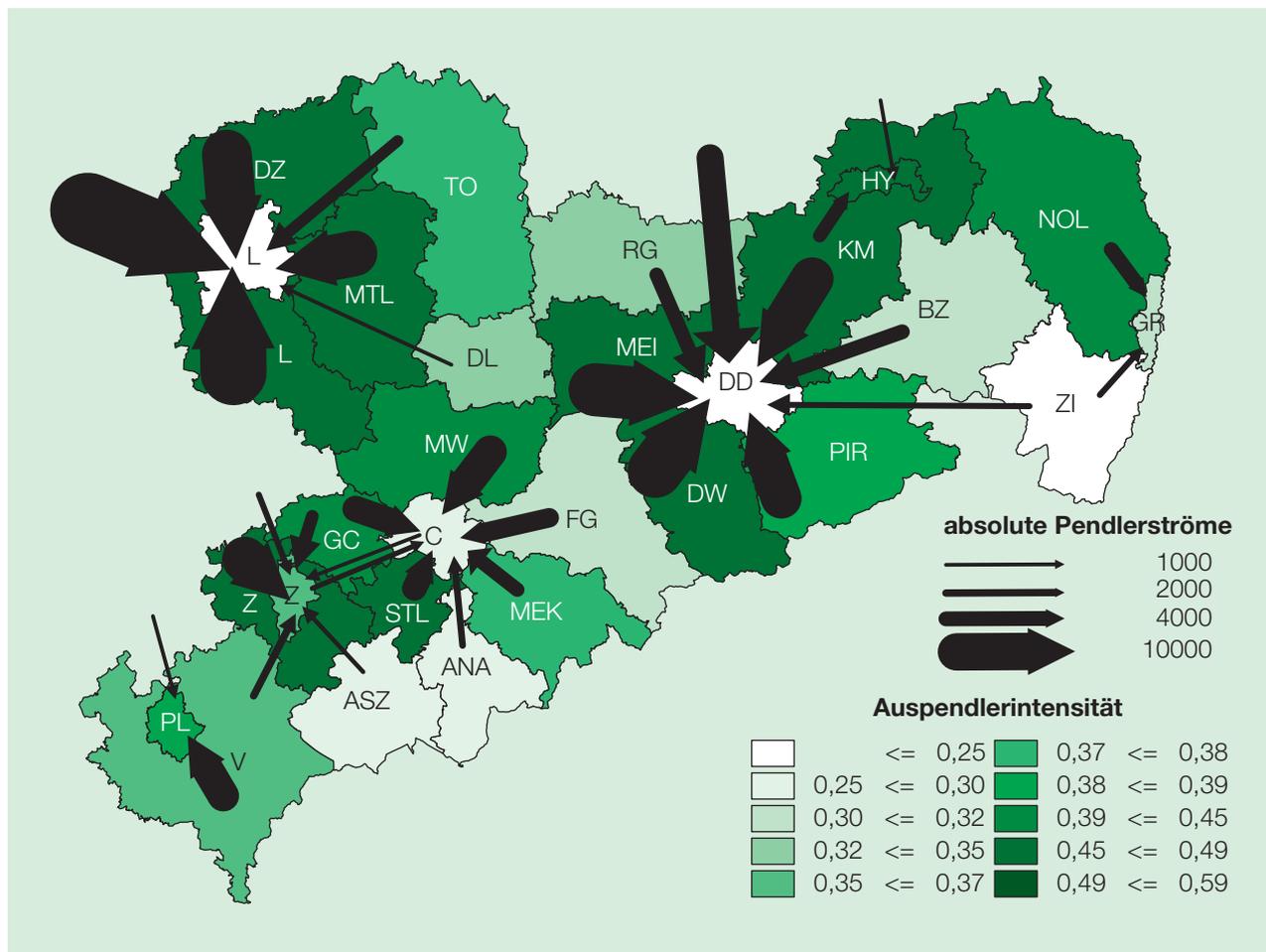
**Eigenschaften der Wohnortkreise**

Nun wird die Perspektive gewechselt und es werden die Pendler vom Wohnort zum Arbeitsort betrachtet. Hierbei interessiert, welcher Anteil der Beschäftigten im gleichen Kreis arbeitet und welcher Anteil auspendelt. Dabei kann festgestellt werden, welche Kreise eine ausgeglichene Pendlerbilanz aufweisen und welche Arbeitsorte von den Pendlern angesteuert werden. Wie in Abbildung 1 zu er-

kennen ist, weisen die drei großen Städte Chemnitz (C), Dresden (DD) und Leipzig (L) die geringsten Auspendlerintensitäten<sup>5</sup> auf. Dieses Ergebnis ist wenig überraschend, da diese Zentren die größten Arbeitsplatzanbieter sind und selten vom Zentrum ins Umland gependelt wird.

Bemerkenswert sind vielmehr eher die Kreise Löbau-Zittau (ZI), Aue-Schwarzenberg (ASZ) und Annaberg (ANA). Der Großteil der hier wohnenden Beschäftigten arbeitet ebenfalls im selben Kreis. Dies kann zwei Gründe haben. Entweder ist die Arbeitsmarktsituation in diesen Kreisen im Vergleich zum Umland so gut, dass das Pendeln nicht attraktiv ist, oder die Wege zu Zentren mit besseren Arbeitsmöglichkeiten sind zu weit. Für Löbau-Zittau trifft wohl eher der zweite Fall zu. Görlitz (GR) kann aufgrund der schlechten Arbeitsmarktlage nicht als positiver Anziehungspunkt dienen, und der nächste Ballungsraum (Dresden) ist zu weit entfernt, als dass sich Pendelbewegungen lohnen würden. Für Aue-Schwarzenberg und Annaberg ist die Arbeitsmarktsituation zwar wohl etwas besser als in Löbau-Zittau, aber vermutlich

**Abbildung 1: Auspendlerintensitäten 2007 sowie absolute Pendlerströme in die Zentren**



Quellen: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2008), eigene Berechnungen.

ist auch hier die Randlage und die große zeitliche Distanz Ursache für die geringe Zahl an Auspendlern.

Den geringsten Anteil an Beschäftigten, die an ihrem Wohnort auch arbeiten, weisen die Umlandkreise der großen Städte Chemnitz, Dresden, Leipzig und Zwickau (Z) auf, wobei vor allem im Umland von Leipzig ein hoher Anteil seinen Kreis zum Arbeiten verlässt. Die größten Pendlerströme sind wie zu erwarten auf die jeweiligen Zentren gerichtet (vgl. Abb. 1). So pendeln bspw. mehr als ein Drittel der im Leipziger Land (L) und knapp ein Drittel der in Delitzsch (DZ) wohnenden Beschäftigten nach Leipzig. Im Falle Dresdens weist der Weißeritzkreis (DW) vor den Landkreisen Meißen (MEI) und der Sächsischen Schweiz (PIR) die höchsten Auspendleranteile Richtung Dresden auf. Diese Ergebnisse spiegeln die typische Stadt-Umland-Verflechtung wider, bei der die Beschäftigten das Umland als Wohnort bevorzugen und zum Arbeiten ins Zentrum fahren.

Hoyerswerda (HY) ist auch hier als Ausreißer erkennbar. Für diese Stadt sticht der ungewöhnlich niedrige Anteil der Beschäftigten ins Auge, die tatsächlich in der Stadt arbeiten. Weniger als die Hälfte der in Hoyerswerda lebenden Beschäftigten findet in der eigenen Stadt einen Arbeitsplatz. Das geringe Arbeitsplatzangebot, das sich auch durch eine hohe Arbeitslosenquote ausdrückt, führt dazu, dass die Mehrheit der Beschäftigten aus Hoyerswerda in einem anderen Kreis arbeitet, vornehmlich im Landkreis Kamenz (KM) und im Bundesland Brandenburg.

### Entwicklung der Pendeldistanz

Die veränderten Rahmenbedingungen am Arbeitsmarkt führen zu einer höheren Mobilität der Beschäftigten. Dadurch nehmen mehr Beschäftigte immer weitere Fahrt-

wege zur Arbeitsstelle in Kauf. Inwiefern diese Aussagen für Sachsen zutreffen, wird in diesem Abschnitt untersucht.

Die Pendeldistanz der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Wohnort in Sachsen hat in den letzten Jahren zugenommen. Während die Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Wohnort in Sachsen von 1997 bis 2007 um 11,9 % gefallen ist, sank die Zahl der Nichtpendler (Arbeitsort entspricht Wohnort) etwa doppelt so stark (vgl. Tab. 2). Die Zahl der Pendler, die von einem Nachbarkreis in den nächsten zur Arbeit fahren, ist im gleichen Zeitraum dagegen um 11,0 % gestiegen. Die Zahl derjenigen, die von einem Nicht-Nachbarkreis zur Arbeitsstätte pendeln, hat sogar um knapp 16 % zugelegt. Einschränkend ist anzumerken, dass weiterhin mehr als zwei Drittel der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort auch wohnen, jedoch nahm der Anteil der Pendler aus Nachbarkreisen und Nicht-Nachbarkreisen merklich zu, was auf eine zunehmende Pendeldistanz im Aggregat schließen lässt.

Um zu entscheiden, ob diese Entwicklung sich in der jüngeren Vergangenheit beschleunigt hat, werden die beiden Teilperioden 1997–2002 und 2002–2007 einander gegenübergestellt. Während der Rückgang der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort im Zeitraum 1997–2002 8,3 % beträgt, fiel die Zahl der Nichtpendler wieder doppelt so stark (vgl. Tab. 2), die der Nachbarkreis-Pendler stieg leicht um 3,9 % und die der Nicht-Nachbarkreis-Pendler stieg mit 3,6 % etwa gleich stark. Das gleiche Muster lässt sich für den Zeitraum 2002–2007 feststellen. Jedoch ist zu erkennen, dass in der zweiten Periode im Vergleich zur ersten die Steigerung der Zahl der Fernpendler deutlich zugelegt hat. Die Nachbarkreis-Pendler haben im Vergleich zur Vorperiode die Änderungsrate verdoppelt. In absoluten Zahlen ist der Zuwachs der Nachbarkreis-Pendler 1997–2002

**Tabelle 2: Absolutzahlen der Nichtpendler, Nachbarkreis-Pendler und Nicht-Nachbarkreis-Pendler und deren Veränderungen**

	1997	2002	2007	Veränderung 1997–2007	Veränderung 1997–2002	Veränderung 2002–2007
Nichtpendler	1.164.301	980.213	895.701	–23,1 %	–15,8 %	–8,6 %
Nachbarkreis-Pendler	303.574	315.321	336.847	11,0 %	3,9 %	6,8 %
Nicht-Nachbarkreis-Pendler	121.301	125.673	140.539	15,9 %	3,6 %	11,8 %

Quellen: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2008), eigene Berechnungen.

geringer als der der Nicht-Nachbarkreis-Pendler gewesen, 2002–2007 sind absolut mehr Nachbarkreis- als Fernpendler hinzugekommen.

Somit kann festgehalten werden, dass die Anzahl der Pendler relativ weiter stark wächst, absolut gesehen sogar deutlich höher. Die größte Gruppe bilden nach wie vor die Nichtpendler. Unter den Pendlern wird hauptsächlich von einem Kreis zum Nachbarkreis gependelt. Dort sind absolut die meisten Zuwächse zu verzeichnen. Auf der anderen Seite steigt die Zahl der Nicht-Nachbarkreis-Pendler, relativ gesehen, weiter kräftig an, sodass diese Gruppe an Bedeutung gewinnt.

Bei einer Einzelanalyse der Kreise ist festzustellen, dass bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt im Zeitraum 1997–2007 alle Kreise Rückgänge zu verzeichnen haben. Die Rückgänge sind je nach Kreis größer oder kleiner als die Veränderung der Beschäftigten mit gleichem Arbeits- und Wohnort. Vor allem die Städte Dresden und Leipzig konnten ihre Beschäftigtenverluste durch mehr Einpendler dämpfen, wenn sie diese auch nicht komplett ausgleichen konnten. Aus den Nachbarkreisen weisen die Städte Leipzig und Dresden die höchsten Zuwächse auf. Auch bei den Nicht-Nachbarkreisen liegen sie bei der Veränderung von 1997–2007 an der Spitze. Dieser Zuwachs an Pendlern ist sicherlich auf die nur unterdurchschnittliche Reduzierung der Beschäftigten in diesen Gebieten zurückzuführen. Auf der anderen Seite waren mehr Beschäftigte aus schlechter entwickelnden Kreisen bereit, eine Arbeitsstelle in den Ballungszentren anzunehmen. Bei der Veränderung der Nicht-Nachbarkreis-Pendler liegt Hoyerswerda (–2.500) mit weitem Abstand am unteren Ende. Von den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die in Hoyerswerda wohnhaft sind, fahren also wesentlich mehr Beschäftigte über den Kreis Kamenz hinaus zum Arbeitsplatz. Unter Berücksichtigung einer insgesamt rückläufigen Beschäftigung in der Periode 1997–2007 konnten die Ballungszentren Dresden und Leipzig also am meisten von der zunehmenden Mobilität der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten profitieren.

## Fazit

Das Pendleraufkommen und die Pendelentfernung nehmen in Sachsen zu. Außer Hoyerswerda stellen alle ehemaligen kreisfreien Städte sowie die weiterhin kreisfreien

Städte Chemnitz, Dresden und Leipzig Arbeitsmarktzentren dar, die das Umland mit Arbeitsplätzen versorgen. Dresden und Leipzig werden dabei als Wachstumspole für ihr Umland immer wichtiger. Bei Betrachtung der Wohnortperspektive lässt sich festhalten, dass gerade die Kreise mit ungünstiger Randlage geringe Auspendleranteile haben. Hoyerswerda stellt mit einem besonders hohen Anteil an Auspendlern einen Außenseiter unter den Städten dar. Bezüglich der Pendelentfernung ist festzustellen, dass der Großteil der Pendler aus dem Nachbarkreis zum Arbeitsort kommt. Jedoch nimmt die Zahl der Fernpendler (über eine Kreisgrenze hinaus) stark zu, was auf eine im Durchschnitt aller Beschäftigten höhere Pendelentfernung schließen lässt.

## Literatur

- HAAS, A. und S. HAMANN (2008): Pendeln – Ein zunehmender Trend, vor allem bei Hochqualifizierten. IAB-Kurzbericht 6/2008.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2005): Leben und Arbeiten in Deutschland. Ergebnisse des Mikrozensus 2004. Wiesbaden.
- STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (Hrsg.) (2007): Pendlerverhalten der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Freistaat Sachsen, 31. Dezember 2006. Statistischer Bericht, A VI 12, Kamenz.

<sup>1</sup> Vgl. HAAS und HAMANN (2008).

<sup>2</sup> Vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT (2005).

<sup>3</sup> Datenquelle ist das STATISTISCHE LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN. Die Daten liegen auf Kreisebene zum Gebietsstand vom 01.01.2008 vor.

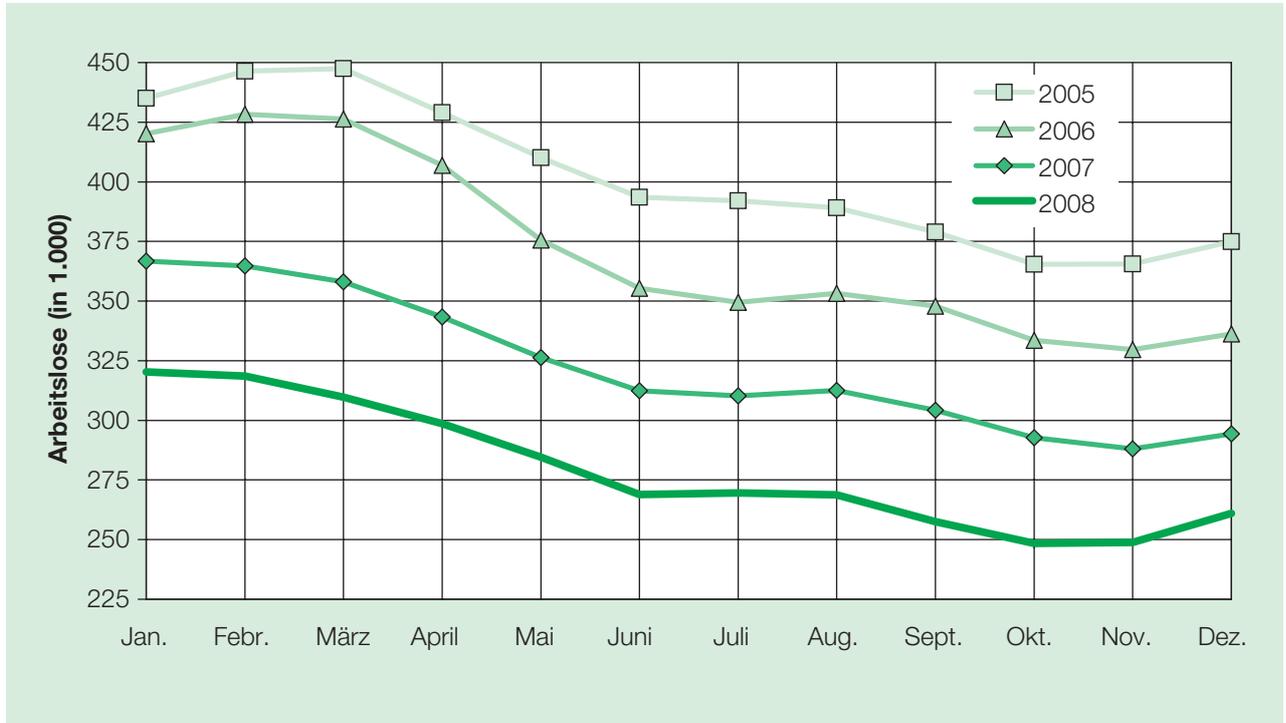
<sup>4</sup> Vgl. STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (2007).

<sup>5</sup> Auspendlerintensität = Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Arbeitsort außerhalb des Wohnortkreises, bezogen auf alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort.

# Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich

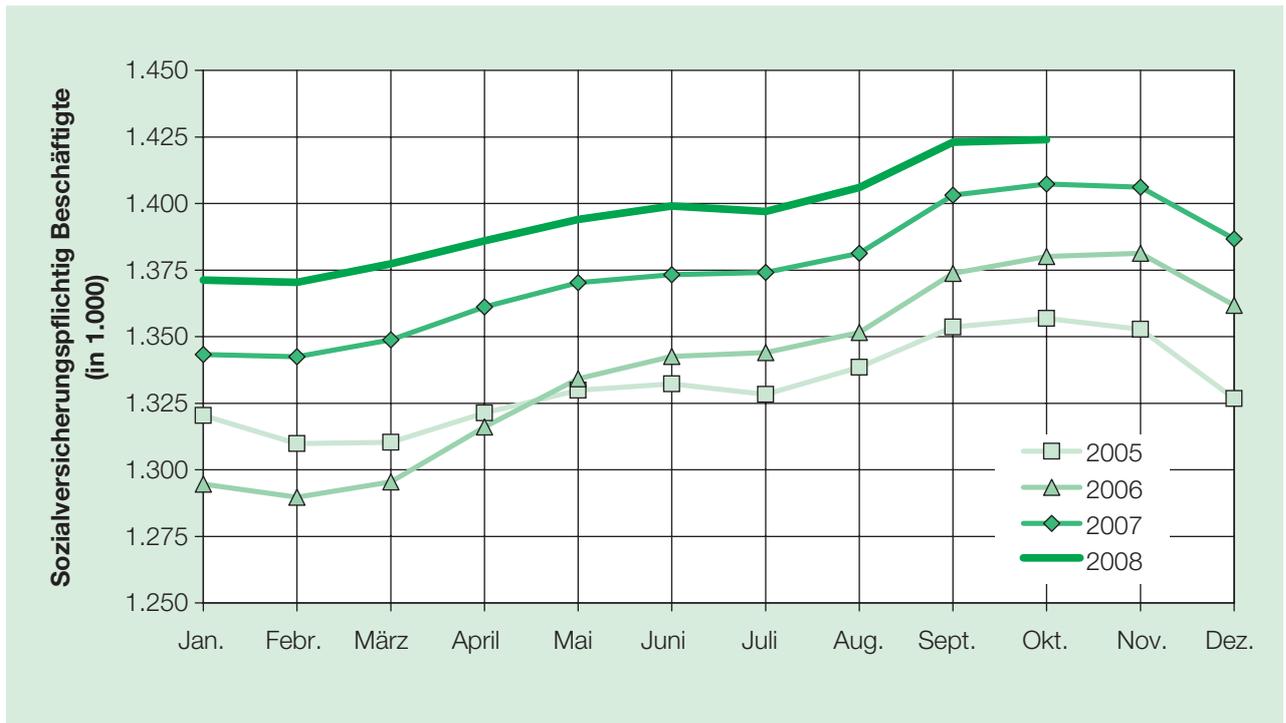
ct

Abbildung 1: Arbeitslose in Sachsen (2005 bis 2008)



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Abbildung 2: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Sachsen (2005 bis 2008)



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Tabelle 1: Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich

Beschäftigung und Zweiter Arbeitsmarkt (in 1.000 Personen)									
	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte <sup>a</sup>			Gemeldete Stellen <sup>b</sup>			Beschäftigungsbegleitende Leistungen <sup>c</sup>		
	Okt. 2008	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Dez. 2008	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Dez. 2008	Vor-monat	Vor-jahres-monat
Brandenburg	752	751	742	6,2	6,5	5,9	18,7	19,0	19,6
Mecklenburg-Vorp.	527	529	523	5,6	5,7	6,2	12,4	12,8	13,4
Sachsen	1.424	1.423	1.406	12,8	14,6	15,1	36,4	36,7	35,9
Sachsen-Anhalt	765	762	750	7,7	8,5	6,8	20,0	20,3	20,3
Thüringen	749	750	741	7,7	8,6	8,7	17,6	17,9	18,9
D Ost (mit Berlin)	5.328	5.320	5.239	49,2	53,6	52,3	128,3	130,1	130,5
D West (ohne Berlin)	22.697	22.687	22.246	279,5	314,8	317,9	239,7	242,4	237,4
D gesamt	28.024	28.007	27.485	328,6	368,4	370,9	368,0	372,5	367,9

Arbeitslosigkeit									
	Arbeitslose (in 1.000 Personen)			Arbeitslosenquote <sup>d</sup> (in %)			Langzeitarbeitslose <sup>e</sup> (in % der Arbeitslosen)		
	Dez. 2008	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Dez. 2008	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Dez. 2008	Vor-monat	Vor-jahres-monat
Brandenburg	162	157	182	12,0	11,6	15,0	35,8	37,7	42,3
Mecklenburg-Vorp.	118	112	134	13,5	12,8	16,6	26,2	28,1	33,2
Sachsen	261	249	294	12,0	11,5	14,9	35,5	38,0	43,3
Sachsen-Anhalt	158	152	185	12,7	12,2	15,9	37,2	39,8	42,8
Thüringen	125	118	143	10,4	9,9	12,9	33,4	36,0	40,9
D Ost (mit Berlin)	1.043	1.003	1.176	12,2	11,8	15,2	34,7	36,7	40,5
D West (ohne Berlin)	2.059	1.985	2.231	6,2	6,0	7,5	32,8	35,0	38,2
D gesamt	3.102	2.988	3.406	7,4	7,1	9,1	33,4	35,6	38,9

a) Die Zahlen zur Beschäftigung werden mit zweimonatiger Verzögerung veröffentlicht. – b) Gemeldete Stellen nur für ungeforderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen. Als gemeldete Stellen gelten der Bundesagentur für Arbeit gemeldete und zur Vermittlung freigegebene Stellen mit einer vorgesehenen Beschäftigungsdauer von mehr als 7 Kalendertagen. – c) Ab dem Heft 5/2008 von „ifo Dresden berichtet“ werden aufgrund fehlender Datenaktualisierungen der amtlichen Statistik die Werte der „Beschäftigungsbegleitenden Leistungen“ ausgewiesen. Diese umfassen die „Förderung abhängiger Beschäftigung“ sowie die „Förderung der Selbständigkeit“. Die Werte sind nicht mit Angaben früherer Hefte zur „Direkten Förderung regulärer Beschäftigung“ vergleichbar. – d) In % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – e) Als Langzeitarbeitslose gelten alle Personen, die am jeweiligen Stichtag der Zählung 1 Jahr und länger bei den Arbeitsagenturen arbeitslos gemeldet waren. Angaben ohne zugelassene kommunale Träger (Optionskommunen), da für diese bisher keine vollständigen Daten zu Langzeitarbeitslosen vorliegen.

Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des ifo Instituts.

# Ausgewählte Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest

gv

## Geschäftsklima in der gewerblichen Wirtschaft Sachsens

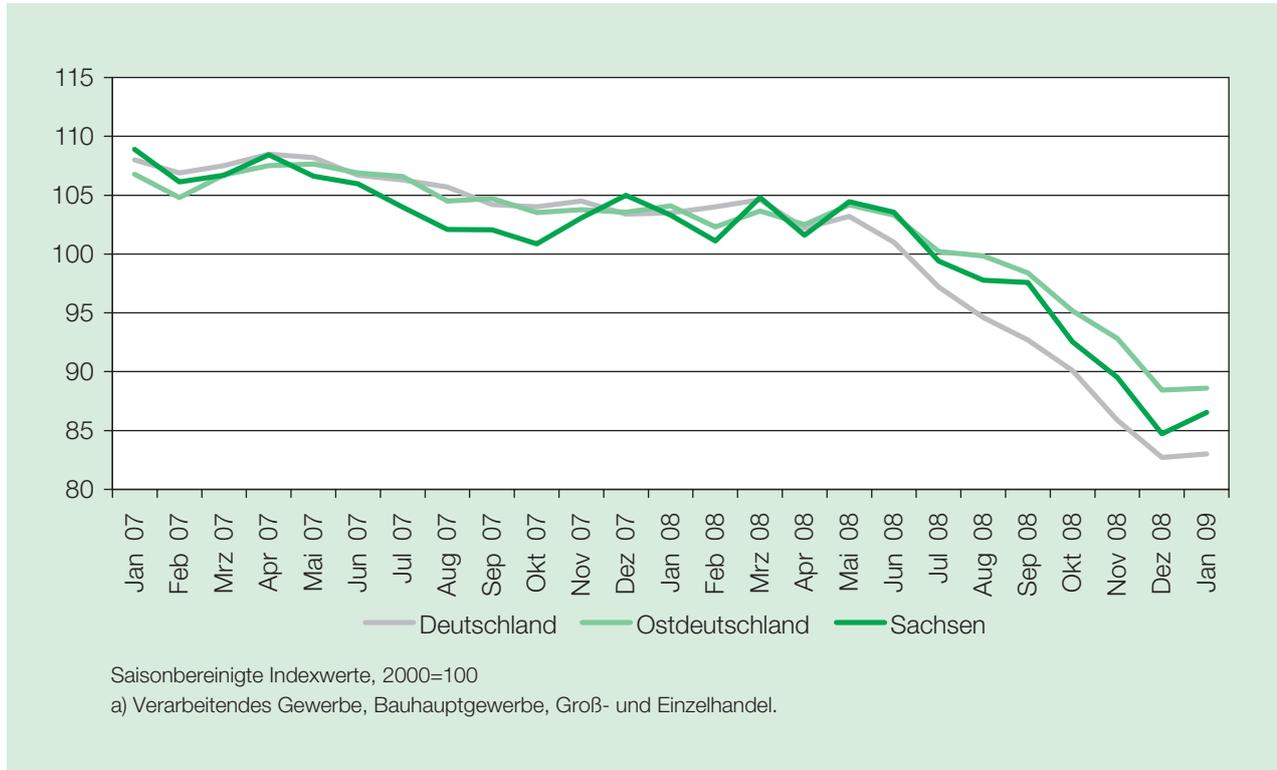
Die ifo Indikatoren für das Geschäftsklima in der gewerblichen Wirtschaft Deutschlands, der neuen Bundesländer und Sachsens sind zu Beginn des Jahres 2009 leicht gestiegen (vgl. Abb. 1). Nach einem ausgesprochen kräftigen Rückgang im Vorjahr befinden sie sich aber noch immer auf einem sehr niedrigen Niveau. Maßgeblich für den jüngsten Anstieg der Indikatoren waren die Geschäftserwartungen, die von den befragten Unternehmen insgesamt etwas weniger pessimistisch beurteilt wurden. Eine Wende in der konjunkturellen Entwicklung ist darin aber noch nicht zu sehen.

## Schwerpunkt: Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe Sachsens

Auch im sächsischen verarbeitenden Gewerbe hat sich das Geschäftsklima im Januar 2009 leicht verbessert (vgl. Abb. 2). Die Unternehmen haben ihre aktuelle Lage insgesamt zwar nochmals ungünstiger als im Vormonat beurteilt, die zukünftige Geschäftsentwicklung wurde

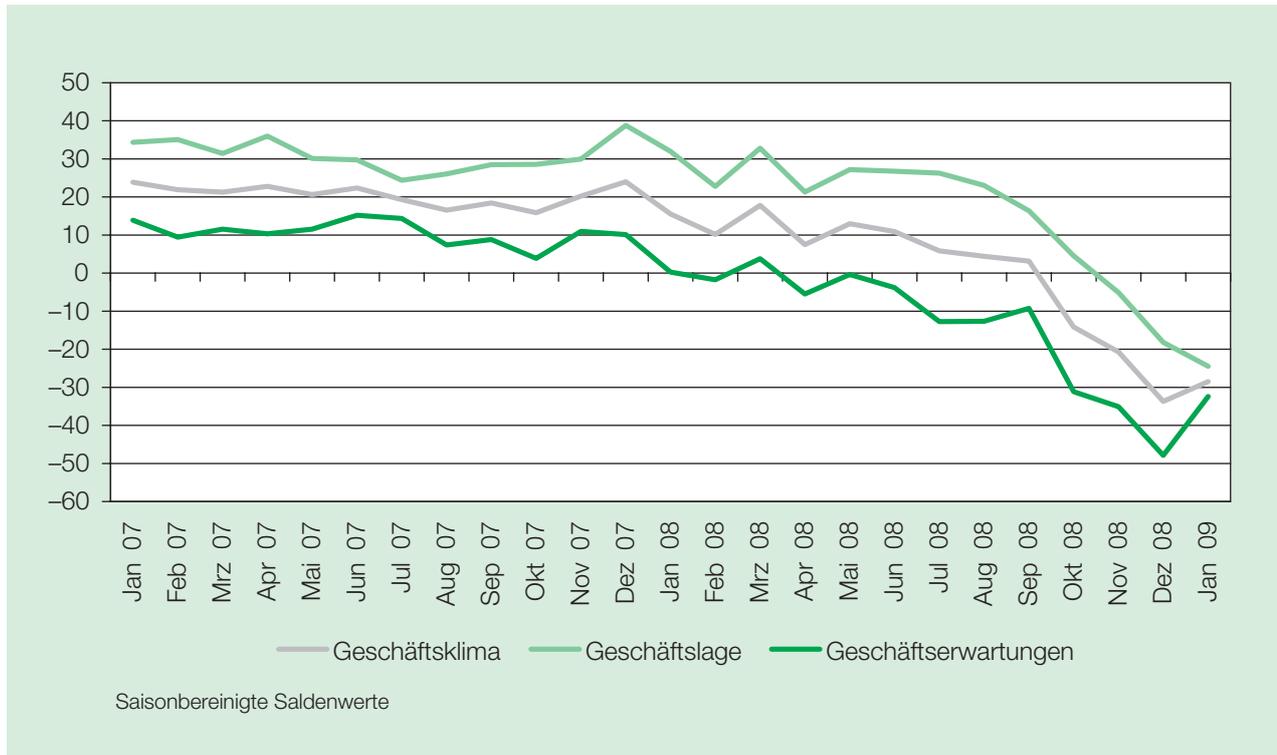
jedoch nicht mehr ganz so kritisch bewertet. Derzeit bezeichnet per saldo rund jedes vierte Unternehmen die Geschäftslage mit „schlecht“. Die Geräteauslastung hat zuletzt in vielen Betrieben stark abgenommen. Sie lag im Januar durchschnittlich bei 74,0 % und damit erheblich unter dem Wert vor Jahresfrist (87,0 %). Die durchschnittliche Reichweite der Auftragsbestände ist im Vorjahresvergleich ebenfalls deutlich von 3,3 auf 2,9 Monate zurückgegangen. Alles in allem deuten die jüngsten Umfrageergebnisse darauf hin, dass sich die Entwicklung in den nächsten Monaten weiter abschwächen wird. Das ifo Institut geht in seiner aktuellen Konjunkturprognose davon aus, dass die Bruttowertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe Sachsens im gesamten Jahr 2009 – bei einer stark abnehmenden Exportnachfrage und einem Einbruch in der inländischen Investitionstätigkeit – preisbereinigt in einer Größenordnung von vier bis fünf Prozent zurückgehen wird. Der Nachfragerückgang in diesem Wirtschaftsbereich dürfte dabei zunehmend auf die industrienahen Bereiche des Handels und Baugewerbes sowie den Verkehrssektor ausstrahlen und auch hier zu einer schwächeren Entwicklung führen (vgl. hierzu auch die Ausführungen von Ragnitz, Schirwitz und Vogt auf den Seiten 3 bis 11 in diesem Heft).

**Abbildung 1: Geschäftsklimaindex  
Gewerbliche Wirtschaft<sup>a</sup> Deutschlands, Ostdeutschlands und Sachsens im Vergleich**



Quelle: ifo Konjunkturtest.

**Abbildung 2: Geschäftsklima im verarbeitenden Gewerbe Sachsens und seine Komponenten  
die Geschäftslage- und Geschäftserwartungssalden**



Quelle: ifo Konjunkturtest

**Tabelle 1: Ausgewählte Indikatoren aus dem ifo Konjunkturtest  
Deutschland, Ostdeutschland und Sachsen im Vergleich**

Region	Deutschland		Ostdeutschland		Sachsen	
	4. Quartal 2008	3. Quartal 2008	4. Quartal 2008	3. Quartal 2008	4. Quartal 2008	3. Quartal 2008
<b>Verarbeitendes Gewerbe</b>						
Auftragsbestand (in Monaten <sup>a</sup> )	2,8	3,0	3,0	2,8	3,5	3,7
Kapazitätsauslastung (in % <sup>a</sup> )	84,3	86,0	81,4	83,0	82,7	84,7
Exportgeschäft – Erwartungen <sup>b</sup>	-20,2	3,2	-10,5	10,0	-14,5	3,7
Beschäftigtenzahl – Erwartungen <sup>b</sup>	-23,4	-10,0	-20,0	-4,6	-27,6	-3,7
Verkaufspreise – Erwartungen <sup>b</sup>	-0,2	15,8	1,9	14,9	-1,5	15,7
<b>Bauhauptgewerbe</b>						
Auftragsbestand (in Monaten <sup>a</sup> )	2,3	2,5	2,0	2,1	2,0	1,8
Kapazitätsauslastung (in % <sup>a</sup> )	68,8	69,3	72,6	73,0	71,6	72,0
Beschäftigtenzahl – Erwartungen <sup>b</sup>	-16,2	-14,1	-22,9	-14,9	-24,2	-19,9
Baupreise – Erwartungen <sup>b</sup>	-26,6	-10,2	-25,1	-10,0	-16,4	-10,5
<b>Großhandel</b>						
Umsatz gegenüber Vorjahr <sup>b</sup>	1,7	6,7	-12,3	-11,0	-14,7	-24,7
Bestellpläne <sup>b</sup>	-21,9	-9,8	-19,0	-17,6	-17,5	-16,6
Verkaufspreise – Erwartungen <sup>b</sup>	5,4	25,4	15,4	37,4	1,3	44,8
<b>Einzelhandel</b>						
Umsatz gegenüber Vorjahr <sup>b</sup>	-7,3	-16,7	-7,3	-12,7	-13,3	-16,3
Bestellpläne <sup>b</sup>	-28,9	-21,7	-25,8	-21,1	-27,2	-15,3
Verkaufspreise – Erwartungen <sup>b</sup>	7,6	22,7	12,6	26,3	12,8	24,4
Anmerkung: Die Angaben basieren auf saisonbereinigten Werten (Ausnahme: Umsatz gegen Vorjahr). – a) Durchschnitte. – b) Salden der Prozentanteile von positiven und negativen Unternehmensmeldungen.						

Quelle: ifo Konjunkturtest.

## ifo Veranstaltungen

Am **15. Dezember 2008** tagte der **Arbeitskreis Konjunkturbeobachtung Sachsen** in der Niederlassung Dresden. Im Rahmen der Veranstaltung berichtete Dr. Wolf-Dietmar Speich vom STATISTISCHEN LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN über die Entwicklung der sächsischen Wirtschaft im abgelaufenen Jahr. Uwe Sujata und Antje Weyh vom INSTITUT FÜR ARBEITSMARKT- UND BERUFSFORSCHUNG (IAB), Regionalbüro Sachsen, referierten über die allgemeine Arbeitsmarktentwicklung in Sachsen sowie über Kennzahlen zur Zeitarbeit. Im zweiten Teil der Veranstaltung wurden die Prognosen zur konjunkturellen Entwicklung für die Jahre 2008 und 2009 vorgestellt. Dr. Wolfgang Nierhaus, wissenschaftlicher Mitarbeiter des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung München, erläuterte die aktuelle Deutschlandprognose des ifo Instituts. Beate Schirwitz und Gerit Vogt, Mitarbeiter der Dresdner Niederlassung des ifo Instituts, stellten die Konjunkturprognosen für Sachsen und Ostdeutschland vor. Die nächste Sitzung des Arbeitskreises wird voraussichtlich Ende Juni 2009 stattfinden.

Am **16. Januar 2009** begrüßten die Mitarbeiter der ifo Niederlassung Dresden eine Gruppe von kasachischen Finanzfachleuten, darunter die Präsidentin der Bankenaufsichtsbehörde und der stellvertretende Nationalbankgouverneur. Diese besuchten unter Leitung von Prof. Dr. Siegfried Schönherr und Dr. Gernot Nerb vom Münchner ifo Institut eine Konferenz in Dresden. Beate Schirwitz, Doktorandin von ifo Dresden, stellte die Arbeit der Dresdner Niederlassung vor.

Eine Veranstaltung im Rahmen der **Dresdner Vorträge zur Wirtschaftspolitik** fand am **19. Januar 2009** statt. Gastredner war Prof. Dr. Kai Carstensen, Professor für Volkswirtschaftslehre, insb. Makroökonomie und Konjunkturforschung an der Ludwig-Maximilians-Universität München und Bereichsleiter Konjunktur und Befragungen am ifo Institut für Wirtschaftsforschung München.

Er referierte zum Thema „Makroökonomische Preissetzungsmodelle – was können wir aus ifo Umfragen lernen?“.

Kernstück vieler makroökonomischer Modelle ist die Annahme, dass Preise nicht vollkommen flexibel auf exogene Schocks reagieren können. Diese Modelle basieren typischerweise auf einem mikroökonomischen Ansatz für eine durchschnittliche Firma. Die daraus abgeleiteten Ergebnisse werden häufig aggregierten makroökonomischen Daten gegenübergestellt, um die Validität des theoretischen Modells zu überprüfen. Viel besser wäre jedoch, die Implikationen direkt anhand von Firmeninformationen zu überprüfen. Hier liefern die Befragungsergebnisse des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung eine wertvolle Datenbasis, mit deren Hilfe die empirische Relevanz unterschiedlicher Preissetzungsmodelle überprüft werden kann.

Den nächsten Vortrag in der Reihe der **Dresdner Vorträge zur Wirtschaftspolitik** wird am **01. April 2009** Prof. Dr. Gunther Schnabl, Leiter des Instituts für Wirtschaftspolitik der Universität Leipzig, zum Thema „Wechselkursstabilität und Wachstum in Mittel- und Osteuropa“ halten.

Ebenfalls in der Reihe der **Dresdner Vorträge zur Wirtschaftspolitik** wird am **29. April 2009** Prof. Dr. Klaus-Dirk Henke von der TU Berlin zum Thema „Der Gesundheitsfonds“ sprechen.

Die Vortragsreihe **Dresdner Vorträge zur Wirtschaftspolitik** will einen Beitrag zur öffentlichen Diskussion über aktuelle wirtschaftspolitische Themen leisten, indem sie ausgewiesenen Wirtschafts- und Finanzwissenschaftlern die Möglichkeit bietet, ihre neuesten Erkenntnisse einem breiten Publikum zu präsentieren. Die Vorträge sind öffentlich und finden in den Räumen der ifo Niederlassung Dresden in der **Einsteinstraße 3** statt. Beginn des Vortrags ist jeweils um **18:30 Uhr**.

## ifo Vorträge

Bereits am **18. November 2008** referierte Gerit Vogt, wissenschaftlicher Mitarbeiter von ifo Dresden, im Rahmen des Graduiertenseminars der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät an der TU Dresden zum Thema „Definition, Aufgabe und Methoden der Konjunkturprognose“.

Dr. Joachim Ragnitz, Managing Director der Niederlassung Dresden des ifo Instituts, hielt am **12. Januar 2009**

einen Vortrag zu den realwirtschaftlichen Auswirkungen der Finanz- und Konjunkturkrise vor dem Politischen Jugendring Dresden und stand den Teilnehmern für Fragen zur Verfügung.

Darüber hinaus nahm er am **22. Januar 2009** an einer Podiumsdiskussion zu den Implikationen der demographischen Entwicklung an der Universität Leipzig teil.

## ifo Veröffentlichungen

THUM, M. und A. MONTÉN (2008): Ageing Municipalities, Gerontocracy and Fiscal Competition, CESifo Working Paper No. 2469.

THUM, M. und A. WEICHENRIEDER (2008): Schlechte Signale, 03. 12. 2008, erschienen in einer gekürzten Fassung („Und bist du nicht willig“) in der Financial Times Deutschland, Ausgabe vom 11. 12. 2008.

HAU, H.; J. STEINBRECHER und M. THUM (2008): Board (in)competence and the subprime crisis, 12. Januar 2009, <http://www.voxeu.org/> (This column shows that German banks with more competent supervisory board members suffered smaller losses in the subprime crisis. Improving bank governance is therefore desirable – from both the public and private perspectives – and may be more robust than other regulatory tools.)

## ifo intern

Das Team der ifo Niederlassung Dresden begrüßt zum Jahresbeginn 2009 zwei neue Doktoranden in den Reihen der Mitarbeiter. **Stefan Krenz** hat bis 2008 an der Technischen Universität (TU) Dresden Volkswirtschaftslehre studiert und sein Diplom mit einer Arbeit zum Thema „Prognose der Altersrenten aus der gesetzlichen Rentenversicherung bis 2020“ abgeschlossen. In der Niederlassung wird er im Forschungsbereich Arbeitsmarkt und Sozialpolitik arbeiten.

Auch **Johannes Steinbrecher** hat 2008 erfolgreich sein Volkswirtschaftsstudium an der TU Dresden abgeschlossen. Sein Diplomarbeitsthema lautete „Kontrollkompetenz deutscher Bankaufsichtsräte und die Finanzkrise“. Er wird bei ifo Dresden auf dem Arbeitsgebiet Finanz- und Förderpolitik tätig sein.